

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Politische Berichte



12. Dezember 1986
Jg. 7 Nr. 25

G 7756 D

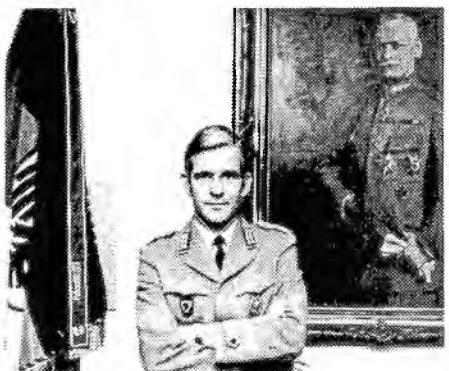
Preis:
2,50



"Anti-Terrorgesetze": Ausweitung der "terrorist. Vereinigung" auf oppositionelle Bewegungen Seite 8



Friedensliste: "Den Frieden wählen" – Mit so einem Programm nicht Seite 19



Revolutionäre Theoriebildung: Die Rolle der BRD im internationalen Klassenkampf – Auseinandersetzung mit Positionen der KG/NHT Seite 34

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des BWK · 5000 Köln 1, Zülpicher Straße 7, Telefon 0221/216442
Erscheint vierzehntäglich bei: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlags-
gesellschaft Politische Berichte m.b.H., 5000 Köln 1, Zülpicher Straße 7, Telefon 0221/211658. Preis: 2,50 DM

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft

Jahresgutachten: "Ständige Betriebsbereitschaft" unerlässlich! – Das ganze Leben ein Arbeitsplatz? 4

BRD-Südafrika: Sanktionen null und nichtig? 7

MLPD: Zur Wahl zugelassen, Statut bleibt illegal. 7

Antiterrorgesetze: Ausweitung der "terrorist. Vereinigung" ... 8
Streik im öffentlichen Dienst – terroristische Handlung 9

Chemieunfälle: Wallmann: Rede über schärfere Gesetze – IG Chemie konsensbereit. 10
Sandoz-Brand und andere Chemiekatastrophen 11

Auslandsberichterstattung

Südkorea: Ablösung der Diktatur nach philippinischem Muster? 12
Fortschritte der Gewerkschaften. 12

USA: Solidarität mit US-Stahlarbeitern! 13

Brasilien: Wahlsieg der Regierung – jetzt Preiserhöhungen 14

Südafrika/Azania: Streik bei General Motors 14

Polen: OPZZ-Gewerkschaftstag. 15

Österreich: Ist der Zorn des Volkes in deutschnationale Bahnen zu lenken? 15

Internationale Meldungen. 16

Aus Verbänden und Parteien

Veröffentlichungen:
Liberale Kritik an der Volkszählung 18
Hetz gegen Mindesttariflohn.... 18
IW polemisiert gegen Arbeitslosenversicherung 18
Kapitalistenstudie zur flexiblen Arbeitszeit. 18

Friedensliste: "Den Frieden wählen" – Mit so einem Programm nicht 19

Reportagen und Berichte regional

Regionale Nachrichten. 21

Ärztekammerwahlen Bayern: 26,26% für die "ideologisch infizierten Querdenker" 22

Rechtsanwalt Hannover in der DDR ausgezeichnet

Der Wissenschaftliche Rat der Humboldt-Universität verlieh am 25. November dem Bremer Rechtsanwalt und Notar Heinrich Hannover die Ehrendoktorwürde. H. Hannover vertrat die Nebenklage im Strafprozeß gegen den Mörder von Ernst Thälmann und ist Autor und Verfasser zahlreicher Publikationen zur politischen Justiz in der BRD. Prof. Waltraud Falk von der Humboldt-Universität erklärte: "Wenn heute gesellschaftswissenschaftliche Arbeiten unerlässlich daran gemessen werden, welchen Beitrag sie zur Sicherung des Friedens, zur Völkerverständigung, zum sozialen Fortschritt und zur allseitigen Entwicklung der Menschen leisten, so gehören Sie zu den Juristen, die in diesem Sinne tätig sind." H. Hannover betonte in seiner Ansprache, daß ihn die Ehrengabe in der DDR besonders freue, weil "hier die Würdigung antifaschistischer Kämpfer zu den Grundsätzen des Staates gehört, anders als in der Bundesrepublik." Der Krefelder Prozeß gegen den Thälmann-Mörder Otto vor dem Krefelder Landgericht habe für ihn persönlich einen hohen Stellenwert gehabt, weil es ein historisch bedeutender Prozeß war. Damit erfolgte endlich die lange ausstehende Verurteilung Ottos und zugleich eine in der Bundesrepublik längst fällige öffentliche Würdigung des antifaschistischen kommunistischen Widerstands. (Quelle: UZ, 28.11.86 – sie)

Gemeinnützige gegen Streichung der Steuervorteile

Der Gesamtverband Gemeinnütziger Wohnungsunternehmen hat in einem 48seitigen Positionspapier "Der lange Weg" Bundesminister Stoltenberg dringend davor gewarnt, seinen 1800 Mitgliedsfirmen die Steuerpräferenzen zu streichen bzw. nur noch den gemeinnützigen Wohnungsgenossenschaften und -vereinen die Steuervergünstigungen zu lassen. "Die Reform des Wohnungsgemeinnützkeitsgesetzes dürfe angesichts der enormen Zukunftsaufgaben bei der Versorgung weiter Bevölkerungskreise ... mit Wohnraum zu tragbaren Mieten und angemessener Ausstattung nicht zur Garotte (Würgeisen, d.V.) der gemeinnützigen Wohnungswirtschaft werden."

Die von der Bundesregierung angegebenen Steuerbefreiungen von 200 bis 240 Mio. DM seien eher überhöht. "Tatsächlich seien die Steuervorteile der steuerpflichtigen Wohnungswirtschaft höher als die der gemeinnützigen. Im übrigen hätten die Steuerminderereinnahmen des Bundes wegen der Vergünstigungen für nicht gemeinnützige Bauherren und Erwerber im Rahmen erhöhter Absetzungen für Wohngebäude 1985 schon 3,28 Mrd.

DM betragen. Außerdem würden auch andere Wirtschaftszweige ohne Bindungen und Gegenleistungen Subventionen in Milliardenhöhe erhalten. Die Debatte über die Steuerpräferenzen entbehre damit jeden Augenmaßes, zumal sie acht Millionen Menschen in 3,4 Mill. Miet- und Genossenschaftswohnungen betreffe."

Ferner fordert der Verband u.a.: "Die fast vollständige Belegungsbindung der Wohnungsbestände der Gemeinnützigen und ihrer Vergabe durch die Wohnungsämter wäre ein untaugliches Vorhaben ... Die im nachhinein wegen der wirtschaftlichen Entwicklung verfehlte Finanzierung der Wohnungsbestände der 70er und 80er Jahre mit Kapitalmarktdahrlehen und einer zeitlich befristeten, degressiven Förderung bei Zinsen und Aufwendungen bedeute für viele Unternehmen bereits heute Leerstand, Mietausfälle



und Mietverzicht sowie für die Mieter unsoziale Härten. Deshalb müsse der Bund zusammen mit den Ländern hier wieder für eine solide und seriöse Finanzierung sorgen." (Quelle: Handelsblatt, 5./6.2.86 – jeb)

"Preußenschild" für Zimmermann

Bundesinnenminister Zimmermann ist vom Sprecher der Landsmannschaft der Ostpreußen, Ottfried Hennig, der zugleich Parlamentarischer Staatssekretär im "Innerdeutschen Ministerium" Windelns ist, mit dem "Preußenschild" ausgezeichnet worden. Der "Preußenschild" ist der höchste Orden, den die Landsmannschaft der Ostpreußen vergibt. Er wird nur an zehn lebende Träger gleichzeitig vergeben. Früherer Träger dieses Ordens war u.a. der wegen Teilnahme an faschistischen Kriegsverbrechen verurteilte Hitler-Nachfolger Großadmiral Dönitz. Der ist kürzlich verstorben. Vermutlich ist Zimmermann also sein Nachfolger als Ordensträger. Die Landsmannschaft der Ostpreußen verlangt nicht nur die Annektion des früheren Ostpreußens und damit den Raub polnischer und sowjetischer Gebiete bei der Wiederaufrichtung des "Deutschen Reiches". 1984 veröffentlichte

lichte sie in ihrem Zentralorgan "Das Ostpreußenblatt" u.a. eine Stellungnahme der "Arbeitsgemeinschaft der Memellandkreise in der Landsmannschaft Ostpreußen", worin diese gegen eine vermutete Absicht der Bundesregierung protestierten, "bei der künftigen Herausgabe einer Deutschlandkarte in seinen völkerrechtlich gültigen Grenzen das Memelland unberücksichtigt zu lassen." Ein Jahr später bekräftigte Zimmermann solche Positionen durch einen Auftritt vor dem "Deutschlandtreffen" der Ostpreußen. Dort erklärte er u.a.: "... haben die Vertriebenen und Flüchtlinge ein Recht auf die Solidarität aller Deutschen. Wir alle tragen gemeinsam Verantwortung für die Zukunft unseres Vaterlandes in Europa." Das "Preußenschild", von Zimmermann freudig entgegengenommen, dokumentiert, wie diese Zukunft gestaltet werden soll: Mit gewaltigen Eroberungskriegen, verbunden mit scharfer Unterdrückung im Innern. Das ist ja auch Zimmermanns Ressort. — (rül)

Das freie Wochenende ist ernsthaft in Gefahr

Auf die Ankündigung des IGM-Vorstands Zwickel, für die 35-Stunden-Woche und das freie Wochenende notfalls zu streiken, konterte Hauptgeschäftsführer von Gesamtmetall, Kirchner: "Unsere internationale Konkurrenz schlägt sich vor Freude auf die Schenkel. Ich habe langsam den Eindruck, daß die IG-Metall mehr die Interessen japanischer und amerikanischer Arbeitgeber vertritt als die der deutschen Arbeitnehmer. Unsere schärfsten Konkurrenten auf den Weltmärkten haben längst die Samstags-, sogar Sonntagsarbeit. Die können ihre Maschinen rund um die Uhr auslasten und deshalb kostengünstiger

produzieren, während unsere Anlagen auf's Jahr gerechnet höchstens zu 34 Prozent genutzt werden. Wir werden deshalb die Wochenend-Arbeit in die Tarifverhandlungen einbringen." — Gesamtmetall stellt die IGM hin, als ob sie nicht ganz bei Trost sei, heutzutage noch für ein freies Wochenende einzutreten, und droht im Falle von Dummheiten schon mit Paragraphen. Murmann, der neue Präsident der BDA, sagte bezugnehmend auf den IGM-Gewerkschaftstag: "Ich fand es interessant, daß dort der Begriff Flexibilisierung nicht als Negativbegriff, sondern als Gestaltungsspielraum diskutiert worden ist. ... Ich habe die Erwartung, daß wir irgendwann wieder von einer Sechs-Tage-Woche reden können." — Leute wie Murmann wissen wohl, daß der Gewerkschaftstag das freie Wochenende beschlossen hat, aber sie wissen auch, daß gleichzeitig eine Beschränkung der Betriebsnutzungszeiten — z.B. auf 40 Stunden in Normalschicht — abgelehnt wurde.

Die Farschheit, mit der die Kapitalisten jetzt den Samstag ins Spiel bringen — und damit den Sonntag meinen — liegt nicht nur an dem unverantwortlichen Gerede von Rappe und Döding. Auch von Steinkühler kommen Signale hinsichtlich des "freien Samstag": "Hier werde die IG Metall keine Kompromisse machen. Was nicht bedeuten solle, daß nicht auch Mehrarbeit oder Reparaturarbeiten oder Sonderarbeiten auf den Samstag gelegt werden könnten, was bei Zwei-Schicht-Betrieben ohnehin die einzige Alternative sei. Auch der Ausgleichszeitraum von zwei Monaten (für Mehrarbeit, d.Red.) könne erweitert werden..." — Was ist das anderes, als Jahresarbeitszeitflexibilisierung durch die Hintertür der Mehrarbeit? (Quellen: Bild, 1.12.86; Stern und Handelsblatt, 4.12.86 — poj)



Am 29.11. demonstrierten 5000 Leute in Bonn für den Boykott Südafrikas, gegen die Unterstützung des Rassistenregimes durch die BRD. Aufgerufen hatten über 200 Organisationen, u.a. Anti-Apartheid-Bewegung, DKP, Evangelische Frauen und Grüne. Auf der Schlußkundgebung sprachen sechs der sieben Redner für den vollständigen Boykott. Professor Ehmke, der für den SPD-Vorstand eine Grußbotschaft vortrug, trat nicht für umfassende Sanktionen ein. Er forderte die Bundesregierung auf, die US-Sanktionen zu übernehmen. — (uld)

Nationalistische Front: Aktionsbündnis gegen Faschisten 22

Schörling: Trotz ablehnender Haltung — Schichtarbeit nicht verhindert 23

Normalarbeitstag: Nacht- und Schichtarbeit unakzeptabel 23

Hafenstraße HH: "Aber unsere Köpfe werden sie nicht kriegen" ... 24

Asyl: Stuttgart setzt neue Maßstäbe für die Armen 25

Bäuerinnen: Soziale Sicherung ist mehr als dürftig 25

Werften: Gesundheitliche Schäden, Frühinvaliden, weniger Lohn — im Interesse für "unsere Arbeitsplätze"? 26
Positionen zur Werftenkrise. 27

Nachrichten aus der Arbeiterbewegung 28

Ausländerkulturtage: Forderungen an die Stadt München 29

Kultur und Wissenschaft — Diskussionsbeiträge

"Hannah und Ihre Schwestern": Das Glück der Mittelschicht in der Familie 30

Fritz Lang: Verbrecher und Mörder suchen einen Unschuldigen.... 30

Fernsehen: ZDF-Hearings zur Unterstützung der Regierungspolitik 30

Zeichenfilm: Wenn der Wind weht — Jim und Hilda und die Bombe 31

Moderne Biologie und Rassismus: Es gibt nur eine Rasse: Die menschliche Rasse 31

Ausländerpolitik: Asylrecht und imperialistische Expansion ... 32

Spezialberichte

Revolutionäre Theoriebildung: Die Rolle der BRD im internationalen Klassenkampf — Eine Auseinandersetzung mit Positionen der KG(NHT) 34

BRD-Imperialismus bringt friedliche Entspannung? 35

EG und Dritte Welt im Bündnis? ... 36

Die NATO — ein transatlantischer Mehrzweck-Interessenverband ... 38

Einseitige Theoriebildung oder dialektischer Materialismus? 39

Jahresgutachten

"Ständige Betriebsbereitschaft" unerlässlich! – Das ganze Leben ein Arbeitsplatz?

Das war in den letzten zwanzig Jahren der BRD nicht der Fall: Die Kapitalistenklasse hat ein umfassendes Konzept zur Lenkung der Gesellschaft, und sie legt es ziemlich unumwunden den Wahlbürgern zur Bestätigung vor, begründet hoffend, eine satte Mehrheit dafür aufzutreiben. Wieso bleibt die Kritik, die vom Standpunkt der Lohnarbeit dagegen zu führen ist, so relativ kraft- und wirkungslos? Zwei Hauptgründe sind dafür auszumachen.

Erstens: Politisch kann die Arbeiterbewegung ihre Ziele nicht bestimmen, wenn und solange sie zuläßt, daß den eingewandertern Arbeitern die politischen Rechte vorenthalten bleiben. Sie kann durch die bürgerliche Propaganda auf den Standpunkt des Privileges festgelegt und dort isoliert werden. Sie kann nicht als Vorkämpfer der Befreiung auftreten, sondern tritt als Interessengruppe, wenngleich große, in Erscheinung. Dagegen richtet die objektive Analyse nichts aus, die feststellt, daß Wählen verkehrt ist. Der Analyst schätzt ja doch sehr, daß er nicht nächstentags irgendwohin ausgewiesen werden kann, sondern immerhin einen Standort hat, von dem aus er Nein! rufen kann. Der weitgehende Ausschluß einer so großen Bevölkerungsgruppe bei gleichzeitiger Verurteilung zu den schwersten, anstrengendsten, am meisten verschleißenden Arbeiten wird, wenn und solange er von der Arbeiterbewegung geduldet wird, breit und massenhaft ein Weltbild festigen, das in Hierarchien, in Privilegien und Eliten ein-

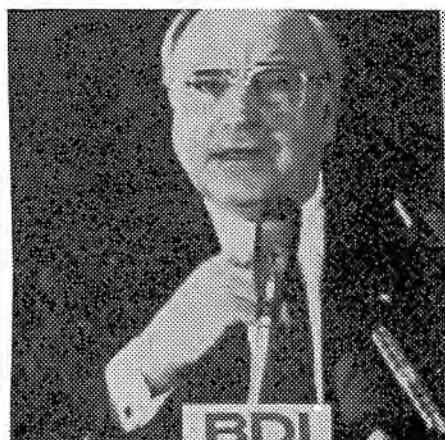
teilt. Unter der konservativen Devise: Jedem das Seine! gibt die bürgerliche Gesellschaft den Arbeitern dann passenderweise nichts.

Zweitens: Im Bereich der Wirtschaft kann die Arbeiterbewegung eine Kritik nicht entwickeln, wenn und solange sie das Ausmaß der Beschäftigung zum Maßstab macht. Sie kann von der bürgerlichen Politik vereinnahmt und von den Kapitalisten betrogen werden. Gegenwärtig zum Beispiel hat die Kapitalistenklasse eine außergewöhnlich große Mobilisierung der Kraftreserven der Arbeiterbevölkerung erreicht. Die Erwerbsquote steht auf fast 46%, so hoch wie seit Mitte der sechziger Jahre nicht. Zieht man zusätzlich in Betracht, daß die

Anzahl der Schüler und Studenten wesentlich höher liegt als damals und ebenso die Zahl der Empfänger von Renten und Pensionen, so wird man sagen müssen, daß der deutsche Imperialismus seit dem zweiten Weltkrieg nicht mehr die Bevölkerung so umfassend eingespannt und auf Trab gebracht hat wie gegenwärtig. Im Schall des Rufs nach Arbeitsplätzen spreizt und röhmt sich die bürgerliche Gesellschaft und läßt auch gerne kritisieren, daß mehr noch besser wäre. So lange die Arbeiterbewegung nicht energisch nach dem Preis für ihrer Arbeitsleistung fragt, ist alles gebongt.

Die bürgerliche Hetze hat den Gegensatz von Staat und Arbeiterklasse, der sich gegenwärtig am widerwärtigsten in der Entrichtung der eingewanderten und Wanderarbeiter entwickelt, gefaßt und als Unterschied zwischen Staatsangehörigen und Ausländern formuliert. Sie hat die Ausbeutung der Lohnarbeit durch das Kapital zum aktiven Ziel der Lohnarbeit erhoben und den Klassengegensatz als Unterschied zwischen Vollbeschäftigung bzw. Konjunktur und Arbeitslosigkeit bzw. Krise gefaßt. Damit sind wichtige Orientierungspunkte in der öffentlichen Meinung eingerissen. Jetzt kann es weitergehen, und es geht auch weiter. Die Wissenschaft fängt an, die nächsten Ziele zu markieren.

Langsam schiebt sich in der BRD ein neuer Entlohnungsmaßstab neben den gewohnten: Stunden- oder Tagelohn im Wortsinne. Gerechnet wird dabei nicht mehr bezogen auf das Auskom-



Kohl 1986 vor dem BDI: "Das erste, was ich sagen möchte, Herr Präsident, ist ein Wort des Dankes ... für mancherlei Rat."

Verfahren gegen "Tamilen-Kapitäne" eingestellt

Im Juli hatte der Kapitän und Eigner der "Aurigae" aus Nordenham, W. Bindel, 153 türkische Asylbewerber aus der BRD, nachdem er von ihnen 700000 DM für die Überfahrt kassiert hatte, auf offenem Nordatlantik vor Kanada ausgesetzt. Ein Haftbefehl gegen Bindel wurde zunächst nur von Honduras beantragt, unter dessen Flagge Bindels Schiff fuhr. Bindel entging diesem Haftbefehl, indem er sein Schiff in die BRD zurückflaggte. Weil die Sache überall publik geworden war, entschloß sich die Oldenburger Staatsanwaltschaft zu einem Ermittlungsverfahren gegen Bindel. Dieses Verfahren ist nun eingestellt worden. Bindel habe sich nicht der Aussetzung hilfloser schuldig gemacht. Die Tamilen hätten das Schiff freiwillig mit dem Ziel "einer besseren Zukunft für sich und ihre Kinder" verlassen. Hier-

aus, so die Staatsanwaltschaft, könne dem Kapitän kein Vorwurf gemacht werden. Damit stellt sich die Staatsanwaltschaft hinter die Asylpolitik der Bundesregierung, wonach die Beisetzung der Asylbewerber aus der BRD oberstes Gebot ist – egal mit welchen Mitteln und zudem lukrativ. – (sie)

Provokation gegen Syrien

Westberlin. 27.11.86 Zu 14 bzw. 13 Jahren Haft wurden die beiden Angeklagten Ahmed Hasi und Faruk Salameh wegen des Sprengstoffanschlags auf die Deutsch-Arabische-Gesellschaft vom 29. März des Jahres verurteilt. In der Urteilsbegründung wurde von syrischer Mittäterschaft ausgegangen. Diese ist konstruiert. Hierzu einige Hintergrundinformationen, die im Prozeßverlauf bekannt wurden: Über eine angebliche Reise von Hasi Anfang '86

nach Syrien fehlen die Paßeintragungen. Die beschriebenen Räume der syrischen Botschaft in Berlin, DDR, existieren dort überhaupt nicht. Die beiden angeblichen britischen Polizisten Lloyd und Talbot, die Hasi im April im Gefängnis aufsuchten und zu dem Geständnis bewegten, sind bei der Londoner Polizei unbekannt. Der Vater von Hasi und seines in London verurteilten Bruders Hindawis war Mitarbeiter des israelischen Geheimdienstes. – (kla)

Deutsche Bank kauft Großbank in Italien

Die "Banca d'America e d'Italia", bislang im Besitz der US-"Bank of America" und achtgrößte Bank in Italien, gehört künftig der Deutschen Bank. Für 1,2 Mrd. DM erwarb diese das gesamte Kapital und stach Mitbewerber wie die Familie Agnelli (FIAT) aus. Nach dem Kauf einer großen Versicherung durch die Allianz ist dies der



men des Lohnabhängigen, sondern bezogen auf das Einkommen pro Stunde oder pro Tag. Die Unstetigkeit der Beschäftigung, das reale Einkommen verschwindet in dieser Betrachtung zugunsten einer Rechengröße. Das Lohneinkommen erscheint als Zusatz zum Familieneinkommen, zur Sozialhilfe usw. Obwohl diese Art Beschäftigung immer weiter zunimmt, bleibt gegenwärtig der Maßstab der Lohneinkommen in der BRD immer noch das Lohneinkommen, das ein Arbeiter in der Industrie erzielt, wenn er voll beschäftigt ist. Obwohl die Anzahl der Menschen, die sich in genau solchen Lebensumständen befinden, abnimmt, ist doch da die Marke, an der sich die gewerkschaftlich organisierte und kampffähige Arbeiterbewegung sammelt. Gegen diese Marke richtet sich der Angriff der bürgerlichen Wissenschaft auf zweierlei Art:

zweite große Coup, mit dem westdeutsche Finanzmonopole ihren Einfluß in Italien in den letzten Monaten erhöhten. Mit der neuen "Achse" nach Italien will die Deutsche Bank auch EG-weit die Vormacht im Bankengeschäft erobern. —(rül)

Arbeitsgemeinschaft DGB/BDA zur Versicherungskürzung?

"Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und der Deutsche Gewerkschaftsbund wollen eine Arbeitsgemeinschaft gründen, die nach Möglichkeiten einer Strukturreform des Gesundheitswesens suchen soll. Auch über die Reform der Rentenversicherung sollen Gespräche zwischen den Spitzenverbänden intensiviert werden." Das meldete am 28.11. das "Handelsblatt". BDA-Chef Esser verbreitete prompt, er sehe "große Chancen für eine gemeinsame Linie der Sozialpartner". Der DGB verbreitete nichts. Was auch? Daß er

Erstens bezogen auf den Lohn. Der industrielle Lohn, wie er sich in der BRD herausgebildet hat, ließ dem Facharbeiter, so er nur ein bißchen Glück hatte, einen gewissen Spielraum für Familie, Auto, Eigenheim. Die Umschichtungsprozesse der letzten Jahre haben diesen Lohn auf ein anderes Niveau gedrückt. Die Reproduktion vieler Familien hat, wie besonders der Angebotsdruck auf dem Arbeitsmarkt zeigt, keine ausreichende Basis mehr. Die Verschiebung der Stückzahlen der Automobilproduktion z.B. zwischen VW und Daimler Benz spricht ebenfalls Bände, ebenso die Verhältnisse auf dem Immobilienmarkt, wo die Notverkäufe gerade bei minderwertigen bzw. geringerwertigem Wohnungseigentum zunehmen. Für die Kapitalisten hängen Marktanteile davon ab, daß sie die gegenwärtig gute Nachfrage auch befriedigen.

die Notwendigkeit einer weiteren "Kostendämpfung" in den Krankenversicherungen und einer "Strukturreform" bei der Rentenversicherung nicht bestreitet? Mag sein, daß der DGB-Vorstand glaubt, auf diesem Wege die ärgsten Forderungen der Kapitalisten abwenden zu können. Tatsächlich aber hilft er den Kapitalisten mit der Zustimmung zur Bildung solcher Arbeitsgemeinschaften, sich vor gewerkschaftlicher Kritik an der Zerstörung der Gesundheit der Lohnabhängigen und an ihrer Verantwortung für die leeren Rentenkassen davonzu stehlen. —(rül)

Ganz große Koalition im Bundestag "für Europa"

Am 13.11. hat der Bundestag erstmals den Vertrag "zur Europäischen Union und der Einheitlichen Akte" beraten. Der Vertrag, von den Staats- und Regierungschefs der EG Anfang 1986 unterzeichnet, sieht ab 1.1.87 weitge-

Die Situation wäre günstig, um einen Teil der Lohnverluste wieder hereinzuholen. Dagegen richtet das Wirtschaftsgutachten das Argument, daß auf diesem Wege eine Inflation ausgelöst würde, die sonst ohne weiteres zu vermeiden wäre. So räumt das Gutachten argumentativ die Bahn für weitere Lohnsenkungen durch Inflation; eine Methode, die auch in den bürgerlichen Kreisen umstritten ist und deswegen behutsam ins Gespräch gebracht werden muß. Würden nun zurückhaltende Lohnabschlüsse zur Geldwertstabilität führen? Wohl kaum. Eine Arbeiterbewegung, die die Chance ausläßt, ihre Lohnposition unter günstigen Umständen zu verbessern, wird – so könnten Bürger rechnen – sich wohl schwerlich gegen eine Lohnminderung durch Inflation zur Wehr setzen. Gerade bei minderwertigen Lohnabschlüssen ist deswegen mit einer gezielten Inflation als Mittel der Lohnsenkung zu rechnen.

Zweitens die Flexibilisierung. Das Gutachten weist den Weg. Sehr unterschiedliche Wochenstundenzahlen seien möglich, vorausgesetzt, so wörtlich, "ständige Betriebsbereitschaft und konsequente Stellvertretung" seien gewährleistet. Bislang hat die Produktionsmethode im verarbeitenden Gewerbe Teilzeitarbeit schwierig gemacht. Diese Schranke, die beigetragen hat, den Lohnstandard aus der normalen Arbeitswoche zu errechnen, soll durchbrochen werden. Alles geht glatt, vorausgesetzt die ständige Betriebsbereitschaft des Arbeiters. So wird die Rufbereitschaft zur Daseinsweise und das real erzielte Einkommen des Arbeiters um ein Viertel, Drittel usw. gesenkt.

Diese beiden Wege zur Vernichtung des Lohnstandards werden in den nächsten Jahren also beschritten. Die Bourgeoisie wird zielstrebig eine In-

hende Änderungen des EG-Vertrages vor. Auf zahlreichen Gebieten wird die bisher erforderliche Einstimmigkeit bei Entscheidungen der EG durch Mehrheitsentscheidungen ersetzt. Erstmals wird auch die "sicherheitspolitische Zusammenarbeit" – sprich: militärische Kooperation – Bestandteil des EWG-Vertrages. Die Parlemente Dänemarks, Belgiens, Luxemburgs, Großbritanniens und Frankreichs haben den Vertrag schon ratifiziert, der Bundestag will bis Jahresende folgen. Die BRD als wirtschaftlich stärkste Macht wird von der Ausdehnung der EG-Kompetenzen und den Mehrheitsentscheidungen abschabbar am meisten profitieren. Dagegen regte sich im Bundestag auch von Seiten der Grünen kein prinzipieller Widerstand. Die SPD kritisierte sogar, daß "eine materielle Verpflichtung zur Zusammenarbeit" in der Militärpolitik noch immer nicht ausreichend festgeschrieben sei. —(rül)



Die AOK Köln (170000 Mitglieder, die meisten davon in unteren Lohngruppen) meldet für 1986 2,3% Beitragszuwachs. Zieht man die Zunahme der Beschäftigung ab, so bleiben zwischen 1 und 1,5% Bruttolohnsteigerung für die AOK-Mitglieder. Davon sind abzuziehen: höhere Versicherungsbeiträge, Teuerung, Steuerprogression, Kürzungen bei den Versicherungsleistungen usw. So "profitieren" die unteren Lohngruppen vom "Aufschwung"!

flation ansetzen, und das Angebot an Teilzeitkräften wird ausgenutzt werden, um den Monatslohn zu senken.

Die Gegenwehr muß mit großen Schwierigkeiten rechnen. Das Lohn- und Gehaltsniveau ist ja so unterschiedlich, daß in einigen Bereichen für eine Halbtagsarbeit ein irgendwie ausreichender Lohn herauskommt, während in anderen nur noch Zuerwerb einer sonstwie abhängigen Person übrigbleibt. Die Strategie der herrschenden Klasse wirkt also selektiv, und zwar auf Mittelklasse und Proletariat verschieden. Überzeichnet man die zu erwartende Entwicklung, so ergeben sich als prototypische Entwicklungspfade:

– Im Bereich höherer Mittelklasseneinkommen ist bereits ein wenig Vermögen da, ein Haus u.U. für mehrere Mietparteien, auch sonstiges Vermögen. Das Lohneinkommen kann stei-

gen oder fallen, ohne daß die Lebensweise grundlegend geändert werden muß. Besonders bei Ehegatten sind Änderungen im Beschäftigungsumfang ganz gut auszugleichen, besonders noch einmal, wenn Kinder nicht da oder aus dem Hause sind. Änderungen im Lohnstandard wirken sich, das ist das Wichtige, nicht auf die Lebensweise aus.

– Im Bereich der Arbeiterlöhne wird die Erwartung an das Leben auf das bloße Überleben Schritt für Schritt hingeführt. Die wirtschaftliche Abhängigkeit führt zu einer umfassenden gesellschaftlichen. Die abrufbare Betriebsbereitschaft bedeutet ja eine Ausweitung des Direktionsrechtes der Kapitalisten ins tägliche Leben. Stichprobenhafte Feststellung der Betriebsbereitschaft, durchaus auch ohne Abruf, ist denkbar.

Die verschiedenen Wirkungen, die

Lohnsenkung und Flexibilisierung in den verschiedenen Lohnbereichen haben, beruhen nicht auf einer gegensätzlichen Interessenlage. Es ist eine einheitliche Front gegen die Kapitalisten gleichwohl möglich. Sie kann aber nur entstehen im Betrieb, und zwar gegen die zunehmende Steigerung der Arbeitsintensität, des Arbeitstemos, der Beanspruchung der Lebenskraft und Lebensgeister durch das Kapital. Das Kapital, das zuerst die Handarbeit zum bewußtlosen Organ macht und die Kopfarbeit zur unpraktischen Spintisiererei, geht ja im nächsten Entwicklungszuge dazu über, den Handarbeiter zum Krüppel und den Kopfarbeiter zum Fachidioten zu machen. Dies geschieht nicht irgendwo, sondern am vielgerühmten Arbeitsplatz. Was sich dort abspielt, muß kritisiert und von den Kapitalisten entgolten werden. – (alk, maf)

Verfassungsbeschwerde gegen Zeitverträge

GEW und ÖTV haben gegen das im Mai 1985 verabschiedete Gesetz über "Befristete Arbeitsverträge mit wissenschaftlichem Personal an Hochschulen und Forschungseinrichtungen" schon vor einiger Zeit Verfassungsbeschwerde eingelegt. Die Frankfurter Rundschau hat am 4.12. die Begründung der Beschwerde auszugsweise dokumentiert. Nach dem Gesetz können – und sollen – wissenschaftliche Angestellte in fast allen Fällen befristet eingestellt werden. Das Gesetz setzte den Tarifvertrag BAT SR z.B. außer Kraft, nach dem Befristungen nur aus Gründen einer zeitlich klar bestimmbaren Arbeit oder bei Stellenvertretungen möglich waren. Als Befristungsgrund reicht jetzt z.B. aus, daß der Angestellte "erstmals" im öffentlichen Dienst arbeitet. Die Kläger weisen zu Recht darauf hin, daß dieser

Eingriff in der Tarifautonomie Signalwirkung für andere Branchen haben wird (wie es auch bereits geschehen ist). Sie argumentieren mit der Verletzung des Art. 9 Abs. 3 GG (Koalitionsfreiheit). Sehr geschickt ist die Taktik der Regierung, mit dem Gesetz zunächst gegen Akademiker vorzugehen, weil hier offenbar weniger Widerstand vermutet wird. – (tob)

Faruk Bozkurt nach über drei Monaten endlich frei

Seit dem 15.8.1986 war Faruk Bozkurt in Hamburg in Haft wegen "Verabredung zu einem Sprengstoffanschlag". Der "Arbeiterverein aus Kurdistan e.V." hat sofort erklärt, daß dies ein Komplott des türkischen Konsulats gewesen ist. Per Post war dem Arbeiterverein ein Schließfachschlüssel zugespielt worden, im Schließfach befand sich Sprengstoff. Die Polizei kannte bereits den Inhalt von Brief und Schließfach. Das Gericht verfügte

am 27.11.1986 die Haftentlassung, weil "die weiteren Ermittlungen keinerlei Erkenntnisse gebracht (haben), die den Tatverdacht gegen den Beschuldigten stützen ... Den durchgeführten Ermittlungen ist nicht zu entnehmen, daß sich die PKK zu Gewalt und Terror gegen den türkischen Staat außerhalb des türkischen Staatsgebiets bekannt und derartige Aktionen bereits unternommen hat." Die Staatsanwaltschaft hat Beschwerde eingelegt. – (mek)

EG-Türkei: Lohnsklaverei nach EG-Wünschen

Noch vor dem Londoner EG-Gipfel einigten sich Anfang Dezember die EG-Außenminister, welches Angebot man der Türkei hinsichtlich der zum 1. Dezember laut Assoziierungsabkommen von 1963 in Kraft tretenden "Freizügigkeit" für türkische Lohnabhängige machen will. Die "FAZ" beschreibt das Angebot so: "Nur wenn

BRD – Südafrika

Die BRD will Sanktionen null und nichtig erklären

Für 46 Millionen DM hat die staats-eigene HDW-Werft U-Boot-Konstruktionszeichnungen an die südafrikanische Regierung verkauft. Der Verkauf verstößt gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz und gegen das 1977 vom UN-Sicherheitsrat verhängte Waffenembargo gegen Südafrika, wonach völkerrechtswidrig ist, Südafrika mit Waffen für Militär- oder Polizeizwecke zu versorgen. Zwar haben die westdeutschen Kapitalisten bisher schon Mittel und Wege gefunden, Waffen und Pläne für ihre Herstellung an die südafrikanische Regierung zu verkaufen, jedoch nicht in aller Öffentlichkeit und zumeist auf verschlungenen Umwegen. Die Unionsparteien veranstalten aus Anlaß des Verkaufs der U-Boot-Pläne jetzt eine Debatte über Lockerungen des Kriegswaffenkontrollgesetzes. Sie wollen erstens erreichen, daß westdeutschen Waffenexporten auch in Kriegs- und Krisengebiete keinerlei Hemmnisse mehr im Wege stehen. Zweitens ist der Verkauf von U-Boot-Plänen aus einem Unternehmen, das zu 75,1% dem bundeseigenen Salzgitter-Konzern und zu 24,1% dem Land Schleswig-Holstein gehört, eine öffentliche Demonstration, daß die Bundesregierung bestehende und künftige Sanktionen gegen Südafrika nicht einhalten will und daß sie sich an keinen UNO-Beschluß gebunden fühlt. Sie will dem Siedlerregime und den westdeutschen Kapitalisten, die in Südafrika ausbeuten, jede Unterstützung zukommen lassen, die nur möglich ist.

Der Bundesverband der deutschen Industrie (BDI), der Deutsche Indu-

Ein- und Ausfuhren der BRD aus und nach Südafrika in 1000 DM

Jahr	Einfuhr	Ausfuhr
1982	3 075 500	6 128 900
1983	2 741 800	4 982 000
1984	2 973 500	6 648 700
1985	3 162 700	4 997 200
1-6/86	1 573 451	2 009 000

Quelle: Statistisches Jahrbuch 1986, Außenhandelsstatistik Januar bis Juni 1986

stri- und Handelstag, der Bundesverband des Deutschen Groß- und Außenhandels – sie alle erklären, daß sich ihre Mitgliedsunternehmen auf keinen Fall aus Südafrika zurückziehen wollen. Der Sprecher der Siemens AG in München erklärte: "Wir sind seit vielen Jahren in Südafrika und werden auch bleiben." (1) Die VW AG will ebenfalls ihre Fabriken in Südafrika behalten, gleiches gilt für BMW und Daimler-Benz. (1) Die Allianz AG hat bereits Vorsorge getroffen, wie sie die EG-Beschlüsse über Neu-Investitionen umgehen kann: Sie hat ihre südafrikanische Tochtergesellschaft mit einer südafrikanischen Versicherung fusioniert, womit das Unternehmen nun nicht mehr "westdeutsch", sondern südafrikanisch ist. Ausdrücklich weist die Allianz darauf hin, daß dies kein Rückzug aus Südafrika bedeutet. (2) Die Luxemburger Filialen der Dresdner und der Deutschen Bank haben bereitwillig die Konten der südafrikanischen Regierung ausgeweitet, die ihre Guthaben bei US-Banken in Reaktion auf die US-Sanktionen abgezogen und bei europäischen Banken deponiert hat. (3)

Der leichte Rückgang des Handels

mit Südafrika (siehe Tabelle) sei auf keinen Fall auf Boykottabsichten zurückzuführen, sondern habe seine Ursache in den wirtschaftlichen Schwierigkeiten in Südafrika, berichtet das "Handelsblatt" aus Anlaß des Abzugs US-amerikanischer Unternehmen aus Südafrika. Tatsächlich ist der Handel der westdeutschen Kapitalisten mit Südafrika im Verhältnis zu anderen Staaten gestiegen, denn der gesamte Außenhandel Südafrikas ist im ersten Halbjahr 1986 um 27% Prozent geschrumpft, und daß, obwohl die südafrikanische Regierung große Goldverkäufe getätigt hat. Die westdeutschen Unternehmen lieferten im ersten Halbjahr 1986 für 1,9 Mrd. DM Maschinen und Fertigwaren nach Südafrika, davon für mehr als die Hälfte große Industrieanlagen, Motoren, Kraftfahrzeuge, Hubschrauber, Flugzeuge, Nachschub für den Krieg gegen den Befreiungskampf.

(1) Handelsblatt v. 23.10.86; (2) Handelsblatt 25./26.10.86; (3) Die Welt, 25.11.86; weiterer Quellenhinweis: Archiv der Gegenwart, Nr. 20/86 – (uld)

MLPD

Zur Wahl zugelassen, Statut bleibt illegal

Am 28.11. entschied der Bundeswahl-ausschuß, die MLPD zur Bundestagswahl zuzulassen. Das Sekretariat des ZK der MLPD feiert das in der "Roten Fahne" Nr. 49 als großartigen Erfolg: "Damit mußten die westdeutschen Behörden erstmals seit dem Verbot der KPD 1956 wieder eine revolutionäre Partei der Arbeiterklasse anerkennen, die auf dem Boden des wissenschaftlichen Sozialismus steht. Die MLPD hat

ein Mitgliedsland seinen Bedarf an Arbeitskräften nicht aus der eigenen Bevölkerung decken kann, soll es auf das Angebot der übrigen EG-Mitgliedsländer unter Berücksichtigung der Türkei zurückgreifen. Auch die Beschränkung des Familiennachzugs trägt weitgehend deutschen Forderungen Rechnung; demnach bleibt das Recht auf Familiennachzug auf Angehörige von Gastarbeitern der 'ersten Generation' beschränkt. Weitergehende Regelungen werden als nationales Recht betrachtet." Damit hat sich die Bundesregierung mit ihrer reaktionären Ausländerpolitik gegenüber türkischen Lohnabhängigen Rückendeckung durch die EG-Kommission verschafft. Die Rechtlosigkeit und Lohnsklaverei der türkischen Lohnabhängigen in der BRD wird von der EG-Kommission weiterhin gewünscht und soll Maßstab für die Behandlung ausländischer Arbeitskräfte in der EG bleiben. – (rül)



Am 3. Dezember hat das Bundeskabinett den Etat 1987 der Bundesanstalt für Arbeit genehmigt. Der Etat dokumentiert, wieweit die Bundesregierung mit ihrer Arbeitsmarktpolitik die Arbeitslosenversicherung bereits zerstört hat. Von den 34 Mrd. DM Ausgaben der Bundesanstalt im nächsten Jahr fließen ganze 14,3 Mrd. DM als Arbeitslosengeld an die Arbeitslosen. 5,6 Mrd. DM, fast doppelt so viel wie 1982, stehen für "Qualifikationsmaßnahmen" zur Verfügung und entlasten damit die Kapitalisten von eigenen Ausbildungskosten. 3,2 Mrd. DM, viermal so viel wie 1982, fließen in Zwangsarbeitsprogramme wie ABM. – (rül)

einen hervorragenden Sieg im Kampf um ihr demokratisches Recht als Partei und für die Verteidigung des Koalitionsrechts der Arbeiterklasse errungen." Die Pläne des Innenministers, der MLPD ihre Parteidienstes abzuerkennen, seien "total gescheitert", der Bundeswahlleiter habe einen "vollständige(n) Rückzug" gemacht.

Sicher ist die Zulassung der MLPD zur Wahl erfreulich. Mit seiner albernen Erklärung aber täuscht das Sekretariat des ZK die Mitglieder der MLPD und die Leser der Roten Fahne über die weiterhin gefährliche Lage. Der Bundeswahllausschuß hat seine Entscheidung, die MLPD zur Wahl zuzulassen, gefällt, ohne ein Wort zu deren Statut zu sagen. Diese Auseinandersetzung der MLPD mit dem Bundeswahlleiter ist mit der Zulassung zur Wahl keineswegs beendet.

So hat das Bundesverfassungsgericht über die ihm vorgelegten Klagen der MLPD gegen den Bundeswahlleiter noch nicht entschieden. Was ist, wenn das Gericht die Klagen der MLPD mit Verweis auf ihr ungesetzliches Statut verwirft? Auch in dem von der MLPD vor dem Verwaltungsgericht Wiesbaden gegen den Bundeswahlleiter angestrengten Verfahren – um in sein Parteienregister aufgenommen zu werden – steht die Entscheidung noch aus. Vor Wochen hatte der Hessische Verwaltungsgerichtshof in einer Eilentscheidung das Statut der MLPD als ungesetzlich beurteilt. Dementsprechend weigert sich der Bundeswahlleiter weiter, die MLPD in seine Parteiensammlung aufzunehmen. Zu erwarten ist, daß auch das VG Wiesbaden die Klage der MLPD verwirft.

Dann wäre die MLPD eine zur Bundestagswahl zugelassene Partei mit illegalem Statut. Alle Organe der Partei wären ungesetzlich. Die Staatsorgane könnten in einem bislang unbekannten Ausmaß jede Aktion der MLPD behindern, Legitimationen verlangen, Stände verbieten, Konten sperren usw. – mit Verweis auf ihr gerichtlich für ungesetzlich erklärt Statut. In diese gefährliche Lage hat das ZK der MLPD die Partei geführt. Anstatt die Mitglieder auf einem Parteitag über den Konflikt mit dem Bundeswahlleiter um ihr Statut beraten und entscheiden zu lassen, hat es mehrere unüberlegte Klagen gegen den Bundeswahlleiter vor Gerichten bis hin zum Bundesverfassungsgericht eingereicht und fürchtet nun die Urteile. Aus der "Roten Fahne" Nr. 49 gewinnt man den Eindruck, als wollte das ZK diese Klagen lieber heute als morgen einstellen und den Konflikt mit dem Bundeswahlleiter beenden. Jedenfalls erfahren die Leser der "Roten Fahne" von diesen Problemen kein Wort. Das ist nicht richtig. Die MLPD wird die Auseinandersetzung um ihr Statut öffentlich weiterführen müssen. – (rül)

"Antiterrorgesetze"

Ausweitung der "terrorist. Vereinigung" auf systemoppositionelle Bewegungen

Am 19.12.86 soll der Bundesrat das am 31.10.86 eingebrachte und bereits durch die drei Lesungen im Bundestag gebrachte "Gesetz zur Bekämpfung des Terrorismus" verabschieden. Es soll am 01.01.1987 in Kraft treten. Die von den bürgerlichen Medien hochgezogene vermeintlich heftige Debatte um die vorläufig fallengelassene Kronzeugenregelung, im wesentlichen allerdings nur um die abstruse und in der Praxis völlig irrelevante Frage, ob "terroristische Mörder straffrei" sollten ausgehen können, hat es ermöglicht, den eigentlichen Kern des Gesetzes fast völlig aus der öffentlichen Diskussion zu halten. Die in Kreisen des grün-alternativen Spektrums wie auch im Umfeld der DKP und der DGB-Gewerkschaften grassierende panische Angst davor, selbst in den Geruch des Terrorismus geraten zu können, und der Umstand, daß sich sogar nicht wenige aus diesen Kreisen selbst zur "Bekämpfung des Terrorismus", jedenfalls aber zum

weitung der polizeilichen Möglichkeiten zur Verhinderung der Operationsmöglichkeiten von Massenbewegungen und der politischen Debatte als auch eine beträchtliche Zentralisierung und Verschärfung der Kriminalisierung politischer Organisationen ist damit gegeben. Denn hinter der Aufnahme zweier neuer Vergehenstatbestände in den Strafenkatalog des § 129a StGB als angeblich "typisch terroristische Erscheinungsformen aus jüngster Zeit" (§§ 315 Abs. 1 und 316b Abs. 1 StGB) und der Erweiterung des schon im Katalog enthaltenen Brandstiftungsparagraphen 308 StGB um das "Inbrandsetzen von Personen- und Lastkraftwagen und Baumaschinen" verbirgt sich keineswegs nur, daß "Störaktionen gegen Munitionstransportzüge durch Entfernen von Eisenbahnschwellen, Blockieren von Weichen u.a.", "Absägen von Strommasten" und "Brandanschläge auf Polizei- und Militärfahrzeuge sowie auf Anlagen im Energieversorgungsbe-



Bei Protesten gegen die Haftbedingungen der politischen Gefangenen können die Staatsorgane künftig mit noch höheren Strafandrohungen vorgehen.

leichtfertigen Umgang mit dem Terrorismusbegriff berufen fühlen, haben ein übriges dazu getan, daß sich in der kurzen Zeit nur wenig Opposition gegen das Gesetz formiert hat. Was ist entscheidend an dem neuen Gesetz?

Mit der Ausweitung und Verschärfung des § 129a StGB und der Wiedereinführung des § 130a StGB in verschärfter Fassung sind neue Dimensionen für das Vorgehen gegen Massenbewegungen, und zwar keineswegs nur gegen alternativ-militante im Sinne von Wackersdorf, legalisiert. Die Realisierung der Möglichkeiten ist bloß noch eine Frage politischer Opportunität. Sowohl eine beträchtliche Aus-

reich, insbesondere auf Baumaschinen" (Beispiele in der Gesetzesbegründung; vgl. dagegen die Beispiele im Kasten) verfolgt werden können.

Der § 130a StGB stellt jetzt – entgegen seiner früheren, auf die Anleitung zu Straftaten in direkter Form (Bastelrezepte für Molotowcocktails etc.) bezogenen Fassung – "auch die Verbreitung sog. 'neutraler' Schriften unter Strafe, die nach ihrem Inhalt und ihrer Zweckbestimmung selbst gar nicht geeignet sind, die Bereitschaft anderer zur Begehung von Straftaten zu fördern oder zu wecken (etwa Berichte von Befreiungsbewegungen der dritten Welt oder Darstel-

Streik im öffentlichen Dienst terroristische Handlung

Am 14.11.1986 fand vor dem Rechtsausschuß des Bundestages die Anhörung der Sachverständigen zum "Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU und FDP zur Bekämpfung des Terrorismus" statt. Wir dokumentieren im folgenden Auszüge aus der Stellungnahme des Strafrechters Prof. Dencker aus Hannover. Anhand dieser Beispiele wird Zielrichtung wie Breitenwirkung der beschlossenen Ausweitung des § 129a (terroristische Vereinigung) deutlich. Bemerkenswert noch, daß laut Protokoll der Sitzung keiner der Abgeordneten oder Sachverständigen behauptet hat, die Beispiele Denckers seien sachlich falsch:

"Wie weit der Entwurf geht, mag (folgende) Erwägung zeigen: Durch die Verweisungskette 129a, 316b StGB (also Betätigung als terroristische Vereinigung durch Störung öffentlicher Betriebe) wird die Gewerkschaft ÖTV spätestens nach dem Beschuß, E-Werke zu bestreiken, zur terroristischen Vereinigung (ihr Vorstand gemäß § 129a Abs. II mit Freiheitsstrafe von 3-15 Jahren strafbar). Einziger Ausweg für den Strafjuristen wäre die Anwendung der – ungeschriebenen! – Formel von der Sozialadäquanz. Dieser Ausweg würde... die Aussage enthalten, daß es sozialadäquate terroristische Vereinigungen gibt.

(Über diese Konsequenzen der neuen Regelung) sollte man nicht mit der naheliegenden Erwägung weggehen, Streikhandlungen seien als sozialadäquate Handlungen gar nicht von § 316b (Störung öffentlicher Betriebe) erfaßt: die kleinste Überschreitung des arbeitsrechtlich

Zulässigen führt bereits zur sozialen Inadäquanz.

Ein Elektriker z.B., der am Stammstisch einem Mitglied der ÖTV bei einem Gespräch über einen bevorstehenden Streik im E-Werkbereich und etwaige Streikbruchmaßnahmen rät, er solle doch der Streikleitung mitteilen, man müsse nur einige Teile im E-Werk entfernen, und schon könne der Streik nicht mehr unterlaufen werden, ist gem. §§ 129 Abs. 1, 30 StGB (Anstiftung zur Anstiftung eines Verbrechens) strafbar (als "Terrorist"!).

Zur Überführung, Ergreifung und Aburteilung des vorgenannten Elektrikers und/oder der Streikenden, die auch nur minimal über die Grenzen des arbeitsrechtlich Erlaubten hinausgehen, ist z.B. zulässig:

- Haft ohne Haftgrund, § 112 III StPO,
- Telefonüberwachung gem. § 100 I, Nr. 1c StPO,
- Wohnblockdurchsuchung gem. § 103 I, 2 StPO,
- Errichtung von Straßenkontrollstellen gem. § 111 I, 1 StPO
- Überwachung des Verteidigungsschriftverkehrs gem. § 148 II StPO,
- Trennscheiben gem. § 148 II, 3 StPO...."

Im weiteren gibt Dencker weitere Anwendungsfälle des § 129a neuer Fassung, wobei hier nur einige wiedergegeben werden können:

"Eine Gruppe von jungen 'Hackern', die sich zu dem ehrgeizigen Vorhaben zusammenfindet, in die Programmssysteme der Computer von Polizei und BGS allerlei fröhlichen, wenn auch störenden Unfug hineinzubringen, hat sich – mit allen rechtlichen Konsequenzen – zu einer terroristischen Vereinigung zusammengeschlossen.

Drei Polizeibeamte einer Landes-einsatzhundertschaft, denen nach



Künftig Streikverbot in weiten Bereichen des öffentlichen Dienstes durch die neuen "Antiterrorgesetze"? Bild: ÖTV-Streik 1974, Westberlin.

dem Erleben der aufgeputzten Atmosphäre bei Demonstrationseinsätzen angst und bange geworden ist, beschließen, in Zukunft vor jedem solchen Einsatz vorsichtshalber die Schlagbolzen aus den Maschinengewehren ihrer Einheit zu entfernen, um evtl. Schlimmeres zu verhindern."

In diesem realen Fall hatte der Bundesgerichtshof am 3.3.82 entschieden, der Polizist sei wegen § 316b (Störung öffentlicher Einrichtungen) zu bestrafen, denn: "Daß die Landeshundertschaft ihre Aufgabe nur mit einsatzbereiten Waffen erfüllen konnte, daß mithin die Maschinengewehre dem Betrieb dienende Sachen waren, bedarf keiner weiteren Erörterung". Schließen sich nun 3 Polizisten zu einer derartigen Aktion zusammen, bilden sie nach der Neufassung des § 129a StGB bereits eine "terroristische Vereinigung".

lung historischer Ereignisse), wenn sich (angeblich) aus den Gesamtumständen ergibt, daß derjenige, der sie veröffentlicht, die Absicht hat, die Begehung von Straftaten zu fördern oder zu wecken" (Kritik der Strafverteidigervereinigungen). Nicht nur derartige "neutrale" Schriften, auch entsprechende mündliche öffentliche Äußerungen sind jetzt strafbar.

Schließlich – und am allerwenigsten diskutiert, obwohl von ganz entscheidender Bedeutung – enthält das Gesetz Änderungen im Gerichtsverfassungsgesetz, die nicht nur die Zuständigkeit der Bundesanwaltschaft und des Bundeskriminalamtes für das ausgeweitete Feld des neuen § 129a StGB, sondern darüberhinaus auch noch für die Katalogstraftaten des § 129a StGB, ohne daß es auch nur der Behauptung einer "terroristischen Vereinigung" bedürfte, sowie für ausländische "terroristische Organisationen" festlegen. Das ist eine sprung-

hafte Kompetenzerweiterung, deren einzige Voraussetzung ist, daß der Generalbundesanwalt jeweils Beeinträchtigung von Staatssicherheitsinteressen bejaht. Faktisch zielt das auf die Schaffung einer politischen Bundespolizei, wie sie nach dem Ende des Faschismus nach den damaligen Beschlüssen der Alliierten endgültig bestätigt werden sollte.

Die acht regionalen Strafverteidigervereinigungen in der BRD und Westberlin haben sich auf einer Pressekonferenz grundsätzlich gegen das Gesetz ausgesprochen und seine Stoßrichtung gegen politische Bewegungen herausgestellt. Der Deutsche Anwaltsverein, die Bundesrechtsanwaltskammer (Zwangskörperschaft aller Anwälte) und die ÖTV, Fachgruppe Richter/Staatsanwälte, haben eine rechtsstaatliche Kritik am 14.11.1986 im Rechtsausschuß des Bundestages vorgebracht. SPD und GRÜNE im Bundestag haben bei der

dritten Lesung am 05.12.86 gegen das Gesetz gestimmt – ohne allerdings massive öffentliche Angriffe dagegen zu führen. In München fand am 01.12.86 eine Veranstaltung "Anti-Atom-Bewegung als terroristische Vereinigung?" der Bayerischen Strafverteidiger gemeinsam mit dem Sprecherrat der Universität in München statt. Buchläden und Verlage sprachen sich gegen den neuen § 130a StGB (Anleitung zu Straftaten) aus. Auf der Tagung der Vereinigung Demokratischer Juristen am 30.11.86 in Marburg wurde eine Resolution gegen die neuen Gesetze verabschiedet. Bei dieser Konferenz äußerte immerhin der stellvertretende Vorsitzende der IG Druck und Papier, Detlef Hensche, daß sich die neuen "Sicherheitsgesetze" in Wahrheit gegen die demokratische Opposition richteten und es an der Zeit sei, mit der Jahrzehntelangen Staatsillusion der Gewerkschaften zu brechen. – (hem, mis)

Reaktionen auf die Chemieunfälle

Wallmann: Gerede über schärfere Gesetze – IG Chemie konsensbereit

Entsprechend ihren "Umwelt-Leitlinien" beharrt die chemische Industrie nach den diversen Unfällen und aufgeflogenen Gifteinleitungen in den Rhein auf ihrer "Freiwilligkeit" und "Eigenverantwortung" im Umweltschutz. Mit dem "Rest-Risiko", das "trotz des hohen Sicherheitsstandards der deutschen chemischen Industrie" bestehe, müsse man leben. Gemeinsam mit Behörden und Wissenschaft werde man untersuchen, ob die Maßnahmen zur Vorsorge ausreichend oder ob Verbesserungen notwendig seien. Auf entsprechende Fragen meinte der Bayer-Vorstandsvorsitzende Stenger, daß nach seiner Ansicht bei der Sicherheitsüberprüfung "Nachbesserungen größerer Art wahrscheinlich nicht notwendig würden" (1). Mude, Hauptgeschäftsführer des Verbandes der Chemischen Industrie, wandte sich gegen "neue Gesetze zur Verhütung von Chemie-Unfällen" (2).

Mit den "Leitlinien Umweltvorsorge" (3) legte die Bundesregierung ein Konzept vor, das sie sogleich relativierte: Es solle "nicht als Rechtsprinzip, sondern als politisches Handlungsprinzip" verstanden werden. Bei der Umweltvorsorge "müssen sich Vorsorgemaßnahmen selbstverständlich an dem verfassungsrechtlichen Grundsatz der Verhältnismäßigkeit orientieren". Durch das "Kooperationsprinzip" soll ein "faires Zusammenwirken aller staatlichen und gesellschaftlichen Kräfte" möglich sein. "Mit dem Verursacherprinzip setzt die Bundesregierung in hohem Maße auf die Leistungsfähigkeit und Effizienz der Marktwirtschaft auch zur Lösung der Umweltprobleme." Sie betont die Bedeutung flexibler Instrumente, die die "Eigeninitiativen der Verursacher mobilisieren", wie z.B. "Selbstverpflichtungen und Zusagen".

Dem zunehmenden öffentlichen Druck begegnet Wallmann durch Reden von notwendigen gesetzlichen Verschärfungen. So soll die Störfallverordnung des Bundesimmissionschutzgesetzes um weitere wassergefährdende und krebserzeugende Stoffe ergänzt werden. Damit würde für weitere chemische Großanlagen z.B. die Pflicht zur Erstellung einer "Sicherheitsanalyse" entstehen. Nicht betroffen wären nach wie vor kleinere chemische Produktionen und Chemikalienlager. Wallmann erwägt auch Produktionsverbote für bestimmte besonders giftige Stoffe und greift Vorschläge von SPD und Grünen auf. Vor der Wahl soll dies alles noch besprochen, jedoch erst nach der Wahl eventuell Gesetz werden...

Der Vorsitzende der IG Chemie

Rappe (MdB) fordert nach den Chemie-Unfällen: "Es müssen umgehend gesetzliche Initiativen ergriffen werden, um die Sicherheitsbestimmungen und die Umweltschutzmaßnahmen zu verbessern. Besonders eilbedürftig ist die Verbesserung der Störfallverordnung, der Meldepflicht und des Katastrophenschutzes. Dabei sind internationale Regelungen anzustreben" (4). Was bei den IG-Chemie-Stellungnahmen auffällt ist, daß keine Forderungen aus dem vom DGB-Bundesvorstand im März 1985 beschlossenen "Schwerpunktprogramm zum Umweltschutz" erhoben werden. Dort fordert der DGB z.B. den "integrierten Umweltschutz" (Umwelt-, Arbeits- und Gesundheitsschutz). Dieser soll durch regionale "Wirtschafts- und Sozialräte" sowie durch paritätisch besetzte Organe der Wirtschaftskam-

Hamm für Vertrauensleute und Betriebsräte der fünf größten Chemiefirmen BASF, Hoechst, Bayer, Henkel und Hüls gegen das Entgiftungsprogramm der Grünen und gegen die von ihnen beschriebenen Aktionen, Maßnahmen und politischen Strategien gewandt und gefordert, diese "eindringlich abzulehnen". Denn das Programm "zielt damit auf eine Bekämpfung des Industriegesellschaftsprinzips, statt an einer konsensorientierten zukünftigen Chemiepolitik zu arbeiten" (7).

Die sozialistischen und revolutionären Organisationen fordern (soweit unser Überblick reicht) die Beseitigung der Umweltschäden auf Kosten der Verursacher. Die DKP fordert: "Die Sicherstellung dieser Maßnahmen (Umweltschutz) ist durch demokratische Kontrolle und Mitbestimmung von Umweltschutzorganisationen, Gewerkschaften und betroffener Bevölkerung zu gewährleisten" (8). Die MLPD fordert: "Härtere strafrechtliche Verfolgung der industriellen Umweltverbrecher! Die Arbeiterklasse muß sich in diesem Kampf an die Spitze stellen!" (9).



Ludwigshafen, 27.11.: Demonstration gegen eine Rheinvergiftung durch Bayer.

mern gegenüber Bund, Ländern und Gemeinden durchgesetzt werden. Stattdessen sind die Forderungen der IG Chemie, ebenso wie die der SPD, geprägt von der Unterwerfung unter die Erfordernisse der Konkurrenzfähigkeit der westdeutschen chemischen Industrie. Sie gliedern sich zudem ein in die Bemühungen um die Herstellung einer europäischen Großraumwirtschaft unter deutscher Führung und deutschem Umweltschutz.

Rappe erhält für seine umweltpolitische Position ausdrückliches Lob von BASF-Chef Albers: "Die eindeutige Absage der Gewerkschaft an das Entgiftungsprogramm der Grünen und deren politische Strategie spricht Bände. Es wäre schön, wenn diese Haltung Schule machen würde" (6). Rappe hatte sich auf einer Fachtagung in

Wesentliche Forderungen im Kampf gegen die Chemiekapitalisten und die von ihnen betriebene Zerstörung von Mensch und Natur müßten sein: Belehrpflicht der Chemieindustrie bezüglich Ungiftigkeit und Umweltverträglichkeit ihrer Produkte vor deren Zulassung / Volle Haftung der chemischen Industrie für alle von ihr verursachten Schäden, auch bei Nichtverletzung gesetzlicher Vorschriften, auch bei "Altlasten" / Gewerkschaftliche und kommunale Kontrollrechte. Quellenhinweis: (1) Handelsblatt 26.11.86; (2) Mannheimer Morgen (MM) 1.12.86; (3) Bulletin der Bundesregierung 3.9.86; (4) gewerkschaftspost 12/86; (5) Umschau-Dokumentation Nr. 2, 5-3.85; (6) MM 9.11.86; (7) Farbe und Lack 12/85; (8) UZ 14.11.86; (9) Rote Fahne, 29.11.86 – (mil, W)

Sandoz-Brand und andere Chemiekatastrophen

Unvermeidbar? Zwangsläufig? oder was? Wie von der ZÜRICH-Versicherung in einer Risikostudie schon 1981 befürchtet, ging in der Nacht vom 31.10./1.11. bei Basel ein Lager mit über 1200 Tonnen Agrarchemikalien in Flammen auf. Schutzmaßnahmen gab es keine, weder präventive, um den Brand bzw. seine Ausbreitung zu verhindern, noch kurative, um die freiwerdenden Chemikalien aufzufangen.

Das Ergebnis ist bekannt: Die "unbedenklichen, minimalen Belastungen (so über mehrere Tage Sandoz, Weiser usw.) haben dem Rhein den Rest gegeben. Wäre das nahe liegende Natriumlager explodiert, dann wären auch das Phosgenlager (30-50 Tonnen) und viele weitere Lager und Produktionsanlagen nicht mehr zu retten gewesen. Die Konsequenzen wären, nach offiziellen Angaben der Basler Regierung, Tausende von Toten auf beiden Seiten des Rheines gewesen, eine Evakuierung laut Landratsamt Lörrach unmöglich.

In der Folge wurden alle zwei Tage weitere Unfälle bekannt: Ciba-Geigy, BASF, Hoechst, Bayer, Hoffmann-Laroche, Lonza ... Wichtiger als die Aufzählung aller Fakten im Detail ist aber die Erörterung der Ursachen und der Frage, ob solche Unfälle Ergebnis eines unvermeidbaren "Restrisikos" (so die chemische Industrie), unzureichender Umweltschutzgesetze (SPD), der prinzipiellen Unbeherrschbarkeit von Großtechnologien (GRÜNE) oder von skrupel- und gewissenlosem Chemie-Management (Greenpeace) und dessen Kumpanei mit staatlichen Behörden ist.

Um diese Frage beurteilen zu können, ist es notwendig, sich mit der Produktionsweise in der chemischen Industrie im Vergleich zu anderen industriellen Tätigkeiten auseinanderzusetzen.

Zunächst fällt die ungeheure Vielzahl von Produkten auf, die produziert werden. Tausende von Chemikalien werden in o.g. Konzernen hergestellt, transportiert, gelagert und weiter umgesetzt. Eigentlich müßte für jede einzelne Produktion eine darauf optimierte Anlage entwickelt werden, aus Kosten-, Platz- und Flexibilitätsgründen werden aber die meisten Produktionen in sogenannten Mehrzweckanlagen durchgeführt, die den jeweiligen Anforderungen (Arbeitshygiene, Abfallsorgung und -minimierung) nur ungenügend gerecht werden.

Nur Grund- und Großchemikalien werden über Jahre hinweg mehr oder weniger unverändert in Monoanlagen hergestellt. Die profitabelsten Produkte und Verfahren sind jedoch die jeweils patentierten, da darauf die jeweilige Firma ein Monopol hat.

Während der Patentlaufzeit von 15-20 Jahren, während derer diese Produkte "wachsen", wird durch maximale Produktion und weltweite Distribution versucht, maximalen Profit zu machen.

Auf der Strecke bleiben dabei oft die sorgfältige Beurteilung der verschiedenen Risiken bei Herstellung, Transport, Lagerung und Anwendung. Auch die vollständige Abklärung vorhandener Nebenprodukte auf toxikologische oder ökologische Risiken kommt zu kurz.

Das Ergebnis dieser Profitjagd ist eine massive Arbeitshetze, angefangen von den Entwicklungsabteilungen, die nicht nachkommen, ausgereifte Verfahren zu erarbeiten, über die produktionsverantwortlichen Chemiker und Ingenieure, die eventuell "ihre" Anlage alle paar Tage auf ein neues Produkt umstellen müssen, bis hin zu den direkt Produzierenden, den Chemiearbeitern, denen die einzelnen Chemikalien nur unter unverständlichen Codes in die Hände kommen, die nichts über deren Giftigkeit und wenig über deren sonstige Gefahren wissen, und die alle "Kompromisse", die "oben" gemacht werden, mit ihrer Gesundheit bezahlen.

Genauso wie bei der mechanischen Produktion Ausschuß entsteht, entsteht bei chemischen Prozessen eventuell eine Vielzahl von Nebenprodukten.

Der entwickelnde Chemiker schließt Kompromisse, um unter möglichst "günstigen" Bedingungen (Rohstoffeinsatz, Energie, Zeit und Arbeitskraft) möglichst viel zu produzieren. Die Qualität dieser Kompromisse kann nur so gut sein, wie die Rahmenbedingungen, unter denen diese getroffen werden bezüglich Ausbildung, der vom Management als "akzeptabel" angesehenen Produktkosten, der vorhandenen Rohstoffqualität und der ihm zur Verfügung stehenden apparativen Ausstattung. Und in aller Regel krankt es an jedem dieser Punkte:

So kennt z.B. das Chemiestudium nach wie vor die Begriffe Ökologie, Toxikologie, Umweltschutz, Risikobeurteilung, Spurenanalyse nicht! Preislich "akzeptabel" ist, was gegenüber Produkten der Konkurrenz profitabel ist. Wie der Chemiker zu diesem Ergebnis kommt, interessiert keinen Manager.

Das jeweilige Konzernmanagement sichert sich natürlich juristisch ab:

Es verpflichtet seine Mitarbeiter, im Rahmen aller normalerweise nicht bekannten Gesetze und Verordnungen zu arbeiten, und erläßt darüberhinaus konzernweite bzw. werksinterne Grundsätze, Weisungen und Richtlinien, die ganze Ordner füllen. Nur, wer findet im vorhandenen Alltagsstress schon die Zeit, dies alles zu studieren und entsprechend zu handeln? Wenn dann etwas "passt", dann hat sicher irgendjemand irgendwelche Bestimmungen nicht eingehalten; das beste Mittel, um jeden zum Schweigen zu bringen.

Ebenso steht es mit dem dritten Punkt. Nicht die prinzipielle Unmöglichkeit, Spuren von Substanzen nachzuweisen und ihre toxikologische Problematik abklären zu können, oder ein Risiko bei der Herstellung, beim Transport oder bei der Lagerung eines Produktes zu berechnen oder beurteilen zu können, ist hier das Problem. Nur, all diese Untersuchungen stehen dem sofortigen Produktions-, Distributions- und Anwendungsbeginn im Wege und damit der Profitmacherei.

Über all diese Aspekte darf die blinkende Elektronik in den Labors nicht hinwegtäuschen, die gegenwärtig gerne im Fernsehen gezeigt wird. Darauf darf auch nicht hinwegtäuschen, daß man heute in der Lage ist, ppm oder sogar ppb zu bestimmen (ppm = Konzentration ein Teil auf eine Million, ppb = ein Teil auf eine Milliarde). Das ist man eben nur, wenn man weiß, welche Substanzen man vor sich hat und wenn für genau diese eine Methode bereits ausgearbeitet wurde.

Wir hatten am Anfang geschrieben, der Sandoz-Brand habe dem Rhein "den Rest gegeben". Dies ist durchaus wörtlich zu nehmen. Am Beispiel der Atrazin-Einleitung der Ciba-Geigy wird das deutlich. Die Chemische Landesuntersuchungsanstalt berechnete bis zu 6 Tonnen, Ciba-Geigy behauptete, "nur" 400 kg seien bei einer "Havarie" am 31.10. in den Rhein geflossen und ließ sich diese Zahl inzwischen amtlich bestätigen. Wie ist das möglich? Ganz einfach:

Die 400 kg waren die Spitze des Eisbergs der regelmäßigen, behördlich bewilligten Einleitungen von 900 kg pro Tag. Das ergibt innerhalb einer Woche ca. 6 Tonnen! Und diese inzwischen publik gewordene Tatsache ist erneut, worauf Greenpeace mit Recht hingewiesen hat, nur die Spitze eines Eisbergs von nicht öffentlich bekannten, aber behördlich bewilligten Einleitungen sowie von nicht gemeldeten Einleitungen bei "Betriebsstörungen".

Die Greenpeace-Forderung nach "gläsernen Abflußrohren bzw. -käminen" zur jederzeitigen Überprüfbarkeit dessen, was die chemische Industrie in Gewässer und die Luft verteilt, scheint demnach noch das Sinnvollste zu sein, was in der jetzigen Diskussion über Konsequenzen aus den Katastrophen zur Diskussion steht.

Südkorea

Gelingt eine Ablösung der Militärdiktatur nach philippinischem Muster?

Als vor zwei Wochen die stärkste bürgerliche Oppositionspartei in Südkorea, die NKDP, die immerhin bei den offensichtlich vom Militärregime manipulierten Wahlen im Frühjahr 1985 trotzdem in den Großstädten teilweise die Stimmenmehrheit erringen konnte, in Seoul zu einer Großkundgebung zur Verfassungsreform aufrief, war Seoul in ein Militärlager verwandelt. Hunderte Anhänger und Funktionäre der NKDP wurden vorübergehend verhaftet, das Parteihauptquartier war von Armee und Polizei abgeriegelt, die Kundgebung konnte nicht stattfinden. Die NKDP fordert für die neue Verfassung u.a. eine Direktwahl

des Präsidenten sowie eine Volksabstimmung über die Verfassung, während das Militärregime und die von ihm kontrollierte Staatspartei DJP die Präsidentenwahl durch ein Wahlmännergremium aus den Reihen des Scheinparlaments befürworten und damit nur die formale Legalisierung des 1980 durch einen Putsch an die Macht gekommenen Regimes unter Chun Dwo Hwan beabsichtigen. Die neue Verfassung soll im Frühjahr 1987 in Kraft treten.

Die NKDP unter ihren Führern Kim Dae Jong, zu 20 Jahren Haft wegen Staatsgefährdung verurteilt, von dem Militärregime aber aufgrund von

Druck der japanischen und der US-Regierung auf freien Fuß gesetzt, und Kim Young Sam hatte schon im Frühjahr 1986 ihre Kampagne für eine Direktwahl des Präsidenten begonnen. Die südkoreanische Linke, in der westlichen Presse oft als Studentenbewegung charakterisiert, hatte diese Kampagne unter Parolen wie "Nieder mit der Militärdiktatur!" und für eine "Volksverfassung" teilweise unterstützt. Bei einer NKDP-Kundgebung am 3. Mai in der Hafenstadt Inchon, an der auch tausende revolutionäre Arbeiter und Studenten teilnahmen, kam es nach Polizeiübergriffen zu erbitterten Straßenschlachten mit der Staatsmacht. Die NKDP-Führung distanzierte sich daraufhin von den revolutionären Kräften, brach ihre Kampagne ab und suchte vielmehr durch Verhandlungen mit dem Militärregime einen Verfassungskompromiß zu erreichen – vergeblich, wie sich

Fortschritte der südkoreanischen Gewerkschaften

Die Regierung des General Chun Dwo Hwan, die 1980 die Macht übernahm, trieb mit neuen Arbeitsgesetzen die verschärfte Unterdrückung der Gewerkschaften weiter voran. Der Gewerkschaftsdachverband FKTU wurde staatlicher Kontrolle unterstellt. Die Kapitalisten entließen über 200 Gewerkschaftsfunktionäre. Mit den Arbeitsgesetzen wurde die Kraft landesweiter oder branchenumfassender Gewerkschaften entscheidend geschwächt: Danach dürfen Verhandlungen zwischen Kapitalisten und Gewerkschaften nur betrieblich und ohne Beteiligung Dritter stattfinden. Betriebliche Gewerkschaftsgruppen können nur gegründet werden, wenn 30 Arbeiter oder 20 % der Beschäftigten eines Betriebes dies beschließen. Auseinandersetzungen zwischen Kapitalisten und Arbeitern müssen in sogenannten Arbeiterkomitees verhandelt werden, die unter der Aufsicht und Leitung durch die Regierung stehen. Streiks sind ohne Genehmigung der Regierung verboten. Durch die brutale Unterdrückung gelang es der Regierung, die Mitgliederzahl der Gewerkschaften von vorher 1,2 Mio. Lohnabhängigen auf 820000 zu senken. In Südkorea wurden für 1984 von den 14,42 Mio. "Erwerbstätigen" 8,2 Mio. Lohnabhängige angegeben. Inzwischen aber konnten sich die Lohnabhängigen neu organisieren, z.T. in unabhängigen, illegalen Gewerkschaften, so daß der offiziell angegebene Mitgliederstand auf inzwischen über eine Million geschätzt wird.

Einen erneuten Aufschwung nahm die Gewerkschaftsbewegung ab 1984. Nach Angaben des Arbeits-

ministers stieg die Zahl der betrieblichen Auseinandersetzungen von 100 im Jahre 1984 auf über 225 im Jahre 1985. Sie haben seither weiter zugenommen. 1984 fanden zwei bedeutende Streikbewegungen statt: die Streiks der Textil- und der Automobilarbeiter des Daewoo-Konzerns. Diese Streiks erhielten zusätzlich ihre besondere landesweite politische Bedeutung, da der Chef der Militärregierung, General Chun, Mitglied des Aufsichtsrat dieses Konzerns ist. Die Kämpfe der Lohnabhängigen gegen die schlechten Arbeitsbedingungen und Löhne in den Daewoo-Textilfabriken haben eine lange Tradition. Im Juni 1984 gründeten die Beschäftigten nach einer langen Kette von Auseinandersetzungen mit der Geschäftsleitung eine unabhängige Gewerkschaft. Besonders Frauen, darunter in hohem Maße junge Frauen, wurden zu Niedriglöhnen bei harter Arbeit ausgebeutet. Sie waren es auch, die in dem Sechs-Tage-Streik von 1984 eine hervorragende Rolle spielten. Andere Betriebe in den industriellen Gebieten im Süden der Hauptstadt Seoul unterstützten den Streik mit Solidaritätsaktionen, ebenfalls Studenten, die vor dem von streikenden Beschäftigten besetzten Daewoo-Werk demonstrierten und sich Straßenschlachten mit einem massiven Polizeiaufgebot lieferten. Von Daewoo angeworbene Schlägertrupps und Polizeieinheiten stürmten die Textilfabriken und schlugen die Streikbewegung blutig nieder.

In den Daewoo-Automobilwerken, mit über 7000 Beschäftigten einer der größten Ausbeuter und zu 50 % im Besitz von General Motors, endete der Streik damit, daß drei Gewerkschaftsführer wegen Verstoßes gegen Gesetze über die Kontrolle von Industrieauseinandersetzungen und des Ver-

einmlungs- und Demonstrationsgesetzes zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt wurden und Dutzende von Streikenden entlassen wurden. Dennoch hatte dieser Streik und die vorgegangenen Auseinandersetzungen Wirkungen auf die Kapitalisten. So konnten die Automobilarbeiter von 1981 bis 1985 die Erhöhung ihrer Löhne von umgerechnet 2,50 auf 7,50 DM pro Stunde durchsetzen, was real etwa eine Verdoppelung der Stundensätze bedeutete. Auch eine Vertiefung der Lohnspaltung konnten die Automobilarbeiter z.T. durch Festgeldabschlüsse verhindern. Ebenfalls in der Arbeitszeit erzielten sie Erfolge. Während die Produktionsarbeiter 1980 noch durchschnittlich über 220 Stunden im Monat arbeiten mußten, liegen die heutigen vertraglich vereinbarten Arbeitszeiten mit 44 Stunden pro Woche darunter, auch wenn die noch häufig genug erzwungene Mehrarbeit dazu gerechnet wird. Für die Angestellten gelten hingegen noch Arbeitszeiten von 54 Stunden/Woche.

Die Kapitalisten haben innerhalb der Lohnabhängigen der verschiedenen Branchen und auch innerhalb der Betriebe tiefe Spaltungslinien aufgebaut. So liegen die Durchschnittslöhne z.B. in der Elektroindustrie und im Maschinenbau um fast die Hälfte (1981: ein Fünftel) niedriger als in der Automobilindustrie. Die Frauen in der Elektroindustrie (60%-Frauenanteil) erhalten Niedriglöhne von nicht einmal die Hälfte der dortigen Männerlöhne, d.h. ca. 2,50 DM pro Stunde.

Quellenhinweis: IMB, Arbeitszeitkaufkraft. Ein Internationaler Vergleich, 1981-85; Far Eastern Economic Review, Juni-November 1986



Armeeeinheiten auf dem Campus der Seouler Hanyang-Universität während der Asienspiele im Sommer 1986. Die Linke hatte mit ihren Protestaktionen gegen die Asienspiele versucht, die Imagepflege der Militärdiktatur zu durchkreuzen. — Der katholische Kardinal Kim betätigt sich nach dem Vorbild seines Amtsbruders Sin von den Philippinen als Promoter eines friedlichen Übergangs zur bürgerlichen Demokratie in Südkorea.

zeigte.

Offensichtlich gelang es in den folgenden Monaten weder durch den gesteigerten Terror der Staatsmacht noch durch ideologischen Druck des bürgerlich-reformistischen Lagers um die Oppositionspartei NKDP und die katholische Kirchenhierarchie, den Masseneinfluß der revolutionären Kräfte zu schwächen, sie zu isolieren und zum Abschwören von jeglicher Gewalt zu bringen. Die Forderungen der Revolutionäre — Bildung einer Arbeiter- und Bauernregierung, Beseitigung einer Wirtschaftspolitik im Interesse der in- und ausländischen Monopole, Abzug der in Südkorea stationierten 40000 US-Soldaten — haben offenbar große Unterstützung unter der Masse verarmter Bauer und den oftmals unter drückendsten Bedingungen vegetierenden städtischen Lohnarbeitern. "Warum müssen wir mit niedrigsten Löhnen auskommen? Warum verlieren wir unsere Arbeitsplätze? Weil es unter der Militärdiktatur keine erträglichen Lebensbedingungen geben kann. Die US-Blutsauger, die das faschistische Regime unterstützen, müssen verschwinden", hieß es in einem Flugblatt, das am 3. Mai in Inchon verteilt wurde.

Nach bürgerlichen Quellen haben antifaschistische, demokratische und revolutionäre Organisationen in Südkorea im Untergrund inzwischen eine wirksame, schlagkräftige Einheitsfront gebildet, als deren Dachorganisation die Mingtongnyon, die Volksbewegung für Demokratie und Wiedervereinigung gilt. Sie umfaßt 23 Organisationen wie Schriftsteller- und Künstlerverbände, illegale Gewerkschaften, Studentenverbände, Bauernverbände und kirchliche Gruppen. Der Terror der Staatsmacht — über 2000 politische Gefangene sind eingekerkert, über 10000 Studenten sind von den Universitäten verwiesen — konnte die Bildung der Einheitsfront

nicht verhindern. Ebensowenig der vom Militärregime und auch der bürgerlichen Opposition forcierte Antikommunismus als Quasi-Staatsideologie, unter der schon der bloße Gedanke an Wiedervereinigung mit dem sozialistischen Nordkorea als Staatsgefährdung gilt.

Die Entstehung und Ausbreitung der Einheitsfront gegen die Militärdiktatur trotz des ungeheuren Terrors des Regimes wie auch die Schärfe und die Erbitterung in den Aktionen, die immer wieder aufstandsähnlichen Charakter bekommen, kann nur mit der Schärfe der sozialen Widersprüche in Südkorea und den enormen sozialen Umwälzungen in knapp zwei Jahrzehnten erklärt werden. Noch 1960 war Südkorea ein typisches Agrarland, lebten 80% der Bevölkerung auf dem Land. Heute arbeiten noch gerade 13% aller Erwerbstätigen in der Landwirtschaft. Die Bauern gehören zu den Hauptopfern der kapitalistischen Akkumulation: Im Frühjahr verbrannte sich ein überschuldeter Jungbauer, der eigentlich vom Regime für ein Agrarprojekt ausgewählt war. Eine neue Mittelklasse, die die schroffe Polarisierung der Hauptklassen mildern könnte, hat sich noch nicht herausgebildet.

Unter diesen Umständen ist es fraglich, ob Projekte wie die Verfassungsreform oder die von Kirchenkreisen diskutierte Bildung einer sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der nächsten Zeit der politischen Polarisierung Einhalt gebieten können. Der katholische Kardinal Stephen Kim stellte in einer Predigt im Mai fest: "Politisch ist das Volk vom Entscheidungsprozeß ausgeschlossen. Die wirtschaftliche Entwicklung ging zu Lasten der Arbeiter und Bauern. Daß die Reichen reicher und die Armen ärmer geworden sind, hat die Spaltung zwischen den Klassen vertieft ..." Seine Analyse endete mit der Feststellung, daß die

Protestierenden keine Kommunisten seien, daß deswegen politische und soziale Reformen unaufschiebar, aber auch möglich seien. Andere bürgerliche Regimekritiker beschwören die Gefahr einer Stadtguerilla oder eines drohenden Bürgerkrieges, sollte es zu keinen Reformen kommen.

Quellenhinweis: Far Eastern Ec. Review, div. Ausgaben; Asia Yearbook, Hongkong 1985: Asien, Nr. 4/83: Südostasien aktuell, div. Ausgaben — (wom, sie)

USA

Solidarität mit US-Stahlarbeitern!

Die Auseinandersetzung der 22000 Stahlarbeiter von USX, dem größten US-Stahlhersteller, nehmen schärfere Formen an. Seit dem 1.8. sind die Stahlarbeiter in den USX-Stahlwerken in sieben Staaten ausgeschlossen, weil sie nach Auslauf der Tarifverträge nicht bereit waren, weitere Konzessionen zu machen. Die Stahlkapitalisten wollen u.a. die Löhne um 3,50 Dollar pro Stunde kürzen, vor allem aber wollen sie freie Hand haben im Heuern nicht gewerkschaftlich organisierter Arbeiter, um so allmählich die Gewerkschaften aus dem Betrieb zu drängen. Um die Arbeiter auszuhungern, hat USX die Aussperrung zum Streik erklärt, aber in fünf von sieben Staaten erhalten die Stahlarbeiter Arbeitslosengeld. Durch Provokationen versuchen die Stahlkapitalisten, die Auseinandersetzung aufzuheizen. In zwei Staaten ließen sie Polizeieinsätze gegen die Streikenden vornehmen. 48 Arbeiter wurden in Pennsylvania verhaftet. Sie versuchten, einen Stahltransport aus dem Werk aufzuhalten. Mitte Oktober hat nach wochenlanger Blockade der Bahngleise, ein Gericht USX erlaubt,

seinen Stahl per Bahn zu transportieren. Anfang Dezember inszenierten sie dasselbe Spiel, diesmal mit Lastwagentransport. Die 48 Stahlarbeiter erwartet eine empfindliche Geldstrafe. Ende November wurden die ausgeschlossenen Arbeiter vor einem Werk in Ohio vom einem 170 Mann starken Polizeitrupp überfallen. Der örtliche Gewerkschaftsführer, dem zweimal das Nasenbein eingeschlagen wurde, vermutet USX-Schlägertrupps unter der sog. Polizeitruppe und fordert eine Untersuchung. 15 Arbeiter wurden in dieser Auseinandersetzung verhaftet. Für die Freilassung des Gewerkschaftsführers mußten 11000 Dollar hinterlegt werden. Die Stahlkapitalisten sind darauf aus, die US-Stahlarbeitergewerkschaft in Grund und Boden zu schlagen. Der AFL-CIO (Gewerkschaftsverband), der sich normalerweise aus Auseinandersetzungen der Einzelgewerkschaften herauhält, hat schon im September eine Solidaritätskampagne zur Hilfe für die Stahlarbeiter eingeleitet. Geld- und Sachspenden treffen aus allen Teilen der USA und dem Ausland ein. Die IG Metall hat 200000 DM gespendet. Seit dem 21.10. sind Tarifverhandlungen wieder aufgenommen, aber die USX-Kapitalisten bestehen in vollem Umfang auf ihren Konzessionsforderungen. In dieser bisher längsten Auseinandersetzung im US-Stahlbereich steht den Arbeitern ein langer, harter Kampf bevor, der auch um die Existenz ihrer Gewerkschaft geführt wird. Spenden werden über die IG Metall weitergeleitet.

Quellenhinweis: AFL-CIO News; IG Metall, Nov. '86 - (her, ger)

Brasilien

Wahlsieg der Regierung – jetzt Preis- und Steuererhöhungen

Aus den Wahlen zum Bundesparlament sowie zu den regionalen und kommunalen Parlamenten am 15. November ging die Regierungskoalition zwischen der populistischen Sammlungspartei PMDB (Partei der Demokratischen Bewegung) und der Partei des Präsidenten Sarney, der konservativen PFL (Liberale Front), als eindeutiger Wahlsieger hervor. Die PMDB baute ihren Vorsprung als stärkste Partei weiter aus; die PFL etablierte sich landesweit als zweitstärkste politische Kraft und als die führende Partei innerhalb des konservativ-reaktionären Lagers. Die linke Arbeiterpartei (PT) erreichte durchschnittlich ca. 8 % der Stimmen, die kommunistischen Parteien PCB und PCdoB, die erstmals selbstständig kandidierten, sind mit ca. 10 Abgeordneten im Kongreß vertreten. Zum ersten Mal konnten auch die Analphabeten und die India-

ner wählen. 35 % der Wähler stimmten ungültig.

Nur sechs Tage nach den Wahlen, verkündete die Regierung Sarney ein neues Wirtschaftspaket, den sogenannten Cruzado-Plan Teil 2, mit umfangreichen Preis- und Steuererhöhungen, die staatliche Mehreinnahmen von umgerechnet ca. 10 Mrd. US-\$ bringen sollen. Damit ist die Regierung den Forderungen der Kapitalisten nach teilweiser Lockerung des im Februar verfügten Preisstopps nachgekommen. Sie hatten die Regierung massiv unter Druck gesetzt, in dem sie Waren zurückhielten oder "neue" verteuerten, so daß zuletzt ca. 50 % der vorgeschriebenen Preise von ihnen nicht eingehalten wurden. Das verabschiedete Wirtschaftspaket wird die Lohnabhängigenhaushalte bis in die Mittelklassen hinein durch Preis- und Steuererhöhungen mit Mehrausgaben bis zu 20 % belasten. Der Verkaufspreis privater Motorfahrzeuge soll um 80 %, von Benzin und Alkoholtreibstoff um 60 % erhöht werden. Ferner werden Alkohol, Getränke und Zigaretten um das Doppelte und Zucker um 25 % angehoben; die Tarife für Elektrizitätsversorgung steigen um ca. 40 % und Telefon und Briefverkehr um bis zu 80 %.

Darüberhinaus geht die Regierung weiter auf die Forderungen der Imperialisten nach Sanierung des Staatshaushaltes ein. Bis Ende Dezember kommenden Jahres sollen im öffentlichen Dienst keine Neueinstellungen vorgenommen werden. Weiter will die Regierung mindestens vier Staatsbetriebe privatisieren und andere unrentable staatliche Einrichtungen schließen. Nach Schätzungen sollen dabei über 30000 Beschäftigte entlassen werden.

Gesetzliche Lohnerhöhungen entsprechend der Inflationsrate, die mit dem ersten Cruzado-Plan vom Februar gegen den Widerstand der Gewerkschaften abgeschafft wurden, sollen wie bisher nur gewährt werden, wenn die offizielle Inflationsrate 20 % übersteigt.

Die Gewerkschaften haben die Regierungsmaßnahmen scharf kritisiert. Der größte Gewerkschaftsdachverband CUT ruft für den 12.12. zu einem Generalstreik gegen Entlassungen im öffentlichen Dienst, für Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzung auf. Ende November demonstrierten bereits einige tausend Menschen in Brasilia gegen die Regierungspolitik. Die Taxifahrer protestierten in São Paulo mit Straßenblockaden gegen die Benzinpreiserhöhungen. In Rio de Janeiro traten die Postarbeiter für Lohnerhöhungen und gegen den Einstellungstop in den Streik.

Quellenhinweis: Financial Times, 28. 11.86; Handelsblatt, 25.11.86 und 02. 12.86; NFA, 25.11.86; FAZ und NZZ, 24.11.86, Brasilien-Ausschnittsdienst 11/86 - (sie)

Südafrika/Azania

Streik bei General Motors

Der Streik in zwei Fabriken des US-amerikanischen Automobilkonzerns General Motors in Port Elizabeth ist nach zirka vier Wochen beendet worden. Zeitweilig waren bis zu 3000 Arbeiter im Ausstand. Mindestens 16 Gewerkschaftsfunktionäre wurden verhaftet; mit Hunden, Peitschen und Schlagstöcken ging die Rassistenpolizei gegen die Streikenden vor; 567 Arbeiter wurden wegen eines Sitzstreiks in einer Montagehalle fristlos entlassen. Was sind die Hintergründe des Streiks? Zum 1.1.1987 soll der Konzern in südafrikanische Hände übergehen; allerdings bleibt ein Ame-



rikaner an der Spitze des Managements. Die Belegschaft von General Motors verlangt Beschäftigungsgarantien und weitere Anerkennung der beiden Metallgewerkschaften als Verhandlungspartner.

Der Besitzerwechsel, Ergebnis des Drucks der Anti-Apartheid-Bewegung in den USA, kommt GM nicht ganz ungelegen: bisher unterliegen US-Konzerne Einschränkungen aufgrund des Sullivan Code und der US-Gesetzgebung, die den Verkauf von Produkten an Südafrikas Regierung, Polizei und Militär verbieten. Durch den formalen Besitzerwechsel werden diese Einschränkungen beseitigt und der Weg geebnet zur Ausweitung des Marktes durch Versorgung des südafrikanischen Militäraparates. Da zudem die Automobilproduktion von GM seit 1981 in Südafrika rückläufig ist, erhofft sich der Konzern einen Gewinnzuwachs durch Erhebung einer Produktionslizenzzugabe und Verkauf von Design, Ersatzteilen und Werkzeugen an die ehemalige Tochterfirma, ohne für Löhne, Unterhaltskosten etc. aufkommen zu müssen. Ob diese Rechnung

aufgeht, hängt von der Durchsetzung eines umfassenden Exportverbots nach Südafrika ab.

Die westdeutsche Presse ist bemüht, den Streik bei GM dahingehend zu interpretieren, daß die Belegschaft eigentlich gegen den Rückzug ausländischer Konzerne kämpfe. Die Wahrheit sieht anders aus: Die drei größten Metallgewerkschaften Südafrikas/Azarias haben mit Unterstützung des Internationalen Metallgewerkschaftsbundes die "multinationalen Konzerne" aufgefordert, bei Rückzug aus Südafrika oder Verkauf ihrer Anlagen nachfolgenden Forderungen zuzustimmen: "1. Sie müssen Gewerkschaften und Arbeitnehmer rechtzeitig informieren; 2. Sie müssen ihre Pläne in allen Einzelheiten bekanntgeben; 3. Die Unternehmer müssen ... Mindestforderungen aushandeln: a) die Unternehmer müssen garantieren, daß bei Rückzug oder Verkauf keine Entlassungen vorgenommen werden; b) die neuen Eigentümer oder Geschäftsleitungen müssen die Gewerkschaften anerkennen und sich bereiterklären, mit den repräsentativen Organisationen über jegliche die Arbeitnehmer betreffenden Fragen zu verhandeln, einschließlich der Folgen des Rückzugs oder Verkaufs; d) das ausscheidende Unternehmen muß sicherstellen, daß bei Rückzug oder Verkauf keinerlei bestehende Leistungen gefährdet sind; e) das Unternehmen muß während 12 Monaten ab dem Datum der Ankündigung des Rückzugs oder Verkaufs seinen Arbeitnehmern die vollen Einkommen garantieren." Totaler Boykott Südafrikas ist dringender denn je. Die Winkelzüge der Kapitalisten werden von der azanischen Arbeiterklasse mit einem breit gefächerten Forderungskatalog und mit Streiks beantwortet.

Quellenhinweis: Azako Nachrichten 18/19/86; Handelsblatt 14./15./20.11.86; FAZ 14./26.11.86; IMB Pressedienst 7.11.86 – (and)

Polen

2. Gewerkschaftstag des Dachverbandes OPZZ

Vom 26. bis 30. November fand in Polen der II. Kongreß des 132 Gewerkschaftsföderationen umfassenden Gesamtpolnischen Gewerkschafts-Dachverbandes OPZZ statt. Die ca. 1480 Delegierten verabschiedeten ein Statut, ein Aktionsprogramm für vier Jahre und mehrere Resolutionen, in denen der Dachverband verpflichtet wird, auf den Wohnungsbau, die Sicherung der Renten, Umweltschutzpolitik und Wirtschaftsplanung Einfluß zu nehmen. Der Dachverband OPZZ wurde im November 1984 nach dem Aufbau betrieblicher Gewerkschaften

– seit dem Sejm-Gesetz von Oktober 1982 zulässig – gegründet. Er versteht sich nicht als Entscheidungszentrale, sondern als Repräsentant der Gewerkschaften gegenüber Staats- und Verwaltungsbehörden. So wurde auch jetzt nach kontroverser Debatte über den Status der OPZZ im Statut festgehalten: "Die OPZZ repräsentiert die ihr angeschlossenen Gewerkschaftsföderationen." Damit sollen Unabhängigkeit und Selbständigkeit der Einzelgewerkschaften, besonders der betrieblichen Einheiten gewahrt werden in Kritik an Überzentralisation und Bürokratie der vor Solidarność bestehenden Gewerkschaften.

Beim Aufbau der inzwischen auf ca. 7 Millionen Mitglieder (ca. 50% der Beschäftigten) angewachsenen Gewerkschaften standen soziale Probleme in Betrieben und Gesellschaft im Vordergrund: Linderung der Wohnungsnot, Erholungs- und Berufsbildungsprobleme sowie in zunehmendem Maße die "sich in der Krisenzeit allgemein verschlechternden Arbeitsbedingungen" und Probleme der Löhne und des Leistungsstils der Betriebe.

Denn, wie Z. Jurkiewicz in "Polens Gegenwart" 4/84 festhält, hatte sich "in einem großen Teil der Unternehmen und Institutionen die Verwaltung im Zeitraum der Suspendierung der Gewerkschaften daran gewöhnt, willkürlich vorzugehen, ohne die Meinungen und Aspirationen der Belegschaften zu berücksichtigen".

Hatte die Regierung nach Zerschlagung der Solidarność versucht, mit den neuen Gewerkschaften das Vertrauen der Bevölkerung zurückzugehen, so scheinen diese doch nicht so regierungsfromm zu sein. Ausdruck hiervon sind die Durchsetzung eines Reallohnanstiegs in 1986 von 3,8% gegenüber den stark gestiegenen Preisen, oder auch die Haltung von Premierminister Messner gegenüber den o.g. Resolutionen, der die Entscheidungsgewalt der Regierung in wirtschaftlichen Fragen betonte und Kritik an wirtschaftspolitischen Ansichten des Kongresses äußerte, wie z.B. daß die Inflation durch Einfrieren der Preise bekämpft werden müsse. Quellenhinweis: FAZ, 26.11.-2.12.86; Handelsblatt, 2.12.86; Polens Gegenwart, Nr. 4/1984 und 24/84 – (brb)

Österreich

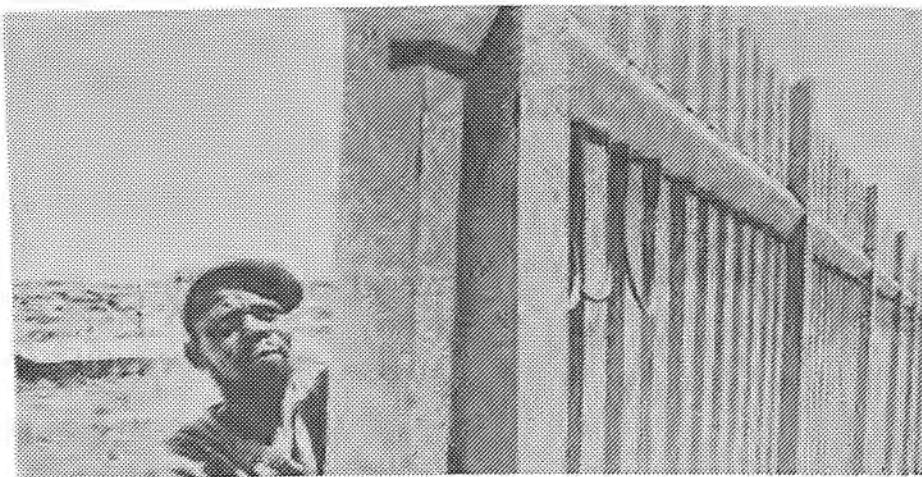
Ist der Zorn des Volkes in deutschationale Bahnen zu lenken?

Bis Mitte Dezember sollen die Verhandlungen über eine Regierungsbildung abgeschlossen sein. Bisher sind noch keine Ergebnisse bekannt. Zwar haben sich die Verhandlungskomitees von SPÖ und ÖVP für den Fall einer großen Koalition darauf verständigt, wer welchen Ministerposten beansprucht. Keine Einigung gibt es, wer den Kanzler stellt bzw. ob der Vizekanzler einen Geschäftsbereich haben soll. Die ÖVP faßt nach wie vor eine

kleine Koalition mit der FPÖ ins Auge. Seitens der SPÖ ist die Frage einer neuen Koalition mit der FPÖ noch lange nicht entschieden. Kanzler Vranitzky erklärte offiziell, er werde dem FPÖ-Vorsitzenden Haider "politisch nicht die Hand reichen", zwei Tage nach der Wahl gab der Kärntner Landeshauptmann der SPÖ, Wagner, auf einer Pressekonferenz bekannt, er habe seinem Landsmann Haider mitgeteilt, Vranitzky werde mit ihm Ko-



Personality-Kult und Skandal-Anprangerung: Haider auf einer Wahlveranstaltung im vom Weinskandal getroffenen Burgenland.



Die südafrikanische Regierung will Soweto in ein KZ verwandeln. Die Stadtverwaltung von Johannesburg begann vor kurzem mit einem Mauerbau um Soweto. Zunächst soll die Mauer entlang einer Schnellstraße gebaut werden, die bisher die Grenze zu Wohngebieten der weißen Siedler in Johannesburg bildete. Später soll die Mauer ganz Soweto eindämmen. In Soweto wohnen mindestens 1,5 Millionen Azanier, die Stadt ist ein Zentrum des Befreiungskampfes gegen das Siedlerregime. Anscheinend will die Regierung verhindern, daß die Azanier die Schnellstraße ohne Schwierigkeiten sperren und schnell nach Johannesburg gelangen können. — (uld)

Kenia lehnt "technische Hilfe"-Projekte der BRD ab

Die BRD hatte Kenia durch ein Ultimatum über die Annahme der "technischen Hilfe" in Höhe von 32,1 Mio. DM bis Ende Oktober unter Druck gesetzt. Die Regierung Kenias lehnte dennoch zwei Projekte ab, darunter die Rationalisierung des Zollwesens, und verlangte die Kürzung zweier anderer. Sie begründete dies damit, nicht immer mehr Finanzen an immer neue Projekte zu binden und sich nicht immer höhere Folgekosten aufzuladen. Außerdem kritisierte sie die hohe Zahl und den langen Aufenthalt von BRD-Spezialisten, denn Kenia habe inzwischen selbst genügend ausgebildete Fachleute. Den Vor-

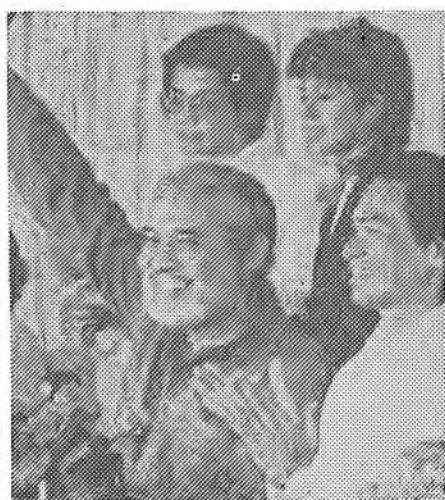
schlag Kenias, einheimische Fachleute zu bezahlen, hatte die BRD abgelehnt. — (sie)

Chile: MIR-Mitglieder zum Tode verurteilt

Seit dem 1.12. befinden sich über 500 politische Gefangene in den Gefängnissen von Santiago, Valparaiso und anderen Städten Chiles in einem unbefristeten Hungerstreik. In einer Erklärung des Koordinationsausschusses der politischen Gefangenen fordern sie u.a. die Beseitigung der Todesstrafe und der Folter, bessere Haftbedingungen, keine Militärrichter. In Santiago verurteilte ein Militärrichter vor einigen Tagen drei Mitglieder der "Bewegung der Revolutionären Linken" (MIR) zum Tode. — (sie)

Philippinen: Waffenstillstand geschlossen

Am 10.12. ist ein 60tägiger Waffenstillstand zwischen der Armee und der Neuen Volksarmee NPA in Kraft getreten. Die NPA, die nach Regierungsangaben über 23000 Kämpfer verfügt, in über 50 der 76 Provinzen der Philippinen operiert und etwa 20% der Landgebiete kontrolliert, ist damit von der Regierung Aquino — gegen



den Widerstand großer Teile der Armee — offiziell anerkannt. Der Waffenstillstand war von Vertretern der Frontorganisation NDF, in der die kommunistische Partei CPP und die NPA mitarbeiten, mit der Regierung ausgehandelt (Bild) worden. Teil der Vereinbarung sind Sicherheitsgarantien für NDF, CPP und NPA sowie Mechanismen zur Überwachung des Waffenstillstands. In der Zeit der Waffenruhe, in der die Volksabstimmung über die neue Verfassung stattfindet, soll über die Voraussetzungen zur Aufgabe des bewaffneten Kampfes durch die NPA verhandelt werden. — (wom)

litionsgespräche führen. — Eine dritte Variante ist die von der ÖVP ins Spiel gebrachte Konzentrationsregierung aller im Parlament vertretenen Parteien. Der Landeshauptmann der ÖVP in Oberösterreich, Ratzenböck, sprach sich stellvertretend für die Mehrheit der ÖVP-Landeshauptmänner für eine solche Regierungsform aus, da sie im Parlament das "freie Spiel der Kräfte" gewährleiste. Diese Regierungsform könnte aber nur durch eine Verfassungsänderung möglich werden. Kanzler Vranitzky erklärte dazu: "Das kann ich mir nicht vorstellen. Das hieße ja, daß die so oft zitierten Kontrollrechte im Parlament durch eine starke Opposition nicht mehr gegeben wären." Das Argument klingt fadenscheinig. Denn bei einer großen Koalition mit 157 Mandaten gegen 8 Mandate der Grünen-Alternativen Liste und bei einem Potential von 18 Mandaten der FPÖ kann von einer "starken Opposition" kaum

die Rede sein.

Der erdrutschartige Wahlerfolg der deutschnationalen FPÖ ist erstmalig in der Geschichte der Zweiten Republik. Höhere Wahlergebnisse hatten die Deutschnationalen nur vor 1933 zu verzeichnen. Die FPÖ hat sich 1955 offiziell als Partei gegründet. Sie rekrutierte sich aus alten und neuen Nazis, die 1949 die "Wahlpartei der Unabhängigen" gebildet hatten. Von den Wahlen 1956 bis zu den Wahlen 1983 hat die FPÖ ihre Mandate von 6 auf 12 verdoppelt. Von 1983 bis zu den — vorgezogenen — Neuwahlen 1986 gelang es ihr, die Mandate auf 18 zu erhöhen — eine Verdreifachung gegenüber 1956. Mit ihrem 1968 beschlossenen neuen Parteiprogramm und dem 1973 verabschiedeten "gesellschaftspolitischen Manifest" wendet sich die FPÖ "an den leistungsorientierten Bürger, der bereit ist, das Risiko der Freiheit auf sich zu nehmen und nicht seine persönlichen Ziele einer scheinbaren

'kollektiven Sicherheit' opfert". Fehlte nur noch der starke Mann und die passende Situation. Jörg Haider, 36 Jahre alt, bisher Kärntner Landesvorsitzender der FPÖ und ausgesprochener Hetzer gegen die slowenische Minderheit, löste im September den als profilos geltenden Norbert Steger als Parteivorsitzender ab.

Zur Situation: Die Staatsverschuldung Österreichs ist in den letzten Jahren bei einer jährlichen Neuverschuldung von umgerechnet 12-13 auf 83 Mrd. DM angewachsen, bei vermehrten Steuerausgaben sinken die Reallöhne seit Jahren, die Arbeitslosenrate — wenn auch im westeuropäischen Maßstab mit 5% gering — steigt kontinuierlich, Massenentlassungen in den verstaatlichten Betrieben lassen um die nackte Existenz bangen. Auf der anderen Seite jagt ein Skandal den anderen, in die beide großen bürgerlichen Parteien verwickelt sind und die es trotzdem verstehen, ihre Pfründe

Baskenland: Ergebnisse der Regionalwahlen

Nach den Wahlen zum baskischen Regionalparlament am 30. November wird die Partei des spanischen Präsidenten Gonzales, PSOE, als Sieger gefeiert. Dazu hat ihr lediglich das Wahlsystem verholfen: Alle drei Provinzen wählen unabhängig vom Bevölkerungsanteil die gleiche Zahl von Abgeordneten. Die PSOE erhält 19 Sitze und hat als sitzstärkste Partei das Recht, die Regierung zu bilden. Die bisherige, bürgerlich-nationalistische Regierungspartei PNV hat zwar fast 20000 Stimmen mehr als die PSOE, erhält aber nur 17 Sitze. Auf dem dritten Platz folgt die PNV-Abspaltung Eusko Alkartasuna (Baskische Solidarität) mit 14 Sitzen. Herri Batasuna (Volkseinheit), die sich an den Wahlen beteiligt, aber nicht ins Parlament geht, weil sie das Autonomiestatut als Farce ablehnt, erhielt 13 Sitze, zwei mehr als bei den letzten Wahlen. Die Euskadiko Eskerra (Autonomes Baskenland) stellt neun Abgeordnete.

Diesem "Sieg" der PSOE steht also ein absoluter Anstieg der nationalistischen Wähler gegenüber, die der Madrider Politik eine Absage erteilen. Die PSOE steht nun vor der schwierigen Aufgabe, die baskische Regionalregierung zu bilden. Sie würde mit allen Parteien koalieren, ausgeschlossen natürlich Herri Batasuna. In den letzten Tagen hat sich jedoch die politische Stimmung geändert. Angesichts der fast 70% Stimmen für PNV, Eusko Alkartasuna und Herri Batasuna und angesichts einer von Madrid gesteuerten Regierung hat Herri Batasuna die beiden anderen Parteien aufgefordert, eine gemeinsame nationalistische Front zu bilden.

an Land zu ziehen.

Haider hielt es im Wahlkampf nicht für nötig, konkrete Wahlversprechen abzugeben, bis auf eines: Er wolle sich verstärkt für die Rechte Österreichstämmiger z.B. im Sudetenland einsetzen und für eine "Lösung der Südtirol-Frage". Ansonsten zog er volkstümlicher in den Wahlkampf, ließ als Präsent hölzerne Kochlöffel verteilen: "weil der Jörg in der Politik umröhrt . . ." und hetzte gegen "korrupte Funktionäre und arbeitsscheue Staatsbedienstete, gegen Privilegientritter" usw. Er gelobte den Versammelten, die er vornehmlich in den kleinstädtischen Provinzen und den krisenbetroffenen Industriegebieten heimsuchte, er werde "den Brüdern einheizen" und "die alten Parteien vor sich hertreiben".

472180 Stimmen hat Haider mit diesem Konzept an Land gezogen. Zu behaupten, dies wären alles potentielle Nazis, ist sicher falsch. Laut ersten

Eusko Alkartasuna und PNV haben positiv reagiert. Gespräche stehen in Kürze an. Wenn sich diese drei Kräfte auf ein gemeinsames Vorgehen einigen, wären baldige Neuwahlen nicht ausgeschlossen. — (H.R.)

Tarifbewegung in Italien

In den wichtigsten Branchen der italienischen Industrie und in der Landwirtschaft wird zur Zeit — begleitet von Streiks — über neue dreijährige Tarifverträge verhandelt. Die drei Richtungsgewerkschaften fordern ne-

ben mehr Lohn eine neue Lohngruppenenteilung (vor allem zugunsten der oberen Lohngruppen) und Arbeitszeitverkürzung. Die Metallkapitalisten haben angeboten, die Nominalarbeitszeit zu verkürzen, wenn sie dafür — beliebig viele Überstunden verlangen können. Mit Mühe und Not haben sich die Gewerkschaften auf die Ablehnung dieses Ansinns verständigt, aber von sich aus reichlich viel "Flexibilität" vorgeschlagen. Letzten Freitag streikten landesweit die Landarbeiter. Die Agrarkapitalisten wollen neue Niedriglohngruppen durchdrücken. — (ulg)



"Nein zur Auslese durch das Geld!" (s. Bild) ist eine der wesentlichen Forderungen des Streiks der französischen Studenten, der zwei Wochen andauert und mittlerweile 75 der insgesamt 77 Universitäten erfaßt. Der Protest richtet sich gegen das geplante Hochschulgesetz, demzufolge die Universitäten ermächtigt werden sollen, Zulassungs- und Prüfungsbedingungen selbst festzulegen und Erhöhungen der Einschreibungsgebühren vorzunehmen. Parallel zu den Studentenstreiks fanden Aktionen an den Gymnasien statt, die ebenfalls "reformiert" werden sollen. Der Staat reagierte mit Polizeiterror, ein Demonstrant wurde zu Tode geprügelt. Die massive Protestbewegung hat erreicht, daß der verantwortliche Minister Devaquet zurücktrat und die Gesetzesvorlage erst einmal zurückgezogen wurde. — (sur)

Wahlanalysen gilt ein erheblicher Teil der Haider-Wähler als "Protestwähler". In der Steiermark z.B. stimmten 1983 noch 40% der jetzigen Haider-Wähler für die SPÖ; 33% der Salzburger Haider-Wähler votierten 1983 für die ÖVP. Berufsspezifische Wahlanalysen sind noch nicht bekannt. Altersmäßig mußte die FPÖ bei den über 60jährigen eher Verluste hinnehmen, ihr Wählerpotential rekrutierte sich aus der Gruppe der 30-50jährigen; und bedenklicherweise konnte sie mit einem Drittel Jungwählerstimmen aufwarten. Die "Welt" verbindet damit die Hoffnung: "... könnte es sein, daß der neue FPÖ-Chef das 'dritte Lager' in Österreich auf neue Art stabilisiert hat, nämlich jene politische Schicht, die man früher als 'großdeutsch' und nationalliberal zu charakterisieren pflegte."

Die Liberale Internationale, in der Anfang Oktober von holländischen und skandinavischen Parteien ein Aus-

schlußantrag gegen die FPÖ gestellt wurde, entsandte im Wahlkampf eine Beobachterdelegation nach Österreich. Nach Abschluß der Reise erklärte Tom van Bemmelen, Internationaler Sekretär der holländischen Partei VVD, die FPÖ sei "eine rechts-extreme Partei mit vielen Neonazis als Mitgliedern" und forderte erneut ihren Ausschluß. Das hindert die westdeutsche FDP und ihren Vorsitzenden Genscher keineswegs, von Haider einen "vorzüglichen Eindruck" zu haben. Die "Welt" konstatiert, die FDP habe "durchaus das Gefühl, von Haider viel lernen zu können" und kommt zu dem Schluß angesichts des kleinen aber feinen Deutschnationalismus der FPÖ: "Die Entscheidung der FDP-Führung für Haider könnte sich als eine Richtungsentscheidung erweisen."

Quellenhinweis: Profil 47-49/86; Die Presse, div. Ausgaben: Handelsblatt, 26.11.86; Die Welt, 3.12.86 — (rua)

* Veröffentlichungen *

Liberale Kritik an der Volkszählung

"Volkszählung 1987" heißt eine goseitige Broschüre, die Michael Hoffmann (Informatik-Student) und Johann-Peter Regelmann (Wissenschaftspublizist) im Steinweg-Verlag veröffentlicht haben. Die Broschüre besteht aus zwei Teilen: 60 Seiten Dokumentation der Volkszählungsgesetze 1983 und 1987, des Urteils des Bundesverfassungsgerichts, der Kommentare zur Volkszählung von Datenschützern und Juristen sowie 30 Seiten Kommentierung der Dokumente. Beide Teile sind strikt voneinander getrennt. Die stichwortartigen Kommentare setzen die Kenntnis der Dokumente voraus.

Intention der Schrift ist die Aufbereitung von Quellen und Informationen für die Gegner der Volkszählung. Dabei beschränken sich die Autoren jedoch auf die Kritik an der Möglichkeit des Zugriffs auf Individualdaten durch den Staat mit Hilfe der Volkszählung. "Nun kann wirklich keinem Staat oder einer geringer zu bewertenden Planungs- oder Entscheidungsinstanz das Recht abgesprochen werden, die für diese Aufgaben und Prozesse notwendigen Daten einzufordern" (Seite 10). Damit fällt der imperialistische Charakter staatlicher Planung weg. Es wird nur noch um die Möglichkeit gestritten, ob denn die Daten des Individuums anonym bleiben sollen oder nicht. So wichtig dieser Aspekt ist, er trifft jedoch nicht den Kern der staatlichen Zielsetzung mit der Volkszählung. Wer zur Volkszählung Dokumente benötigt, möge die Broschüre kaufen; wer Argumente sucht, lasse es bleiben.

(Hoffmann/Regelmann, Volkszählung 1987, Steinweg-Verlag 1986, 9.80 DM - thh)

Hetze gegen Mindesttariflohn

Auf dem Arbeitsmarkt müßten Angebot und Nachfrage einander angepaßt werden: Bundesregierung und Kapitalistenverbände propagieren vereint die "marktpolitische Ordnung". Eine kleine Hetzbroschüre "WildWuchs" aus dem Kölner Tiberius-Verlag faßt nach. Die Lage, daß die Kapitalisten über zwei Millionen Lohnabhängige auf die Straße gesetzt haben, soll für Lohndrückerei in stärkerem Maße als bisher genutzt werden. In der Broschüre hat der Herausgeber H. Kilian zusammengeklatscht: Behauptungen, daß ein großer Teil der Arbeitslosen Schmarotzer seien, ein schlecht erfundenes "Bekenntnis" vom "Profi in der Hängematte", Klageschreiben von Kapitalisten, wie sie zu ihren Bedingungen keine Arbeiter, insbesondere Facharbeiter, finden könnten. Am Schluß tritt dann ein Professor E. Ha-

mer auf. Er hat den Titel "Wissenschaftlicher Leiter des Mittelstandsinstituts Niedersachsen e. V., Hannover" und schreibt zusammen, für welche Angriffe "die Betroffenen in den Betrieben und außerhalb der Betriebe Druck erzeugen" sollen.

Prof. Dr. Hamer stellt fest: "Arbeit überreichlich vorhanden". Was er als ein Beispiel zusammengebastelt hat, charakterisiert die Wünsche des Schreiberlings: "Der Wissenschaftler X. hat einen Bauernhof, dessen Pflege seine ganze Freizeit in Anspruch nimmt. Er könnte und würde gern mehr forschen, wenn jemand ihm die dringenden landwirtschaftlichen Arbeiten abnehmen würde. Es finden



Gefordert: Löhne unter dem tariflichen Mindestlohn, insbesondere im Dienstleistungsbereich

sich aber nur Leute, die mehr Stundenlohn fordern, als solche Arbeiten ... wert sind." Der Wunsch nach Billigarbeitskräften mit voller Leistung wird als "das marktwirtschaftliche Prinzip der automatischen Anpassung von Angebot und Nachfrage" gesetzt. Der Automatik stünden aber die Gewerkschaften im Weg mit ihrem "Monopolrecht des Tarifkartells". Löhne unter den tariflichen Mindestlöhnen seien unabdingbar, damit die Arbeitslosen wieder in Arbeit kämen. Und: "Auch die vom Tarifkartell verteidigte Wochenarbeitszeit ist überholt ... Vor allem im Dienstleistungssektor" könnten "die Leistungen wieder so angeboten werden, wie sie benötigt werden". Damit der Wunsch nach diesen Hungerlöhnen bei den Arbeitslosen aufkommen kann, fordert der Professor eine "deutlichere" Senkung des Arbeitslosengeldes und: "Warum soll ein Empfänger von Arbeitslosenunterstützung nicht auch etwas tun?" Also: Zwangarbeit zum Nulltarif. Und: "Für Arbeitslose muß jede Arbeit wieder zumutbar werden." Sovielen sei klar: Ausländische Arbeiter raus! - (gba)

IW polemisiert gegen Arbeitslosenversicherung

Das Institut der Deutschen Wirtschaft, Forschungsinstitut des BDI, polemisiert gegen die Arbeitslosenversicherung. In einer Studie über den Arbeitsmarkt hebt das Institut hervor, daß seit 1986 620000 mehr Lohnabhängige in Beschäftigung sind als 1984, dennoch nicht entsprechend weniger Arbeitslose gemeldet sind. Daraus folgert das IW: "Bedingt durch eine Reihe von gesetzlichen Vorschriften werden zahlreiche Personen in der Arbeitslosen-Statistik geführt, die im strengen Sinne dem Arbeitsmarkt für die Vermittlung nicht zur Verfügung stehen." Das IwD geht von etwa einer halben Million solcher Arbeitslosen aus, darunter seien ältere Arbeiter, die mit 60 in den Vorruestand gehen, 70000 "Sozialhilfe"-Arbeitslose, die nicht arbeiten wollen, eine Viertelmillion Frauen, die sich "nur" wegen der Rentenansprüche arbeitslos melden, "Kindergeld"-Arbeitslose, die sich wegen der Kindergeld-Regelung arbeitslos melden, obwohl sie über 18 sind. Fazit des IwD: Diese Lohnabhängigen haben in der Arbeitslosenversicherung nichts zu suchen. (IW, Arbeitslosigkeit: Kein Spiegel der Beschäftigung, Köln 1986 - uld)

Kapitalistenstudie zur flexiblen Teilzeitarbeit

Die Rationalisierungsfirma McKinsey hat im Oktober 1986 eine Untersuchung "Flexible Teilzeitarbeit als Instrument der Arbeitsmarktentlastung" vorgelegt. McKinsey befaßt sich nur mit Arbeitsplätzen, die "wirtschaftlich teilbar" sind, d.h. die sich nach spätestens eineinhalb Jahren amortisieren. In Anschlag gebracht werden Zuschüsse der öffentlichen Hand, die Produktivitätssteigerung, dadurch Reduzierung des Personalbedarfs um 3,5%, Wegfall zusätzlicher Ausstattung, bessere Auslastung personalintensiver Anlagen. Insgesamt sollen sich 4-5% der Kosten einsparen lassen, wobei der Zusatzaufwand für Kommunikation, Planung und Verwaltung schon einkalkuliert ist. Die Fehlzeiten sinken, wenn Blockzeitregelungen an weniger Tagen eingeführt werden, vor allem bei langen Anfahrtswegen. Um die Vorteile herauszustellen, die die Beschäftigten angeblich haben, müssen die Kapitalisten eine selbstgeschaffene Hürde überwinden, nämlich den niedrigen Lohn. McKinsey empfiehlt einen partiellen Lohnausgleich. Dieser führt zum "gedämpften Nettoeffekt" bei Einkommen und Rente. Die Kapitalisten sollen einen Teil des betriebswirtschaftlichen Nutzens weitergeben. An einem Beispiel errechnet McKinsey, daß bei einer Arbeitszeitverkürzung von 27% bei 50%iger Weitergabe der Kostenersparnis das Nettoeinkommen

81% vom Bruttolohn statt nur 73% beträgt. Aufgrund der progressiven Besteuerung betragen die Abzüge von dem gesenkten Lohn nicht mehr 35%, sondern nur 31%. Entsprechend errechnet McKinsey einen weniger starken Rückgang des Rentenanspruchs. Die Lohnsenkungsdämpfung soll deklariert werden entweder als Teilabfindung oder als Bereitschaftszahlung oder als Schichtzulage. Den Betriebsräten wird versichert, sie könnten Wünsche einzelner vertreten und die Freiwilligkeit absichern. Die ganze Methode dient dem Bedürfnis der Kapitalisten, einen Schub in der Ausweitung der Teilzeitarbeit zu erreichen und dabei einen allmählichen Übergang von einem höheren zu einem niedrigeren Lebensstandard durchzusetzen. (HBV, HAZEG-Rundbrief, Nr. 27 – anl)

Teilzeitarbeit – Broschüre des Bundesarbeitsministerium

Die neue Broschüre, so Norbert Blüm im Vorwort, soll "zu der längst anstehenden Aufwertung der Teilzeitarbeit beitragen." Meist werden Vor- und Nachteile für "beide Seiten" dargestellt, wobei "Hinweise für Arbeitnehmer" z.B. so aussehen: "Für Verhandlungen mit dem Arbeitgeber sollte der an der Teilzeitarbeit interessierte Arbeitnehmer Raum für Kompromisse offenhalten. Z.B. dadurch, daß er mit Hilfe Dritter die eigenen zeitlichen Verpflichtungen reduziert, etwa bei der Kinderbetreuung." Als "Bedürfnisse der Arbeitnehmer" für Teilzeitarbeit werden genannt: Herkömmliche Rollenverteilung in der Familie, also die stärkere Belastung der Frauen im Haushalt sowie ablehnende Haltung der Männer gegenüber Vollzeitbeschäftigung ihrer Frauen. Von Teilzeitbeschäftigung für Männer rät Blüm ab. Sie komme bei gegebenen Lohn- und Gehaltsunterschieden zu teuer, da die Steuerersparnis im Verhältnis zu klein sei. Als Einschränkung der "Zeitsouveränität bei der Haushaltsführung" werden nebenbei die Ladenöffnungszeiten genannt.

Dem Kapitalisten wird geraten, offensiv bei der Einführung der Teilzeitarbeit vorzugehen und die unzähligen flexiblen Formen zu nutzen: saisonal schwankende Arbeitszeit, jährliche Arbeitszeitwahl, geteilte Arbeitsplätze und als besondere Renner: Teilzeitarbeit in Wechselschicht, kombinierte Voll- und Teilzeitarbeit in der "zeitautonomen Gruppe".

Besonderen Schwerpunkt legt die Broschüre auf Formen der Teilzeitarbeit, bei denen Organisation und Planung der flexiblen Formen den einzelnen oder aber Gruppen von Beschäftigten auferlegt werden. Hierzu paßt auch der Hinweis, der von autoritarem Führungsstil dringend abrät. ("Teilzeitarbeit", Herausgeber: Bundesministerium für Arbeit u. Sozialordnung, 9/86 – rist)

Friedensliste

"Den Frieden wählen" – Mit so einem Programm nicht

"Wenn wir zur Bundestagswahl '87 die ... Friedensliste unterstützen, so deshalb, weil wir darin die beste Möglichkeit sehen, die demokratischen und linken Kräfte bei den Wahlen zu einem möglichen einheitlichen Vorgehen zu veranlassen" (1), begründete die stellvertretende DKP-Vorsitzende Ellen Weber in einem Interview die Unterstützung der Friedensliste durch ihre Partei. Die DKP gibt bündnispolitische Gründe für den Verzicht auf eine eigene Kandidatur an. Welchen Beitrag leistet das unterstützte Bündnis zur Frontbildung gegen die Reaktion?

Das auf einem Wahlkongreß im September verabschiedete Programm der Friedensliste stellt die "Sorge um den Frieden" ins Zentrum der Propaganda (Zitate, wenn nicht anders ausgewiesen: Wahlprogramm der Friedensliste, d. V.), darauf verweist schon der Titel: "Abrüsten – das Programm für die Zukunft". Daneben wurden Positionen aus "sozialen Bewegungen" aufgenommen. Dieses Verfahren, in Kreisen der "Friedensliste" als Fortschritt gefeiert, hat nicht nur dazu geführt, daß Themen wie "Wirtschaft und Soziales" oder "Soziale Sicherung" zum Anhänger der "zentralen Frage" degradiert wurden; die vermeintlich aus der "außerparlamentarischen Opposition" übernommenen Positionen entpuppen sich häufig als Abklatsch grüner oder sozialdemokratischer Programmatik. Betreffend die Lage der Arbeiter, die im Wahlprogramm unter dem Stichwort "Wirtschaftspolitik" abgehandelt wird, schreibt die Friedensliste beispielsweise kritiklos SPD-Positionen ab: Das Eintreten für ein "qualitatives neues Wirtschaftswachstum" verrät dabei ebenso die Handschrift des so-

zialdemokratischen "Arbeit und Umwelt"-Modells wie der "Friedenslisten"-Wunsch nach einem Beschäftigungsprogramm und die Forderung nach der 35-Stunden-Woche und weitere "Arbeitszeitverkürzungen in allen Formen". Folgerichtig kommen die mit Wucht vorgetragenen Flexibilisierungs-Angriffe der Kapitalisten schlicht nicht vor, ebensowenig, wie Positionen gegen die zunehmende Arbeitsetze entwickelt werden. Und daß ein bedeutender Teil der Arbeiterklasse, durch das Ausländergesetz politisch entreicht, von den Kapitalisten in elendste Verhältnisse gedrückt wird, ist der Friedensliste kein Wort der Erwähnung wert.

Krieg durch falsches Denken und fehlenden Willen?

Nun erklärt ja die "Friedensliste", im Mittelpunkt all ihrer Überlegungen stehe der Kampf für Frieden und Abrüstung. Dafür hauptsächlich wolle sie im Wahlkampf wirken. Können die von ihr vertretenen Positionen zur Stärkung des antimilitaristischen und antiimperialistischen Lagers beitragen?

"An die Stelle der gegenseitigen militärischen Bedrohung muß eine gemeinsame politische Sicherheit, muß Abrüstung treten. Militärisch fixiertes 'Sicherheitsdenken' und mangelnder politischer Wille verstallen noch den Weg zu dieser Perspektive." Diese Programm-Passage kann stellvertretend dafür stehen, wie das "Friedensliste"-Programm die Frage nach den Ursachen von Aufrüstung, Kriegsvorbereitung und -führung benennt. Nicht nur wird die Frage umschifft, wer Aggressor und wer Betroffener ist; die Reduktion der Triebkräfte auf fal-



Friedensliste: "vitale nationale und europäische Interessen" durch die "Vasallentreue" der Bundesregierung verletzt

sches Denken und fehlenden Willen verweisen den Kampf in den Bereich einer Auseinandersetzung zwischen starrsinnigen und unrealistischen Politikern und Regierungen, die noch in "überlebten" Vorstellungen verhaftet sind und den "Realisten", die schon erkannt haben, daß Krieg – im "Atomzeitalter" – kein Mittel der Auseinandersetzung mehr ist. Wie soll der antimilitaristische Kampf Erfolg haben können, wenn er die Frage nach den Ursachen der Kriegsvorbereitungen auf fehlenden Willen und zuviel Waffen reduziert? Wie soll der Behauptung vom "Defensivbündnis" NATO begegnet werden, wenn nicht festgehalten wird, daß Expansion ein Wesenszug des Imperialismus ist, daß gegen die RGW-Länder zum Krieg gerüstet wird, um eines der Haupthindernisse für die Expansion der Konzerne auszuschalten? Wie soll der Hetze der Reaktion von der angeblichen Bedrohung aus dem Osten erfolgreich entgegengetreten werden, wenn nicht deutlich gemacht wird, daß Geschäftsinteressen der westlichen Imperialisten die Kriegsvorbereitungen diktieren.

Diese fehlende Benennung von Ursachen führt zu fatalen Schlußfolgerungen. So fordert die Friedensliste als Alternative zur Aufrüstungspolitik der Regierung Kohl "eine neue Entspannungspolitik", die in den sechziger und siebziger Jahren bekanntlich ebenfalls ein Mittel der Imperialisten war, um die Gesellschaftsordnung der Länder Osteuropas aufzuweichen: "Wandel durch Handel" nannte man das.

Nationaler Kompromiß gegen Reagan und SDI

Dieser Verzicht auf eine Analyse der Kriegsvorbereitungen zugrundeliegenden Expansionsstrategien ist es auch, der die "Friedensliste" zu gefährlichen Fehleinschätzungen hinsichtlich der Rolle der BRD führt. "Mit ihrer Vasallentreue gegenüber der gefährlichen Außenpolitik der USA verletzt sie (die Bundesregierung, d.V.) vitale nationale und europäische Interessen und erschwert damit den Abbau internationaler Spannungen ...", heißt es dazu im Wahlprogramm. Deutlicher noch Uta Ranke-Heinemann, Theologie-Professorin und "Friedensliste"-Kandidatin: "Unsere Regierung folgt (Reagan) ... unentwegt, weil ihr politisches Prinzip Amerika-Hörigkeit ist und sie sich vor der Rüstungsmanie des Herrn Reagan Augen und Ohren zuhält. Die deutsche Politik entspricht den amerikanischen mehr als den eigenen Interessen. Unser Land ist zu einer Art Hiwi- und Satellitenstaat gemacht worden" (2). In dieses Schema des "Vassallentums" preßt das Programm kurzerhand nicht nur die von der Reaktion entfachte revanchistische und chauvinistische Hetze ("Kehrseite

dieser Außenpolitik ist die innenpolitische Wiederbelebung revanchistischer Kräfte ..."), sie erklärt auch, die Bundesregierung unterstütze "in Nicaragua, El Salvador, Libyen, Südafrika an vorderster Front US-amerikanische Großmachtpolitik." Selbst der BRD-Rüstungsexport diene dazu, "wichtige Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas in die globalstrategischen Pläne der USA einzubinden". Damit spielt die "Friedensliste" die BRD zum von den USA unterdrückten Staat herunter. Hauptkritikpunkt an der Reaktion ist für sie folgerichtig, daß sie sich unterwerfe. Die aggressive Rolle, die der BRD-Imperialismus im westlichen Bündnis spielt, fällt unter den Tisch. Die von der Bundesregierung verstärkt betriebene Feindbildpropaganda, das Selbstbewußtsein, mit dem vor allem die BRD-Imperialisten die Interessen der "Europäer" betonen, gerade auch in Sachen

sche Interessen" in einem "starken Europa" zur Geltung bringen will – und zwar durchaus auch militärisch; es öffnet auch der Reaktion Einfallsstöre: "Nationale Interessen" führt diese doch gerade ins Feld, um Anhang für einen erneuten Krieg gegen Osten zu mobilisieren.

Die "Friedensliste" versteht sich als "Personenbündnis". Das Wahlprogramm hält fest, daß es "unterschiedliche Auffassungen in einer Reihe politischer Fragen" gibt. Wo diese Unterschiede liegen bleibt unklar, ebenso, ob das verabschiedete Wahlprogramm von allen "Personen" im "Bündnis" unterstützt wird. Dazu kommt: Die Friedensliste als solche ist vom Bundeswahlleiter gar nicht zu den Wahlen zugelassen worden. Es kandidieren 248 Einzelkandidaten, was die politische Linie noch weiter verwischt und Spielraum für die unterschiedlichsten Positionen



Uta Ranke-Heinemann: "Unser Land ist zu einer Art Hiwi- und Satellitenstaat gemacht worden..."

SDI, das alles kann doch der "Friedensliste" nicht entgangen sein. Sie kann nicht übersehen haben, daß die Bundeswehr, heute schon die militärische Nummer eins und die konventionelle Sparspitze der NATO in Westeuropa, für Milliardenbeträge in den kommenden fünf Jahren mit modernsten konventionellen Angriffswaffen aufgerüstet werden soll. Und wie kann es sich denn mit der angeblichen Rolle als "Satellitenstaat" vertragen, wenn die Regierung sich gerade die technischen Mittel für die Atomwaffenproduktion bauen läßt.

Die "Vassallentheorie" der "Friedensliste" mündet durchaus folgerichtig in der Einschwörung des "Friedenskampfs" auf "nationale Interessen", die angeblich mobilisiert werden müssen, um die US-Großmachtpolitik zu bekämpfen. Das läßt nicht nur Raum für eine von der SPD und Teilen der Grünen vertretene Politik, die "deut-

schaft. So bleibt als einheitliche Position des Personenbündnisses der Aufruf, mit der entscheidenden Zweitstimme SPD oder Grüne zu wählen. So soll zur "Ablösung der Rechtsregierung" beigetragen werden. Gleichzeitig soll mit der Erststimme "Druck auf SPD und GRÜNE" ausgeübt werden. Mit diesem Programm allerdings wird das schwerlich möglich sein, denn Unterschiede zu sozialdemokratischen oder grünen Positionen muß man häufig mit der Lupe suchen. Arbeiterinteressen können damit nicht verfochten werden, Anhaltspunkte für antimilitaristische und antiimperialistische Kräfte fehlen.

Quellenhinweis: Abrüsten – das Programm für die Zukunft, Die Friedensliste (Hrsg), Bonn 1986; (1) DVZ/die tat, Nr. 46, 14.11.86; (2) DVZ/die tat, Nr. 47, 21.11.86; Pressemitteilungen der Friedensliste – (jüg)

Veranstaltungsteilnehmer erkennungsdienstlich behandelt
Göttingen. Bis zu 5 Stunden wurden 408 Teilnehmer einer Veranstaltung im Jugendzentrum Innenstadt (Juzi) am 1.12. festgesetzt, durchsucht, ihre Ausweise kontrolliert und fotografiert. Die Polizei stürmte die Veranstaltung, nachdem am Vormittag drei besetzte Häuser geräumt worden waren. Seitdem beherrscht ein ca. 1000-köpfiges Polizeiheer jede größere Kreuzung in der Stadt. Dies ist die erste Runde im vom Innenminister Hasselmann (CDU) angekündigten "Trockenlegen der Autonomenszene". Hasselmann: "Wir werden die Strippenzieher in ihren Löchern aufspüren." 4000 Studenten und Schüler demonstrierten am Dienstag gegen den Polizeieinsatz, 2000 am Samstag, darunter auch etliche Arbeiter. Der DGB-Kreisvorsitzende sprach sich auf der Kundgebung gegen die Polizeimaßnahmen aus. Der Stadtrat rügte mit SPD/Grünen-Mehrheit sowohl die Räumung der Häuser wie den Polizeieinsatz im Juzi. Der genaue Wortlaut ist wegen vieler Änderungsanträge immer noch unverständlich. Die Landesregierung ist noch unbeeindruckt, die erhöhte Polizeipräsenz wird noch länger in Göttingen bleiben. – (kek)

Tagungs-Verbot für Anti-AKW-Bewegung

Regensburg. Am 27.11. verbot die Stadt Regensburg die Bundeskonferenz der Anti-AKW-Bewegung (BUKO), die einen Tag später stattfinden sollte, weil zu erwarten sei, daß Äußerungen gemacht werden, die "von amtswegen zu verfolgende strafbare Handlungen zum Gegenstand haben". Als "Beleg" dafür wurden Aussagen aus den vorbereitenden Diskussionspapieren entnommen, wie z.B.: "Wir müssen unseren Protest und Widerstand noch verstärken und das nicht nur verbalradikal!" Ausdrücklich verbot die Stadt Regensburg bereits die Diskussion, es gehe darum, "daß solche Äußerungen gar nicht erst abgegeben werden dürfen".

Eine Spontandemonstration gegen das Verbot wurde auch als verboten erklärt und aufgelöst, ebenso verschiedene aus Regensburg ausgelagerte Sitzungen von Arbeitskreisen der BUKO, eine Musikveranstaltung wurde mit Verbot bedroht, falls diskutiert werde. Mehr als 40 Personen wurden festgenommen, 800 Polizisten waren im Einsatz. Trotzdem fanden einige Sitzungen statt, und die BUKO erklärte am 30.11., daß die nächste BUKO am 17./18. Januar 87 in einer bayerischen Stadt stattfinden wird, daß dazu breit mobilisiert wird, daß die Diskussionspapiere mit den verbotenen Äußerungen beibehalten werden und daß der Themenkatalog erweitert wird z.B. mit einer Eröffnungsveranstaltung zur Kriminalisierung. – (uth)



Göttingen. Am 1.12. sammeln sich gegen 21.00 Uhr die ersten Leute vor dem durch mehrfache Polizeiketten abgeriegelten Jugendzentrum Innenstadt (Juzi). Festgehalten und kontrolliert werden im Juzi 408 Teilnehmer einer Veranstaltung gegen die Räumung besetzter Häuser. Auf 600 wächst in der Nacht noch die Zahl derer an, die die Freilassung der Eingeschlossenen fordern.

"Verteidigt die Flüchtlinge"

Karlsruhe. Unter diesem Aufruf demonstrierten rund 1400 am 6.11.86 in Karlsruhe. Veranstalter war das "Landes-Asylgruppentreffen Baden-Württemberg" mit Unterstützung zahlreicher Organisationen. Auf der Auftaktkundgebung redeten amnesty international, ein evangelischer Pfarrer und ein Flüchtling, auf der Abschlußkundgebung terre des hommes und die GRÜNEN. Sie forderten die "Verteidigung der Menschenrechte", die "Beibehaltung des Grundrechts auf Asyl", die "Anerkennung aller politisch und religiös Verfolgten als Flüchtlinge" und die Beseitigung der erst seit kurzem eingerichteten baden-württembergischen zentralen Abschiebestelle in Karlsruhe. Nach der Kundgebung löste der Veranstalter die Demonstration an der abgelegenen "Zentralen Anlaufstelle für Asylbewerber" auf. Somit konnte es zu Provokationen und Übergriffen der Polizei kommen, als ein Großteil der Demonstrationsteilnehmer gemeinsam in die Stadt zurückzog. – (rub)

Reaktionäre Pro-218-Veranstaltung verhindert

Hannover. Unter dem Titel "Mama, warum hast du das getan" versuchte die Pro Vita e.V., in der Freikirchlichen Gemeinde Hannover vom 24.-26.11.86 eine Veranstaltungsreihe für den § 218 durchzuführen. Pro Vita e.V. organisiert und unterstützt bundesweite Hetzkampagnen gegen Abtreibung. Der Vorschlag kam von der rechten Schülerzeitung der hann. Schillerschule, die mit "Jugendfrei ab 15 J." für die zwei Filmabende warb. Der Film "Der stumme Schrei" zeigt eine Abtreibung per Ultraschallbildern mit einem bluttriefenden Kommentar. Gegen diese Veranstaltungsreihe mobilisierte ein Bündnis aus ver-

schiedenen Frauengruppen, GABL, KB und BWK mit einem gemeinsamen Flugblatt. Die beiden Filmabende fanden unter erheblicher Geruchsbelästigung statt, die Diskussionsveranstaltung am dritten Abend wurde trotz ungefähr gleich starkem Polizeiaufgebot, 100 218-Gegner, 100 Polizisten, verhindert. – (rec)

Skinhead-Treffen unter Polizeischutz

Hagen. Faschistische Skinheads hatten am 06.12.1986 zu einem überregionalen Treffen in Hagen aufgerufen. Am gleichen Tag fand eine Gegendemonstration mit ca. 2500 Teilnehmern statt, zu der das antifaschistische Forum Hagen, die Grünen, MLPD, DKP, VVN-BdA, GEW, IG DruPa, Gewerkschaft der Eisenbahner, verschiedene SPD-Ortsvereine und mehrere ortsansässige antifaschistische Gruppen aufgerufen hatten. Auf der Abschlußkundgebung sprachen: der Landesvorsitzende der GEW, Alf Hammelrath und ein Vertreter der Dev Genc. Kleine Gruppen von Skinheads, die während und nach der Demonstration auftauchten und provozierten, wurden von der Polizei geschützt, indem sie auf die Gegendemonstranten einschlug und die Skinheads in Polizeiwagen wegfuhr. Im Anschluß an die Demonstration sollte ein Fest der Antifaschisten im Internationalen Zentrum "Halk Baris" stattfinden, das von der Polizei kurz vorher besetzt wurde, weil dort eine Waffe gefunden worden war, die jedoch offensichtlich nicht durch Antifaschisten in das Zentrum gelangt war. Die ca. 100 dort Anwesenden wurden ca. zwei Stunden lang festgehalten, durchsucht und ihre Personalien aufgenommen. Schließlich konnten die Skinheads ihr Treffen mit Hilfe der Polizei doch durchführen. Es wurden ca. 30 Antifaschisten und ca. 50 Skinheads verhaftet. – (wer, axg)

Ärztekammerwahlen in Bayern

26,26 Prozent für die "ideologisch infizierten Querdenker"

München. Noch in der Ausgabe vom 15.11.86 erkundigt sich ein verbitterter Standeskollege, warum die Münchner Ärztlichen Anzeigen (MÄA) "wie-der einmal einer Journalistin-Ärztin Gelegenheit" geben, "in ebenso unsachlicher als gewohnt gehässiger Weise gegen die sogenannten Standesfunktionäre vom Leder zu ziehen". (1) Diese "ideologisch infizierte Querdenkerin" (ebd.), die zusammen mit anderen als "Instrument sowjetischer Westpolitik" vom gegenwärtigen Vorstand des Münchener ÄKBV bekämpft wird (MÄA, Nr. 20), hat auf der "Liste Demokratischer Ärztinnen und Ärzte" zu den Ärztekammerwahlen kandidiert. Die Ergebnisse liegen jetzt vor.

Bei der Wahl der Delegierten des Ärztlichen Kreis- und Bezirksverban-

len anderen Bundesländern haben bisher vergleichbare Listen kandidiert mit deutlich niedrigeren Stimmanteilen. (2)

Die "Liste" für die 70 Ärztinnen und Ärzte kandidierten, hat ihre Politik in einer gemeinsamen Plattform festgelegt, die den kleinsten politischen Nenner darstellt: – Abbau jeglicher Atombewaffnung, Ausstieg aus der Kernenergie, Verweigerung der Ausbildung in Katastrophen – sprich Kriegsmedizin. – Verteidigung des Solidaritätsprinzips der gesetzlichen Krankenversicherung gegen Selbstbeteiligung und individuelle Haftung (Selbstverschuldungsprinzip). – Ablehnung der Kosten-Nutzen-Rechnung bei der Gesundheitsversorgung, sei es im Krankenhaus, sei es in der Kassen-



"Gemäß der Frankfurter Erklärung der IPPNW lehnen wir die Fortbildung in Katastrophenmedizin ab... Wir werden uns dafür einsetzen, die drohende Verabschiedung des geplanten Notstandsgesetzes für das Gesundheitswesen zu verhindern." (Foto aus: Rundbrief der IPPNW, 15/85)

des (ÄKBV) München erhielt der Wahlvorschlag "Angestellte und Beamte Ärzte München" (Marburger Bund) 26,45% aller Stimmen, die "Liste" 26,26%, der Wahlvorschlag "Dr. Holzgartner" (CSU) 25,8% und der Vorschlag "Überparteiliche Zusammenarbeit", der die Liste des alten Vorstands darstellt, 21,49%. Wahlberechtigt waren 9866 Mitglieder, die Wahlbeteiligung betrug 56,95%, bei den letzten Wahlen 1980 waren es 54,04%. Die "Liste" hatte mit ca. 15% der Stimmen gerechnet, jetzt stellt sie 18 der Delegierten (insgesamt sind es 70), aus deren Reihen der Vorstand gewählt wird. Gleichzeitig wurden die Delegierten zur Landesärztekammer gewählt, dort stellt die "Liste" mit 27,7% der Stimmen den stärksten Wahlvorschlag und bekommt 13 Sitze. Das Ergebnis gilt als Sensation, in vie-

arztparis. Keine Zulassungssperren zur kassenärztlichen Versorgung. – Verhütung von Krankheiten steht vor Behandlung. Dies besonders bei arbeitsbedingten Erkrankungen und Folgen von Umweltschäden. – Keine Verschärfung des § 218. – Erforschung der Geschichte der Ärztekammern, ihre Rolle im deutschen Faschismus. – Zusammenarbeit mit Friedensbewegung und Gewerkschaften.

Welche Aufgaben haben die Ärztekammern? Sie sind Zwangsverbände, werden staatlich kontrolliert und sollen sich auf gesundheits- und berufspolitische Fragen beschränken. Alle Münchner Beschlüsse gegen Atombewaffnung und Kriegsvorbereitung wurden von der Regierung von Oberbayern kassiert. Bekannt ist, daß der jetzige Vorstand dabei eifrig mitgeholfen hat. Entscheidend sind die

Fragen der Ausbildung und Zulassung als Arzt (Approbationsordnung), die Weiterbildung zum Facharzt und die allgemeinen Fragen der Kostendämpfung im Gesundheitswesen bis hin zur Verschärfung des § 218. Folgende reaktionäre Positionen werden wesentlich von der Liste "überparteiliche Zusammenarbeit" und "Dr. Holzgartner" vertreten: Zulassungssperre in München wegen "Überversorgung", Zwangsweiterbildung in Katastrophenmedizin bis hin zum Entzug der Approbation bei Verweigerung, Verschärfung des § 218 durch Streichung der Abtreibung aus sozialer Notlage, Aufrechterhaltung der atomaren Bewaffnung, weiterer Ausbau der Atomenergie. Die Liste "Dr. Holzgartner" vertritt praktisch die CSU.

Gewählt wurde die "Liste" für ihre politische Festlegung auf fortschrittliche Positionen vor allen Dingen von den Krankenhausärzten. Diese betrachten gegenwärtig den "Marburger Bund" als ihre – sozusagen gewerkschaftliche Vertretung, haben aber viele Stimmen an einzelne Kandidaten der "Liste" abgegeben (Häufeln von Stimmen). Im Januar 1987 wird der neue Vorstand gewählt, es ist abzuwarten, wie sich der Marburger Bund verhält. Die "Liste" kann in aller Ruhe ihre politische Arbeit auf Grundlage der Plattform aufnehmen.

Quellen: 1) MÄA, Nr. 46/86; 2) Nr. 49/86; das offizielle Wahlergebnis. – (jüt)

Nationalistische Front

Aktionsbündnis gegen Faschistenzentrum in NRW

Bielefeld. 1500 Antifaschisten demonstrierten am 5.12.86 gegen die faschistische Nationalistische Front, die sich in Bielefeld ein Haus gekauft und zum Zentrum ausgebaut hat. Diesen Existenz war erst bekannt geworden, als die NF dort am 9./10.11. völlig ungestört ein Bündestreffen durchführen konnte und von dort aus den jüdischen Friedhof geschändet, eine antifaschistische Juso-Landeskonferenz überfallen hatte und die Schaufenster von linken Läden und dem Dritte-Welt-Haus eingeschlagen wurden. Oberbürgermeister Schwicker und die Polizeiführung waren dann schnell mit einem "Einzelräuber" und der Theorie von "Wirrköpfen, die unsere Gesellschaft ertragen müsse", bei der Hand. Dabei sind die Hausbesitzer des NF-Zentrums stadtbekannte Faschisten, und die NF hat in Ostwestfalen seit langem einen ihrer Schwerpunkte. In letzter Zeit gibt es verstärkte gemeinsame Aktivitäten mit der FAP, vor allem gegen Ausländerzentren.

Dagegen bildete sich ausgehend von der Bielefelder Antifaschistischen Koordination ein Aktionsbündnis.

Mehr als 60 Organisationen und Einzelpersonen, darunter Grün/Bunte, Falken, Jusos, VVN/BdA, SDAJ, DKP, Volksfront, Mitglieder des Ausländer- und des Flüchtlingsbeirates, Schulsprecher und Verbindungslehrer des Berufsschulzentrums Rosenhöhe, Internationales Begegnungszentrum, Asta der Uni und der Kirchlichen Hochschule Bethel, unterstützten eine Erklärung, in der es heißt: "In einer Zeit, in der es Regierungspolitik ist, mit rassistischen und nationalistischen Hetzparolen eine 'fremdartige Asylantenflut' zu beschwören, die die 'deutsche Nation' ... bedroht, ... da wird das richtige Klima für rassistische und ausländerfeindliche Pogrome und faschistische Aufmärsche geschaffen." Gefordert wird u.a. das Verbot faschistischer Organisationen aufgrund Art. 139 GG, die Nichtzulassung faschistischer Kandidaturen zu den Bundestagswahlen und daß die Stadt Bielefeld Faschisten keine Räume für Wahl- oder sonstige Veranstaltungen zur Verfügung stellt. – Die Autonomen beteiligten sich mit einem starken Block an der Demonstration und verteilten ein eigenes Flugblatt.

Auf einer Veranstaltung nach der Demonstration wurde die VVN/BdA von etlichen Teilnehmern kritisiert. Sie hatte die Demonstration unter Umgehung der Antifa-Koordination, in der u.a. Autonome mitarbeiten, über eine eiligst gegründete Bürgerinitiative angemeldet. – (ads)

Schörling Kommunalfahrzeuge

Trotz ablehnender Haltung – Schichtarbeit nicht verhindert

Hannover. Schichtarbeit, Sonnabendarbeit, Überstunden und anderes mehr will die Geschäftsleitung von Schörling aufgrund der prallen Auftragsbücher bereits im April freigegeben wissen. Bisher wurde in Normalschicht produziert. Der Betriebsrat entwickelte dagegen einen Forderungskatalog. Absicherung von Zulagen, Rationalisierungsschutz u.a.m.; jedenfalls so hoch angesetzt, daß das Thema Schicht zunächst vom Tisch ist. Bis zum August. Für die Bereiche Lackiererei, Mechanische Fertigung, Montage und Nibbelmaschinen wird sie erneut gefordert, kurz darauf werden die Verhandlungen von der Geschäftsleitung für gescheitert erklärt. Der Betriebsrat übergibt die Sache dem Gesamtbetriebsrat. Dieser schreibt: Die Bereiche, "in denen Schicht eingeführt werden soll, umfassen zu viele, um noch als 'Engpaß' bezeichnet werden zu können. Und läuft hier erstmal Schicht, wird das wie eine Kettenreaktion wirken: Zur Fertigungsbetreuung werden welche aus dem Technischen Büro und der Arbeitsvorbereitung dableiben müssen.

Was der CNC-Drehmaschine recht ist, ist dem Computer bei der Fütterung mit Arbeitsplänen oder den Programmierplätzen billig. Mit der geplanten Anschaffung eines größeren Computers, mit später mal CAD-Stationen für die Konstruktion, mit dem PPS-System für Planen und Steuern wird Rechenzeit knapp und teuer. 16- oder mehr Stunden-Takt für die Bürobereiche rückt näher." Als Gründe gegen die Schichtarbeit benennt der Gesamtbetriebsrat die drohende Produktionszentralisierung zuungunsten des Zweigwerks. Ebenso die krankmachende und asoziale Wirkung der Schichtarbeit. Er weigert sich, das Scheitern der Verhandlungen anzuerkennen, die Geschäftsleitung droht mit Schadensersatzansprüchen wegen entgangener Produktionsschichten. Schließlich wird eine Woche lang täglich über eine Betriebsvereinbarung verhandelt. Oberste Forderung der Geschäftsleitung: Die teuren CNC-Maschinen müssen auf jeden Fall in Schichten ausgelastet werden. Der Tarifvertrag gibt keinen Haltepunkt gegen Schichtarbeit her. So steht unter der Drohung, noch Schlechteres in einer Schlüchtungsstelle zu kassieren, am Ende der Verhandlungen eine Betriebsvereinbarung. Auf den CNC-Arbeitsplätzen wird zukünftig 2-Schicht gefahren, bei der Besetzung der Schicht-Arbeitsplätze gilt weitgehende Freiwilligkeit, Ausstiegsmöglichkeiten für betroffene Arbeiter sind vorgesehen, zudem noch einige soziale und finanziell günstige Bestandteile. In der Montage wird keine Schicht eingeführt, dafür gibts dort Überstunden. Die Geschäftsleitung bewertet das ganze als "Einstieg". Deutlich wird: Ohne tarifliche Schranken gegen Schichtarbeit werden Belegschaften samt Betriebsräten vorgeführt, errungene Zuschläge oder warmes Essen in der Spätschicht als Erfolg preisen zu müssen oder zwischen den "Alternativen" Schicht statt Mehrarbeit "wählen" zu dürfen. Der Antrag "Schicht in der Montage" wird nächstes Jahr nicht lange auf sich warten lassen. – (gka)

Normalarbeitstag

Nacht- und Schichtarbeit unakzeptabel

Bielefeld. Der Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales in Nordrhein-Westfalen hat eine Untersuchung der Entwicklung der Nacht-, Schicht- und Wochenendarbeit (1965 bis 1985) herausgegeben. Die Untersuchung stützt sich auf Zusatzbefragungen zum Mikrozensus 1965 und 1972, bei den aktuelleren Daten auf Schlüffolgerungen aus Stichprobenbefragungen von Instituten und EG.

Da die Repräsentativbefragungen mit sehr unterschiedlichen Zielsetzungen und oft sehr schwammigen Fragen gearbeitet haben, können die Autoren auf dieser Grundlage zu dem fragwürdigen Ergebnis kommen, die Nacht-, Schicht- und Wochenendarbeit habe nach steilem Anstieg in den sechziger und Anfang der siebziger Jahre seit 1975 nicht mehr zugenommen. Zumal das Bundesministerium für Arbeit und Soziales in einer eigenen Studie 1978 von einer jährlichen Zunahme der Schichtarbeiter um 70000 ausgeht; das ist immerhin ein jährlicher Zuwachs von ca. 3,5%.

Aufgrund der Untersuchung ziemlich gesichert ist: Mitte der siebziger Jahre haben in der BRD ca. 15% der Lohnabhängigen Schicht- und ca. 15% Nachtarbeit geleistet. In NRW jeweils sogar 2-3% mehr. Wochenendarbeit ist mit ca. 40% (BRD) und 38% (NRW) noch weiter verbreitet. Sonn- und Feiertagsarbeit betrifft bundesweit ca. 21%. Die Autoren kommen zu der Feststellung: "... daß die Arbeitswoche der Arbeitnehmer schon derzeit weitgehend nicht mehr auf die Woche von Montag bis Freitag beschränkt bleibt, und daß auch die Sonn- und Feiertage für ca. ein Fünftel der Arbeitnehmer zum Arbeitstag geworden sind." Die einzelnen Gruppen überschneiden sich zum Teil stark: Fast 68% der Nachtarbeiter arbeiten in Schicht und fast 63% außerdem sonn- und feiertags. Branchenspezifisch läßt sich sagen, von Nacht- und Schichtarbeit mehr betroffen sind produzierendes Gewerbe und öffentlicher Dienst/Verkehr; von Wochenendarbeit öffentlicher Dienst/Verkehr, Land- und Forstwirtschaft sowie der Handel.

Der Umfang von Schicht- und Nachtarbeit nimmt bei wachsender Betriebsgröße zu: Betriebe bis 100 Beschäftigte 9%, 100 bis 500 11%, mehr als 500 Beschäftigte 35% der Lohnabhängigen in Nacht- und Schichtarbeit. Im EG-Vergleich nimmt die BRD zu ihren Hauptkonkurrenten die Spitzenposition bei der Ausdehnung von Nacht- und Schichtarbeit ein. Belgien und Luxemburg liegen wohl wegen des hohen Kohle- und Stahlanteils in ihrer Industrie noch darüber. Aus demselben Grund sind die Daten für NRW wohl etwas höher als im Bund.

Durch Auswertung von Umfrageergebnissen stellt die Untersuchung fest: 66% der Schichtarbeiter und 57% der Nachtarbeiter lehnen Nachtarbeit ab. Sonn- und Feiertagsarbeit wird zu 95% abgelehnt. Die Autoren drücken vornehm aus: "Eine Akzeptanz der Arbeitnehmer ist daher für eine Ausweitung der Nacht- und Wochenendarbeit zur Zeit nicht gegeben." Gewerkschaftliche Forderungen zur Eindämmung von Nacht- und Wochenendarbeit würden wohl kaum auf Desinteresse stoßen. – (wok)

Hafenstraße Hamburg

"Aber unsere Köpfe werden sie nicht kriegen"

Hamburg. Seit Oktober sehen sich die Bewohner der 1981 besetzten und später mit befristeten Mietverträgen überlassenen Häuser der Hafenstraße ständigen Terroreinsätzen von Hundertschaften der Polizei gegenüber. Einwohnermeldeamt, Baubehörde, Sozialamt, Polizei, Elektrizitätswerke und SAGA hat die Staatsgewalt zu brutal abgestimmten Angriffen zusammengefaßt. Die Bewohner sehen diese Angriffe als Teil einer bundesweiten, ländermäßig abgesprochenen Vernichtungsstrategie gegen die "unbequeme Linke", wie sich in fast zeitgleichen Polizeiaktionen in Köln, Düsseldorf, Bochum, München und Göttingen gezeigt hätte.

Angesichts von 4600 Zwangsräu-

Genehmigung. Ende November nun der zweite Räumungsversuch. Wir hatten vorher schon Widerspruch eingelegt. Das Gericht hat dem Widerspruch während der Räumung der ersten Wohnung stattgegeben. Sie haben aber trotzdem weitergeräumt. Obendrein sind sie in faschistischer Manier durch fast alle anderen Wohnungen getobt, haben komplett Wände und Wasserleitungen rausgerissen, haben einer Katze den Unterkiefer mit einem Fußtritt gebrochen, den Leuten CS-Gas in die Betten gesprüht, so daß am nächsten Tag ärztlich attestierte Gesichtsverätzungen vorgekommen sind. Dann haben sie CS-Gas in Bacardi- und Rumflaschen gesprüht. Wir sind aus den Häusern gegangen, um

ben' heißt für uns z.B., daß wir an den Häusern arbeiten, so wie wir das wollen und nicht, wie irgendwelche Behördenärsche das wollen, und daß wir versuchen, uns eine gemeinsame politische Linie zu erarbeiten. Eines ist nach den Erfahrungen für uns klar: Die Bullen haben in den Häusern nichts zu suchen. Wenn einer von uns durch Bullen oder Behörden angegriffen wird, stehen wir alle zusammen.

Im Zusammenhang mit behördlich unterstützten Angriffen der Skins auf unsere Häuser ist das 'Störtebeker-Zentrum' entstanden. Viele Leute, u.a. türkische Jugend-Gangs und Genossen, sind damals zur Verteidigung gekommen. Da haben wir dann einen Versammlungsraum eingerichtet – das 'Störtebeker-Zentrum'. Veranstaltungen über den palästinensischen Widerstand, den britischen Bergarbeiterstreik, die Kämpfe in Nordirland und dem Baskenland haben hier stattgefunden. Wir organisieren auch Discos, auf denen für unsere Knastkasse gesammelt wird. Wenn du im Kampf gegen den Staat stehst, mußt du immer öfter Geldstrafen und Schlimmeres riskieren. Wenn es nur durch 'Freikauf' möglich ist, Verhaftete aus dem Knast zu kriegen, kommen schon mal schnell 1000 DM zusammen, obwohl viele nur Sozialhilfe kriegen. Wir organisieren auch öfters gemeinsam Frühstück. In der 'Volksküche' gibt's für zwei Mark warmes Essen.

Mit Bücherei, Kirche und anderen Institutionen haben wir ein Straßenfest durchgeführt. Wir arbeiten mit einem Stadtteil-Plenum verschiedener Stadtteil-Initiativen, wo Sanierungsprobleme und Stadtteilfragen besprochen werden.

Trotz verschiedener Besetzungen des Sozialamtes zahlen sie jetzt einige Bewohnern ihre Sozialhilfe nicht mehr. Sie haben bei einigen die Miete mehrere Monate nicht mehr an die städtische Wohnungsgesellschaft SAGA bezahlt und damit erst den juristischen Vorwand für Zwangsräumungen geschaffen. Für uns sind das einfach Schweine, wenn dir deine Wohnung unter Arsch weggeklaut wird, die Bullen sich auch noch persönlich bereichern mit dem Wenigen, was du eh nur hast, und den Rest zertrümmern.

Bei dem Druck, den sie auf Arbeitslose und Arbeiter ausüben, versuchen sie, eine Solidarisierung zu verhindern. Hafenstraße ist aber ein Beispiel dafür, daß man solidarisch handeln kann gegenüber den Behörden, daß man sich durch Zusammenschluß einen einigermaßen Lebensstandard erhalten kann. Daß man sich Lebensmittel zusammen organisiert, daß man Werkzeuge, Autos und anderes miteinander teilt. Daraus wächst eine größere Kampfgeschlossenheit gegenüber dem System. Diese Ansätze wollen sie jetzt durch die totale Räumung zerstören. Aber unsere Köpfe werden sie nicht kriegen!"



mungen 1985 in Hamburg ist dem Senat jeder Widerstand gegen Luxussanierung ein Dorn im Auge. – (mj)

"Also, sie wollen, daß wir zum Dezember raus sind. Weil sie das wahrscheinlich auf der juristischen Ebene nicht schaffen, versuchen sie es auf der militärischen – Zermürbungsstrategie. Den konkretesten Ausdruck fand das im Oktober, als die 'Gerüsttage' bei uns waren. 'Gerüsttage' deswegen, weil wir eine Fassadenwand neu verputzt haben und uns vorher die Bullen das Gerüst geklaut haben. Wir haben dann ein anderes Gerüst aufgebaut und die Wand fertiggemacht. Danach sind sie gekommen und haben die Wand schwarz übergemalt und sämtliche Türen rausgerissen, um hier immer 'sturmfreie Bude' haben zu können. Ende Oktober war dann eine Teilräumung. Sechs Wohnungen wurden geräumt, teilweise ohne gerichtliche

den Widerstand in die Stadt zu tragen. Ich weiß nicht, was uns widerfahren wär', wenn wir hier geblieben wären. Weil sie hier keinen angetroffen haben, haben sie Passanten in Lederjackets zusammengedroschen. Also eindeutig faschistische Methoden.

Seit der Polizeiüberfälle hat sich die Solidarität mit uns stark verbreitert. Kollegen der Hamburger Hafen- und Lagerhaus AG führten ein Gespräch mit uns, Nachbarn machen Info-Stände im Stadtteil. Es kam Unterstützung von Seiten der evangelischen Kirche, des Hamburger Schülerrates und der verschiedenen ASTEN von Universität und Hochschulen. In den acht Häusern wohnen etwa 100 Leute, darunter Mieter, die schon 30 Jahre hier wohnen. Die meisten sind Schüler, Auszubildende, Jungarbeiter und massenweise Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger. 'Selbstbestimmt le-

Asylpolitik

Stuttgart setzt neue Maßstäbe für die Armen

Stuttgart. Nach dem Zuweisungsgesetz der Landesregierung muß die Stadt Stuttgart bis Ende des Jahres über 2400 Asylbewerber aufnehmen. Die Unterbringung der Flüchtlinge wurde von OB Rommel und den Verwaltungsbehörden als ein nahezu unlösbares Problem behandelt. Trotz reger Bemühungen habe man keine "geeigneten" Unterkünfte finden können. Deshalb sei man gezwungen gewesen, die Flüchtlinge zu dritt oder zu viert in 15 qm großen Kunststoffkästen zusammenzupferchen.

Zum Stichtag 30. Juni 1980 lebten in Stuttgart 6257 Asylbewerber, Ende November dieses Jahres waren es 2413, also rund zwei Drittel weniger als 1980. Über 800 Wohnungen stehen in Stuttgart leer (Inge Utzt, SPD). Wieso gibt es also auf einmal ein Problem? Die Betonung bei dem "Unterbringungsproblem" der Stadt liegt auf "geeignet". Seit 1980 sollen nach einem Erlass der Landesregierung die Asylbewerber möglichst in Sammellagern untergebracht werden, gibt es in Baden-Württemberg Sozialhilfe nur noch in Form von Sachleistungen und Taschengeld und gilt bundesweit das Arbeitsverbot für Asylbewerber. Um diese Bedingungen und weitere Vorschriften des Asylverfahrensgesetzes und entsprechender Verwaltungsvorschriften auf Landesebene, wie z.B. die Residenzpflicht im Kreisgebiet, einhalten zu können, ist eine ständige Überwachung und uneingeschränkte Kontrolle der Flüchtlinge unabdingbar. Diese ist am besten in überschaubaren Sammelunterkünften, wie sie in Stuttgart die Containerlager oder auch die geplanten Barackenlager darstellen, gewährleistet. Außerdem erleichtert diese Form der Unterbringung eine schnelle und reibungslose Abschiebung.

Obwohl die Kommunen nicht zu einer Sammelunterbringung verpflichtet sind, will die Stadt jetzt an insgesamt sieben Standorten Barackenlager errichten. Dieses "Fertigbauten"-Konzept wird auch von SPD und Grünen unterstützt, obwohl sich die Lebensbedingungen darin kaum von denen in den berüchtigten Sammellagern des Landes unterscheiden werden. 24 bis 30 Personen sollen in so einem Holzbau mit mehreren Zweibettzimmern, einem Aufenthaltsraum, einem Eßraum und einem Büro für die Sozialarbeiter zusammenleben. Darüberhinaus sind bei den städtischen Behörden Überlegungen im Gange, diese Bauten später zur Unterbringung von Räumungsschuldern, Nichtseßhaften und anderen sogenannten Problem-



gruppen zu verwenden. Wohnungamsleiter Gann denkt in diesem Zusammenhang schon über die Reduzierung der städtischen Notfallkartei für Wohnungssuchende nach. In der örtlichen Presse wird die Ansicht verbreitet, "ein Dach über dem Kopf, egal was für eines, ist besser als gar keines" (Stuttgarter Zeitung 4.11.86). Offensichtlich will man die reaktoriäre Asylpolitik auch nutzen, um die u.a. durch die systematischen Reduzierung des sozialen Wohnungsbaus entstandene Wohnungsnot einer Lösung zuzuführen, die die Wohnraumversorgungsansprüche auf ein absolutes Minimum beschränkt und einen wahren Elendsstandard festscheibt. – (rac)

Bäuerinnen

Soziale Sicherung ist mehr als dürftig

Schleswig. Die wirtschaftlich schwierige Lage für viele Landwirte wirkt sich auch immer mehr auf die Situation der Bäuerinnen aus. In der bundesdeutschen Landwirtschaft sind ca. 705000 Frauen ständig beschäftigt, das sind 72% aller ständig in der Landwirtschaft Beschäftigten, davon sind nur 8% Betriebsinhaberinnen und 92% Familienarbeitskräfte.

Vor allem in den Kleinbetrieben stehen viele der Frauen unter einem immensen Druck: Sie arbeiten auf dem Hof mit, erledigen den Haushalt, die Kindererziehung, müssen oftmals noch die Pflege der Eltern übernehmen und sollen dann noch die "guten Ratschläge" der landwirtschaftlichen Medien über zusätzliche Verdienstmöglichkeiten ('Brot backen, Blumen verkaufen...') umsetzen! Dazu kommt, daß ihr Beruf als Bäuerin nicht anerkannt ist und sie somit keinen eigenen Sozialversicherungs- und nur einen geringen Rentenanspruch haben. Die Bäuerin ist bei ihrem Ehemann als "mithelfende Familienan-

gehörige" mitversichert, obwohl sie genauso zum Einkommen beiträgt. Sie bekommt nur ein Drittel der Rente ihres Mannes, als Witwe nur einen geringen Teil der Rente ihres Mannes.

Anfang 1986 bejubelte der Deutsche Landfrauenverband (DLV), daß der sog. "Ehegattenzuschlag", nämlich 1/3 des gesamten Altersgeldes der Landwirte, der Frau nun auf ein eigenes Konto ausgezahlt wird, als großen Fortschritt. Früher wurde das Altersgeld immer auf das Konto des Ehemannes überwiesen. Mehr Geld ist es trotzdem nicht. Die Forderung des DLV, das Altersgeld je zur Hälfte an beide Ehepartner zu zahlen, ist bisher nicht verwirklicht.

Beim Mutterschutz für Bäuerinnen wird auch deutlich, daß sich der DLV zu sehr vom Bauernverband vertreten läßt. Während die Gewerkschaften für den Frauenarbeitsschutz gekämpft und z.B. die Schutzfrist von sechs Wochen vor der Geburt und acht Wochen danach sowie ein Mutterschaftsgeld durchgesetzt haben, haben die "mithelfenden Familienangehörigen" auf dem Hof keinen solchen Anspruch. In Schleswig-Holstein bekommen sie eine einmalige Zahlung von 100 DM sowie einen Pauschalbetrag von 100 DM, wenn sie sich regelmäßig haben untersuchen lassen. Mutterschaftsurlaub steht ihnen nicht zu, eine Haushaltshilfe nur unter bestimmten Umständen. Die Einführung des Erziehungsgeldes hat insofern für die Bäuerinnen zumindest eine finanzielle Entlastung gebracht. Die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft fordert hier, daß je zwei Monate vor und nach der Geburt wahlweise eine Haushalts- oder Betriebshilfe beansprucht werden kann sowie vergleichbare Leistungen für Bäuerinnen in Anlehnung an das Mutterschutzgesetz.

Quellenhinweis: abl-Bauernblatt 10.11/86, LKK-Broschüre S.-H., abl-Broschüre: Das Netz hat Löcher, FT 24.1.86 – (chi)



Ohne die Mitarbeit der Frauen könnten die meisten Höfe nicht existieren.

Werften

Gesundheitliche Schäden, Frühinvaliden, weniger Lohn – im Interesse für "unsere Arbeitsplätze"?

Kiel. Nachdem der Verband der Deutschen Schiffbauindustrie seine Pläne für den nationalen Schiffbau (Kapazitätsreduzierung, 10000 weniger Beschäftigte) vorerst gefaßt hatte, sah sich die Landesregierung Schleswig-Holstein verpflichtet, ein Gutachten über die Lage der schleswig-holsteinischen Werften in Auftrag zu geben.

Als Gutachter und Werftenkoordinator wurde der ehemalige Finanzminister Schleswig-Holsteins und Vorstandsvorsitzende der Landesbank Gerd Lausen eingesetzt. Er kommt in seinem Gutachten zu dem Schluß: Sechs Werften müssen dichtmachen.

4372 Angestellte und Arbeiter werden dabei arbeitslos. Bei den Werften handelt es sich um die Büsumer Werft mit 434 Beschäftigten (Konkurs und Versteigerung schon vollzogen), die Flensburger Schiffbaugesellschaft mit 1083 Beschäftigten (befindet sich in Konkurs), die Werft Nobiskrug in Rendsburg mit 1148 Beschäftigten (Konkurs auf Anfang nächsten Jahres verschoben durch Unteraufträge von HDW, Rettung über die Bundestagswahlen, Bundesfinanzminister Stoltenberg ist CDU-Direktkandidat im Kreis Rendsburg-Eckernförde), weiterhin die Lübecker Werften Flender, Schlichting und Orenstein & Koppel, die ihre Kapazitäten um 50% reduzieren sollen (sind 1259 Entlassungen) und im Verbund zusammenarbeiten.

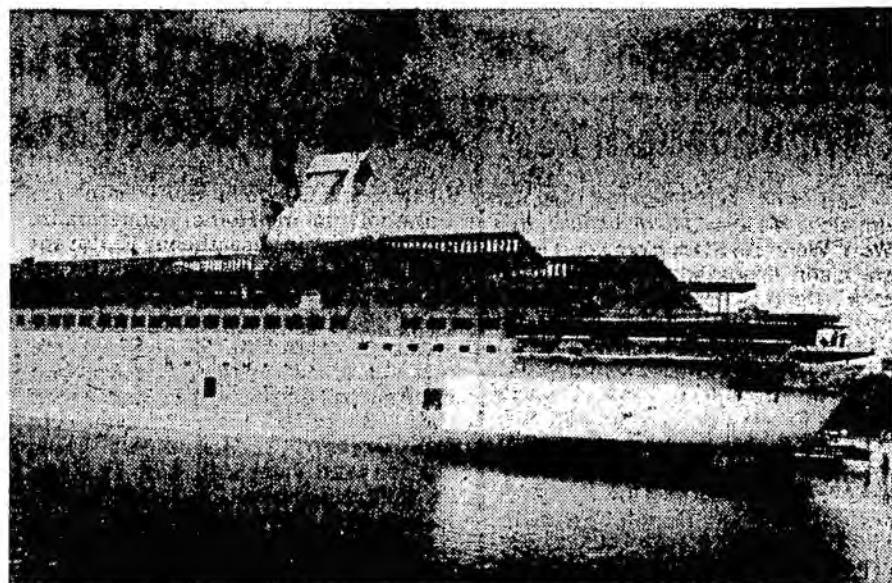
Bei den Howaldtswerken-Deutsche-Werft AG (HDW) sollten ebenfalls 932 Entlassungen notwendig sein. Für fünf weitere Werften, so Lausen in seinem Gutachten, Krögerwerft/Rendsburg, Husumer Schiffswerft, Hitzler/Lau-

enburg, Hugo Peters/Wewelsfleth und Lindenau/Kiel, wurden Überlebenschancen eingeräumt, aber nicht ohne finanzielle Hilfen des Landes. Dies entspricht auch den Forderungen der Werftkapitalisten.

Schon im Frühjahr hatte die Landesregierung die Harmstorf-Gruppe, zu der die Flensburger Schiffbaugesellschaft und die Büsumer Werft gehören, mit 30 Mio. DM unterstützt. Harmstorf hat dieses Geld eingestrichen und dabei die Arbeiter der Bü-

sollten ihm für die "Sicherung" der Beschäftigung auf der Werft dankbar sein. Die Dankbarkeit wird sich als Pferdefuß erweisen, der die Beschäftigten trifft.

Zum einen, weil mit den Aufträgen strategische Schiffbaukapazitäten für Fregatten und U-Boot-Fertigung aufrechterhalten werden, zum anderen, weil sich durch die Unterdeckung (die tatsächlichen Kosten können nicht realisiert werden) und die Kürze der Bauzeit die Arbeitsbedingungen wei-



"Astor II" für Südafrika, Produktionszeit um ein halbes Jahr verkürzt

sumer Werft noch um ihre Abfindungen betrogen.

Von dieser Situation soll HDW dem Anschein nach verschont bleiben. Während noch im September bis Oktober über ein Unternehmenskonzept geredet wurde und der Betriebsrat vergeblich versuchte, an dieses Konzept zu kommen, ist jetzt alles in Butter. Sämtliche Exemplare, die im Aufsichtsrat verteilt wurden und über die der Vorstand verfügte, und das Exemplar (zur persönlichen Einsichtnahme) des Betriebsratsvorsitzenden sind eingezogen und angeblich in den Reißwolf gewandert. Der vom Vorstand genannte Grund: Es gäbe in dieser Richtung keinen Handlungsbedarf, da sich die Unternehmenslage wesentlich verbessert habe.

Richtig daran ist, daß HDW den Auftrag für drei Container-Schiffe für die American-President-Line (APL) erhalten hat. Da sich angeblich Bundeskanzler Kohl bei seiner Amerika-Reise für diese Aufträge stark gemacht hat, könnte man der Meinung sein, die Arbeiter und Angestellten

ter verschlechtern.

In den letzten Jahren wurden vermehrt Aufträge mit Unterdeckung hereingenommen. So geschehen bei zwei Stück "Schiff der Zukunft" (SdZ) für die VR China und mehrere für die "Norasia"-Reederei. Bei diesem Schiff (SdZ) handelt es sich um eine Entwicklung von 40 Firmen unter der Federführung von HDW und der Finanzierung durch das Bundesforschungsministerium.

Gegenüber dem Vorgängertyp wurde bei dem "SdZ" die Produktionszeit um drei Monate gekürzt. Die Bundesbahnfähre "Carl Carstens" für die Vogelfluglinie wurde ebenfalls in Rekordzeit gebaut. Gleich um ein halbes Jahr wurde die Produktionszeit für das Passagierschiff "Astor II" (südafrikanische Reederei) gegenüber der "Astor I" verkürzt. Die Folgen davon: Auf der einen Seite zwischen den Aufträgen Kurzarbeit und auf der anderen Seite 40000 bis 90000 Überstunden im Monat. Einstellungen von bis zu 240 Beschäftigten im Zeitvertrag und bis zu 350 Beschäftigten im Leiharbeits-



verhältnis. Hier hat sich das Arbeitsförderungsgesetz für die Werftkapitalisten voll bezahlt gemacht.

Durch die zusätzlichen Arbeitskräfte wurde aber nicht der Druck der Arbeitsintensivierung von HDW-Beschäftigten genommen. Während im Programmlohnvertrag eine "zumutbare Dauerleistung" vereinbart ist, werden die Vorgabezeiten ständig gekürzt. Dieses hat zu einer Leistungssteigerung von 3 % geführt. Die Intensivierung bringt auch eine erhöhte Fehlerquote mit sich. Da die Abgabetermine für die Arbeiten unverändert bleiben, steigt sowohl die Arbeitsintensität als auch der Druck, die Arbeit in Überstunden fertig zu stellen. Auf der anderen Seite führt das dazu, daß das Programm, d.h. die Summe aller Arbeiten, nicht mehr in der kalkulierten Zeit durchgeführt werden kann. Nur indem der Programmführer (Kolonnenführer) zusätzliche Zeit für die Arbeiten beantragt, werden 100% Programmlohn erreicht.

Was aber meistens außer acht bleibt, ist der zeitliche Aufwand für die Arbeitssicherheit und Gesundheit.

So wurden z.B. auf der "Carl Carstens" Brenn- und Schweißarbeiten ausgeführt bei schon mit Teerfarbe konservierten Wänden und Decken. Die Folge war eine Rauchentwicklung, bei der die Sicht bei fünf Metern lag. Weder konnten die Fenster geöffnet werden noch über die Treppenhäuser das Schiffsdeck be- und entlüftet werden. Denn gleichzeitig wurden an der Außenhaut Sandstrahlarbeiten durchgeführt.

Im Eisenbahndeck wurden Farbspritzarbeiten durchgeführt, so daß die Lösungsmitteldämpfe in die oberen Decks zogen. Die Folge davon waren etliche Augenreizungen, Übelkeit, Erbrechen, und das über mehrere Tage. Selbst durch massive Beschwerden bei der Arbeitssicherheit und beim Betriebsrat änderte sich auf Dauer nichts. Dies ist nur ein kleiner Ausschnitt aus der Palette der Verletzungen der Arbeitssicherheit und Gesundheitsgefährdung.

Eine kollektive Veränderung dieser Situation ist nicht in Sicht. Ihre Ursachen liegen in den chauvinistischen

Positionen wie sie in dem untenstehenden Kasten dokumentiert sind. Mit "Hauptsache Arbeit" und "Arbeitsplätze erhalten" wird der einzelne Arbeiter und Angestellte erpreßbar, Arbeitsbedingungen anzunehmen, um "seinen Arbeitsplatz" nicht zu gefährden.

Diese Position hat in diesem Jahr erstmals auch dazu geführt, daß die Arbeiter die allgemeine Tariflohnernhöhung nur auf 80 % statt auf 100 % Programmlohn erhielten. Als einzige der im Betrieb tätigen Parteien, die nicht in nebenstehendem Kasten erwähnt ist, nimmt sich die KPD aus. Sie bezieht Stellung gegen den Schiffbau im nationalen Interesse. Sie fordert Lohnerhöhungen und menschenwürdige Arbeitsbedingungen. Soweit positiv, sie versucht aber mit Forderungen wie "Arbeit für alle" und "Erhaltung der Arbeitsplätze", den sozialdemokratischen gewerkschaftlichen Konsens zu wahren. Eine publizistische Tätigkeit in Richtung Lohn und menschenwürdige Arbeitsbedingungen wäre aber möglich. —(mes)

Positionen zur Werftkrise

CDU-Bundestagskandidat Uwe Greve vor den Bundestagswahlen: "Die nationale Schiffbaupolitik muß dafür sorgen, daß ein wichtiger Anteil beim Bau von hochtechnisierten Handelsschiffen in der Bundesrepublik Deutschland verbleibt. Als eine der größten Handelsnationen der Erde kann es sich die Bundesrepublik Deutschland nicht leisten, auf einen so bedeutenden Industriezweig zu verzichten ... Es ist völlig unverständlich, daß sich Teile der SPD gegen den Marineschiffbau aussprechen. Die Durchsetzung dieses Ziels würde das Ende für die Howaldt-Werft bedeuten. Die CDU setzt sich mit Nachdruck für die Erhaltung dieser Arbeitsplätze ein. Daß beim Marineschiffbau die Bundesgesetze streng beachtet werden müssen, ist selbstverständlich!"

Die SPD-Landtagsfraktion fordert: Zukunft für die Küste – Arbeit für die Menschen. "Zur Erhaltung von Werftarbeitsplätzen und zur Schaffung alternativer industrieller Fertigung auf den Werften und an den Werftstandorten rufen wir Bund und Land auf, kurzfristige Maßnahmen zu ergreifen: Vorübergehende Auftragshilfen, Umstrukturierungsinvestitionen auf den Werften, Unterstützung von Forschung und Entwicklung, Ausbau von Arbeitsbeschaffungs-, Umschulungs- und Fortbildungsmaßnahmen, Beteiligung an

Vorruhestandsregelungen und Sozialplänen, lokale Beschäftigungsinitiativen an den Werftstandorten."

DKP: "Noch stehen unsere Werften. Nachdem die Eigner sie jahrelang ausgequetscht haben, wollen sie sie nun wie Ballast über Bord werfen. Das dürfen wir im Interesse der zukünftigen Entwicklung unseres Landes, im Interesse unserer Kinder nicht zulassen. Kampf um jeden Werftarbeiterplatz, Kampf um jeden Werftstandort..."

Jan Roschmann, DKP, Betriebsrat HDW: "Solange wir uns zu den seefahrenden Nationen rechnen, solange wird Schiffbau nötig sein. Außerdem hat unser Land in der Zukunft weiter umfangreiche Maßnahmen im Bereich des Umweltschutzes und der maritimen Forschung zu leisten. Zu allen



Arbeitsbedingungen und Lohn sind kein Thema.

Zeiten haben Arbeiter auf den Werften an unseren Küsten bewiesen, daß sie mit den höchsten Anforderungen der Zeit fertig werden."

DKP-Betriebszeitung "Werft-Echo": "Vorneweg gesagt, begrüßen wir jeden Auftrag zum Bau von Handels Schiffen, schließlich war das ja immer die Forderung der Belegschaft ... Für den Erhalt des Handelsschiffbaus und den Ausbau der alternativen Fertigung. Für den Erhalt aller Arbeitsplätze und der Ausbildungsplätze auf HDW."

IGM-Bezirksleitung Hamburg zum Beschuß der Wirtschaftsminister/Senatoren vom 28.8.86: "Maßnahmen, die der Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit und der Sicherung der Arbeitsplätze im Schiffbau dienen, werden von der IG Metall grundsätzlich begrüßt. Aber die Hilfen müssen so angelegt sein, daß sie das Auftragsvolumen insgesamt und nicht nur die Förderung bestehender bzw. die Förderung schon beantragter Aufträge erhöhen."

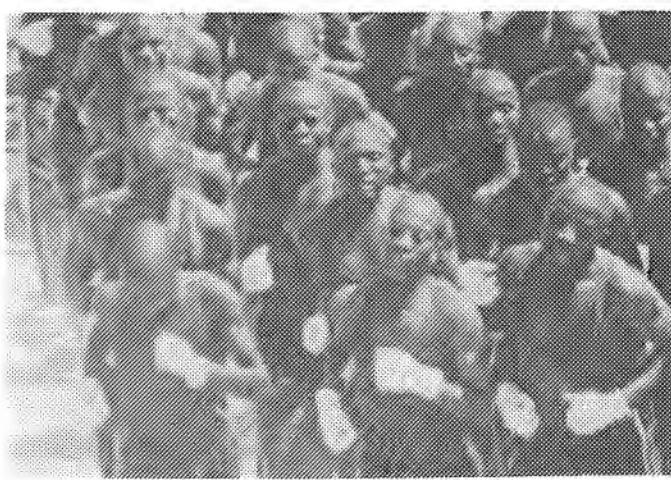
IGM-Werftkonferenz: "Zusammengefaßt kann nach der Auffassung der IG Metall eine auch langfristig erfolgreiche Sicherung von Arbeitsplätzen auf den Werften nur erfolgen, wenn 3. Maßnahmen zum Erhalt eines relevanten Schiffbauanteils auf den Werften ergriffen werden, wenn 4. ein Beschäftigungsprogramm für die Küstenregion aufgelegt wird, wenn 5. Arbeitszeitverkürzung zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen erreicht wird."

Einstellungen bei Metall: 50% befristet
 Im Bereich der IG Metall sind inzwischen 50% der Neueinstellungen befristet. Darauf wies der stellvertretende DGB-Vorsitzende Muhr hin. Im vergangenen Jahr meldeten sich insgesamt 400000 Lohnabhängige wegen der Beendigung eines befristeten Arbeitsverhältnisses arbeitslos. Die Zahl der Zeitverträge stieg 1985 gegenüber dem Vorjahr um 53 Prozent, die der Leiharbeitsverhältnisse um 60 Prozent. Das sind Ergebnisse des Beschäftigungsförderungsgesetzes, dessen weitere Verlängerung die Kapitalistenverbände fordern. – (gba)

Mehr Studenten aus der Bourgeoisie

Der Anteil der Studenten, die direkt aus der Bourgeoisie oder den sehr gut verdienenden Teilen der Mittelschicht kommen, ist gestiegen, der Anteil der Studenten, die ihr Studium durch BAFöG finanzieren, ist gesunken. Dies ist zusammengefaßt das Ergebnis der neuesten Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerkes (DSW). Der Anteil der Studenten aus der "hohen Herkunftsgruppe" ("Angestellte aus gehobenen Positionen, höhere Beamte und Selb-

ständige") ist seit der letzten Sozialerhebung im Jahre 1982 um 4% gestiegen, während der Anteil der Arbeiterkinder an den 1,26 Millionen Studenten mit 18% konstant geblieben ist. Der Anteil der BAFöG-Bezieher ist um zehn Prozent gesunken. 1982 bezogen noch 37,1% aller Studenten BAFöG, 1985 waren es nur noch 27%. 1982 bezogen von den Studenten aus Arbeiterfamilien 61% BAFöG, 1985 waren dies nur noch 49%. Das DSW vermutet, daß auf Grund der Umstellung des BAFöG auf Volldarlehen, viele gar nicht mehr anfangen zu studieren, bzw. keinen Antrag stellen würden und das Studium durch Jobs finanzierten. – (rub)



Südafrika/Azania: 115 schwarze Polizisten wurden am 30. Oktober 1986 in der Wohnsiedlung Kathlehong (Johannesburg) verhaftet, als 300 schwarze kommunale Polizisten während ihres Streiks vor der Verwaltung des Townships für eine Gehaltserhöhung auf 400 Rands demonstrierten. Das war der dritte Streik von Township-Polizisten in diesem Jahr. Die 115 Polizisten waren nach Zeitungsmeldungen noch Ende November weiterhin in Haft unter der Anklage des Aufruhrs. Insgesamt hat das Siedlerregime 6000 Schwarze als Township-Polizisten unter der Führung weißer Offiziere eingestellt. Bild: Schwarze Polizisten während der Ausbildung. – (gba)

Aktion gegen Ladenschlußänderung

Karlsruhe. Am Samstag, den 29.11.86, führte die HBV-Karlsruhe einen Stand und Flugblattaktionen vor und in allen großen Kaufhäusern zum 30jährigen Bestehen und gegen Änderung des Ladenschlußgesetzes durch. Im Kaufhaus "Schneider und Kleiber" trug das gesamte Verkaufs- und Kassenspersonal die Plakette "18.30 Feierabend – keine Minute länger". Das Flugblatt veröffentlichte die Stellungnahmen der Bundestagsabgeordneten zum Ladenschluß: CDU-Ruf und SPD-Hämmerle für Beibehaltung, FDP-Rollecke für flexible Ladenöffnungszeiten. – (rub)

Streik für Anschluß an Tarifverträge

Günzburg. In letzter Minute vor Streikaufruf (Urabstimmungsergebnis 91%) wurde zwischen der IGM und der Geschäftsleitung der Mengelé-Firmen am 16.11. ein Werktarifvertrag unterzeichnet, der nach einer Übergangszeit voll an die bestehenden Tarifverträge anschließt. Mengelé war im April 1986 aus dem Arbeitgeberverband ausgetreten, was für die Beschäftigten einen Verlust von sechs Lohnbestandteilen (bis zu 200 DM unter Tariflohn) zur Folge hatte.

Der vierte Mengelé-Betrieb, Günz-Guß, wurde während der Auseinandersetzungen klammheimlich an neue Geschäftsinhaber veräußert. Die 80 Beschäftigten der Firma haben in der Urabstimmung zu 100% mit Ja gestimmt und strei-

ken seit dem 1.12. Am 3.12. antwortete der neue Geschäftsführer mit Ausspernung und ließ verlauten, daß er vor dem 15. Dezember nicht verhandeln könne. Die betriebliche Auftragslage ist schlecht. Die Streikfront steht weiterhin. – (evd)

Tarifabschluß Brauereien Bayern

München. Die Gewerkschaft NGG hat für die Brauereien in Bayern folgenden Tarifabschluß ausgehandelt: Ab 1.11.86 4,14% Lohn- und Gehaltserhöhung, für Oktober '86 einen Festbetrag von 115 DM. Auszubildende im 1. Lehrjahr erhalten 15 DM und im 2. und 3. Lehrjahr 20 DM pro Monat mehr. Laufzeit bis 30.9.87. Der Abschluß erfolgte nach einer Urabstimmung, bei der die gut organisierten Brauer in München gegen die Annahme eines Schlichtungsspruches (3,95% und 115 DM Einmalzahlung) stimmten. Ein Brauereiarbeiter verdient in Bayern 241 DM weniger als in NRW. – (acr)

4,4 %-Tariferhöhung bei Preussag AG

Goslar. Rückwirkend zum 1.11.1986 hat die IG Metall im Bereich Metall der Preussag AG einen um 4,4% erhöhten Haustarifvertrag bis zum 30.9.87 abgeschlossen. Für Oktober wurde eine Einmalzahlung von 190 DM vereinbart. Die Erhöhung beträgt für einen mit 20 Punktwerten durchschnittlich eingestuften Arbeiter ca. 100 DM brutto im Monat. Die Ausbildungsvergütungen werden nur um 25 DM, d.h. um 3,3 bis 4,1%, erhöht. – (mio)

Ausländerkulturtage

Forderungen an die Stadt München

München. Vom 1.12. bis 6.12. fanden die Ausländerkulturtage statt, die von der Filmgruppe Skepsu und dem Ausländerkulturforum mit Unterstützung des Sozial- und Kulturreferats der Landeshauptstadt München und der DGB-Jugend, des Internationalen Jugendzentrums Haidhausen, der Initiativgruppe zur Betreuung ausländischer Kinder, des Griechischen Hauses Westend, des Griechischen Filmforums e.V., der Polikunst München, des türkischen Theatervereins am Theater der Jugend und des türkischen Volkskulturzentrums organisiert wurden. Die Veranstalter umschreiben die Ausländerkultur – das ist Kunst, die von hier lebenden ausländischen Künstlern und Kulturgruppen gemacht wird. Theater, Film, Lyrik, Musik, Literatur, Malerei auf Italienisch, Deutsch, Griechisch, Türkisch, für Einheimische und Zugewanderte. Abschließend fand eine Podiumsdiskussion statt mit den Schwerpunktthemen "Kommunalpolitik und Ausländerkulturarbeit" und "Chancen und künftige Ausrichtung der Ausländerkulturarbeit". In der "Plattform des Ausländerkulturforums München" heißt es hierzu:

"Das Ausländerkulturforum ist Ausdruck des erwachsenen Selbstbewußtseins der Vertreter der Minderheitenkultur der Arbeitsimmigranten, die die Definition dessen, was als 'förderungswürdige' Kultur zu gelten hat, nicht mehr der staatlichen und kommunalen Kulturverwaltung allein überlassen wollen.

Wenn überhaupt, wurde Ausländerkulturarbeit bisher nur als Förderung der folkloristischen Tradition – und dies nur unzureichend – betrieben.

Alternative Ansätze zu einer qualifizierten Ausländerkulturarbeit in den letzten Jahren sollen nicht geleugnet werden.

Diese Tendenzen sind aber abhängig von den Gnaden eines bisher demokratisch nicht legitimierten und im Bereich der Kulturarbeit überforderten Ausländerbeirates sowie von der zufälligen Qualifikation und dem Spürsinn der Kulturverwaltung.

Das Ausländerkulturforum möchte die Kulturarbeit demokratisieren. Es will den Slogan der progressiven Kulturarbeit – 'Kultur für alle' – auch auf die Ausländer dieser Stadt angewandt wissen.

Demokratisierung schließt Mitbestimmung genauso ein wie das Prinzip der Tolerierung eigenständiger kultureller Ausdrucksformen..."

Zur Durchsetzung dieser Interessen hat das Ausländerkulturforum einen Forderungskatalog an die Stadt München gerichtet, der im weiteren dokumentiert ist:

1. Zur Verbesserung der Mitbestimmungsmöglichkeiten der ausländischen Selbstorganisationen und der ausländischen Kulturschaffenden soll beim Kulturreferat ein aus diesen zusammengesetztes Beratungsgremium geschaffen werden. Das Kulturreferat soll darin mit allen wichtigen Abteilungen vertreten sein.

2. Gleichbehandlung der Ausländer in der Kulturarbeit der Kommune bedeutet auch, daß die Ausländerkulturarbeit nicht in einen Sonderbereich abgeschoben wird, eine globale Sonderförderung erhält und von den allgemeinen Fördermöglichkeiten ausgeschlossen bleibt. Ausländerkulturarbeit muß zu einer Querschnittsaufgabe des gesamten Kulturreferates werden.

Konkret heißt dies

– Einbeziehung der ausländischen Kinder und Jugendlichen in die außerschulischen Kultur- und Freizeitangebote,

– Förderung der ausländischen Vereine aus dem allgemeinen Vereinstopf,

– Einbeziehung ausländischer Künstler in das kommunale Förderungsprogramm (Preise, Stipendien, Raumzutei-

lung, Projektförderung),

– Öffnung der etablierten städtischen Kultureinrichtungen für ausländische Künstler und stärkere Berücksichtigung der Kultur der Immigrationsnationalitäten bei der Programmgestaltung,

– Werbung in den wichtigsten Sprachen für Teilnahme an Kulturangeboten der Stadt,

– Berücksichtigung von Ausländern bei der Besetzung von Positionen in den kulturellen Einrichtungen und in der Kulturverwaltung.

3. Erhöhung des gesamten Förderungsvolumens für die Kulturarbeit.

4. Bevorzugte Förderung der freien Initiativen und Selbstorganisationen, die bisher gegenüber den etablierten Trägern der Ausländersozialarbeit, den großen Verbänden, benachteiligt wurden.

5. Keine Aufblähung der spektakulären Großveranstaltungen auf Kosten der kontinuierlichen dezentralen bzw. der von den Selbstorganisationen und den ausländischen Künstlergruppen getragenen Aktivitäten.

6. Bevorzugung der regionalen Kulturszene gegenüber dem Kulturimport aus dem Heimatland.

7. Erarbeitung eines Konzepts zur qualitativen Verbesserung des Kultauraustausches mit den Herkunftsändern (z.B. denkbare Kriterien: Authentizität der Volkskultur, innovativer Charakter der neueren Kultur).

8. Errichtung zentraler nationaler Kulturzentren und Begegnungsstätten.

9. Offnung der soziokulturellen Einrichtungen der Stadtteile für Ausländer durch Einbeziehung der Vereine und Einsatz ausländischer Sozialarbeiter und Künstler (Freizeitheime, Seniorencentren, Kulturläden, Bürgerhäuser, Stadtbibliotheken, VHS-Filialen usw.).

10. Förderung der musischen Erziehung und musischen Entwicklungsmöglichkeiten von ausländischen Kindern bzw. talentierten Laien.

11. Förderung und Initiierung von interkulturellen Lernanstößen in Kindergärten und Schulen in Verbindung mit außerinstitutionellen Möglichkeiten. – (dil)



Ende 1985 waren von den 1,281 Mio. Einwohner Münchens 203953 Einwohner ausländischer Nationalität (15,9 %). Davon werden 113790 (13,6 %) als sozialversicherungspflichtige Beschäftigte in der Statistik geführt. Fast ein Drittel der im Baugewerbe beschäftigten Arbeiter sind Ausländer. Überproportional sind die ausländischen Lohnabhängigen auch im verarbeitenden Gewerbe mit über 17 Prozent Anteil und bei den Dienstleistungen mit über 14 Prozent vertreten. Schon seit über zehn Jahren wird von einer Vielzahl von ausländischen Organisationen die Direktwahl des Ausländerbeirates in München gefordert. Eine Abstimmung im Ausländerbeirat erbrachte ein 16:12 Ergebnis für die Gegner der Direktwahl – insbesondere DGB und Caritasverband. Daraufhin sind jetzt eine ganze Reihe von Ausländerbeiräten zurückgetreten und fordern vom Stadtrat die Durchführung von Direktwahlen.

"Hannah und Ihre Schwestern"

Das Glück der Mittelklasse im Familienkreise



Hannah und Holly bei den letzten Vorbereitungen zum traditionellen Familienfest am Erntedank.

Wozu diese vielen Fragen nach dem Sinn des Lebens, das Suchen nach Wahrheit – ich lebe doch nicht schlecht, ich sollte es genießen. Das ist die Konsequenz, die der Fernsehproduzent Mickey in dem amerikanischen Film "Hannah und ihre Schwestern" zieht. Kurz danach heiratet er und wird Vater.

Mickey ist eine der Hauptfiguren in dem Familienstück. Woody Allen behandelt die Ehen bzw. Beziehungen der drei Schwestern und ihrer jeweiligen Männer, die sind Fernsehproduzent, Anlageberater, Maler, Architekt, Hochschullehrer. Geld spielt kaum eine Rolle, hat Holly keins, lehnt ihr Hannah selbstverständlich größere Summen. Auch den Kindern, sofern vorhanden, scheint es gut zu gehen. Da die Lebensbedingungen aller Beteiligten günstig sind, die Stadt New York adrett daherkommt, das Geld reicht usw., können sich vor allem die Männer mit Wonne dem Problem der privaten Selbstverwirklichung widmen.

Die dabei beschrittenen Wege reichen von der Liebesaffäre mit der Schwägerin bis zum Eintritt in die katholische Kirche. Aber sie scheitern ausnahmslos und enden schließlich im Schoß der Familie, der eigentlich Erfüllung.

Woody Allen hat einen leichten, zum Teil heiteren

Film gemacht. In wesentlichen Teilen polemisiert er dabei gegen andere (nicht-familiäre) Lebensformen und Auffassungen, gegen Politik und Philosophie, kurz alles was das oberflächliche Mittelklassenglück stören könnte.

Zwei Beispiele: Der Maler Frederick fristet ein introvertiertes Künstlerdasein und weigert sich, Bilder an Ignoranten zu verkaufen. Er predigt seiner Freundin Lee dabei andauernd Erkenntnisse über politische und künstlerische Probleme (heiratet sie aber, trotz ihres Wunsches, nicht). Erleichtert nimmt der Zuschauer auf, wie sich Lee von diesem Menschen abwendet, um mit ihrem Schwager Elliott (Anlageberater) ein zumindest sexuell befriedigendes Hotelzimmer-Verhältnis zu beginnen. Aber auch das verspricht kein dauerhaftes Glück, sie heiratet ihren Literaturprofessor.

Holly, eine der drei Schwestern, ist als Schauspielerin erfolglos und steht ständig im Schatten der Schwester, beginnt zu schreiben, hat Erfolg – ist aber erst wirklich zufrieden, als Mickey sie heiratet und sie schwanger wird. Ihre früher gepflegten Vorlieben für Rockmusik und Kokain findet sie inzwischen "schrecklich".

Woody Allen kokettiert mit der reaktionären Ge-

samtansage: "Mich macht der Einspielerfolg meines Films ganz nervös. Vielleicht stelle ich nichts mehr in Frage, fordere niemanden mehr heraus, bestätige unbewußt Vorurteile oder Lebenseinstellungen, die ich rational ablehne." Mag er sie rational ablehnen – Hol-

lywoods Filmemacher wissen, was sie ihrem Publikum schuldig sind: Eine besondere Art Spießigkeit, und das in einer Zeit, wo die Reaktion Fortschritte macht. Diese Spießigkeit angenehm zu verpacken, darin besteht zweifellos Allens Kunst. – (hef)

Fritz Lang

Verbrecher und Mörder suchen einen Unschuldigen

"M – Eine Stadt sucht einen Mörder", einen Kindermörder. Die Polizei tritt bei den Ermittlungen auf der Stelle und versucht durch penible empirische Untersuchungen voran zu kommen. Nach einem weiteren Mord verstärkt die Polizei ihre Fahndung, fängt aber nur kleinere und größere "normale" Verbrecher. Diese, nun aufs äußerste eingeschränkt in ihrer Bewegungsfreiheit, beschließen den Mörder auf eigene Faust und mit ihren eigenen Methoden zu fangen. In einem Wettlauf zwischen Unterwelt und Polizei, sind die Gangster immer einen Schritt schneller, es gelingt ihnen den Mörder der Polizei vor der Nase wegzu schnappen, und es kommt zum Prozeß, ganz nach den Regeln der ehrbaren Welt, mit Richtern, Verteidiger und Öffentlichkeit. Letztlich obsiegt die Polizei und "rettet" den Mörder vor den lynchwütigen Unterweltlern, um ihn von den "echten" Richtern zum Tode verurteilen zu lassen. "M" ist eine cineastisch perfekt gestaltete Anklage gegen die Todesstrafe. Die Mörder

suchen einen Mörder. Die absolute Unmoral des Mörders hebt die Unmoral der Mörder auf. Bettler und Taschendiebe sind die Exekutive, Mörder und Räuber sind die Judikative. Rasante Szenenfolgen und Schnitte lassen die Unterschiede völlig verschwinden. In den beiden Schlußszenen gipfelt die Gleichung "Staatsapparat = Verbrecher" mit den Worten



des Richters "Im Namen des Volkes ergeht folgendes Urteil...", Schnitt, eine Mutter: "Das macht mir mein Kind auch nicht wieder lebendig." – (kab)

Fernsehen

ZDF-Hearings zur Unterstützung der Regierungspolitik

Das ZDF veranstaltet vor den Bundestagswahlen eine "Hearing"-Reihe, in der Redakteure Vertreter der Parteien im Bundestag über die Vorhaben der Bundestags-Parteien nach den Wahlen befragen. Zum Thema Sozial- und Wirtschaftspolitik konnten sich am 4.12. Nor-

bert Blüm (CDU), Theo Waigel (CSU), Otto Graf Lambsdorff (FDP), Anke Fuchs (SPD), und Rainer Trampert (GRÜNE) erklären. Die Redakteure stellten den Parteienvertretern unterschiedliche Fragen, so daß sich die Vertreter von CDU, CSU, FDP und SPD

zwar zu ihren Vorstellungen über die Änderungen der Sozialversicherungen auslassen konnten, die Grünen jedoch Mühe hatten, ihre Auffassungen dazu überhaupt darzulegen. Eine grundlegende Übereinstimmung unter den staatstragenden Parteien war: eine Grundbedingung für die Sanierung der Sozialversicherungen sei die Zunahme der Beschäftigung. Anke Fuchs erklärte mit Arbeitsbeschaffung müßten die Einnahmen von Renten- und Krankenversicherung erhöht werden, CDU, CSU und FDP verwiesen zwar darauf, daß

die Erwerbstätigkeit seit 1984 um über eine halbe Million zugenommen habe, aber die Versicherungen könnten ohne weitere zahrende Lohnabhängige und ohne gleichzeitige Beseitigung von Versicherungsleistungen nicht gesichert werden. R. Trampert hielt dagegen die Forderung nach Abkopplung der BRD vom Weltmarkt, griff die Vorstellung von dauernder Wirtschaftsexpansion an und machte die Pharma-Konzerne verantwortlich für die steigenden Ausgaben der Krankenversicherungen. – (uld)

Zeichenfilm

Wenn der Wind weht – Jim und Hilda und die Bombe

Der englische Zeichentrickfilm mit Bildern von Briggs und Musik von Clapton und Bowie ist überhaupt nicht putzig, wie das die in Filmzeitschriften abgebildeten Hauptfiguren, das Rentner-ehepaar Jim und Hilda, nahelegen. Denn dort sieht man sie nur in ihrem anfänglichen Zustand, bescheiden, rundlich, glücklich und vollgestopft mit der Ideologie der herrschenden Klasse in England. Im folgenden wird diese heile Welt demonstriert, ohne daß Jim und Hilda ihre Auffassungen ändern. Als im Radio ein feindlicher Raketenangriff angekündigt wird, führen sie alle vorgeschrivenen und unnützen Schutzvorkehrungen aus, bauen einen lächerlichen Schutzraum aus ihren Türen, legen Vorräte an, die sie nachher, als die Bombe gefallen ist, nicht mehr gebrauchen können, weil der Strom ausgefallen ist und die Wasserflaschen geplatzt sind. Dennoch hält Jim an den Empfehlungen der Regierung und einer anderen amtlichen Stelle fest, was jeweils zu tun sei, selbst wenn diese Empfehlungen sich widersprechen. Jim versetzt sich immer wieder in die Zeiten des zweiten Weltkriegs, setzt die deutschen Nationalsozialisten mit den Russen, die diesmal angegriffen haben sollen, in eins und hält das Vaterland hoch. Ständig versichert er,

daß die "herrschenden Mächte" schon dafür sorgen würden, daß ein Hilfstrupp ihn und seine Frau findet. In Wirklichkeit sind sie völlig verlassen, allein übriggeblieben und der Katastrophe durch ihr Vertrauen hilflos ausgeliefert. Sie verfallen körperlich, werden strahlenkrank und flüchten sich schließlich ins Gebet. Mitten im Zusammenklauben des 23. Psalms bricht der Film ab. Die satirische und kritische Wirkung des Films wird verstärkt durch Einblendung von schwarz-weißen Fotodokumenten aus der Zeit des zweiten Weltkriegs, die in Widerspruch zu Jims Beschwörungen der "herrschenden Mächte" stehen. Diese bleiben unbegriffen. – (anl)



Jim und Hilda

Moderne Biologie und Rassismus

Es gibt nur eine Rasse: Die menschliche Rasse

In seinem Manifest von 1959 hat der Pan Africanist Congress (PAC) geschrieben: "Eine Rasse: Die menschliche Rasse". Wir "sehen keinerlei grundsätzliche Unterschiede zwischen Mitgliedern der drei Hauptzweige dieser Rasse, zwischen den Kaukasoiden, den Asiaten und den Afrikanoiden. Die Afrikaner halten nichts von der Theorie, daß es unter den Mitgliedern der verschiedenen Zweige der menschlichen Spezies irgendwelche inhärenten verstandesmäßigen, emotionalen und psychologischen Unterschiede gibt".

Diese Absage an jede Form von Rassismus kann durch neuere Forschungsergebnisse aus der Biologie untermauert werden. Dem Amerikaner Richard Lewontin, Professor für Biologie an der Harvard-Universität, zum Beispiel geht es darum nachzuweisen, daß die starre Trennung zwischen genetisch fixiert, angeboren und umweltbedingt wissenschaftlich nicht mehr aufrechterhalten werden kann und daß die Genetik für eine Aufspaltung der Menschen in Rassen oder soziale Klassen nicht herhalten kann.

In dem Klappentext zu seinem Buch "Menschen", das 1986 im Verlag Spektrum der Wissenschaft erschienen ist, heißt es: "Alle Menschen sind gleich. Alle Menschen sind verschieden. Dies ist durchaus kein Widerspruch, denn in der Biologie unserer Art ist beides angelegt. Verbindende Gemeinsamkeiten ebenso wie differenzierende Vielfalt. Die vielen biologischen Übereinstimmungen, die über soziale, nationale und kulturelle Grenzen hinweg zwischen den Menschen existieren, sind die Konsequenz unserer gemeinsamen Evolutionsgeschichte. Zugleich haben die evolutionserhaltenden und Vielfalt schaffenden Prozesse von Mutation und Rekombination dazu geführt, daß auf genetischer und molekularer Ebene kein Mensch dem anderen in allen Merkmalen gleicht – eineiige Zwillinge einmal ausgenommen. Wie die Analysen der quantitativen Humangenetik zeigen, ist die genetische Variation zwischen einzelnen Menschen innerhalb einer Gruppe sogar weitaus größer als die zwischen verschiedenen, sozialen oder ethnischen Gruppen – ein Befund, der nicht nur von akademischem Interesse ist, sondern auch an weit verbreiteten Vorurteilen rüttelt. Mit der Genetik jedenfalls läßt sich weder eine scharfe Abgrenzung von Rassen noch eine Aufspaltung der Menschen in soziale Schichten rechtfertigen... Fazit: Menschen sind mit einer solchen Plastizität ihrer physischen und psychischen Entwicklung ausgestattet, daß sie unabhängig von Rasse, sozialer Schicht und Geschlecht jede im Rahmen der Biologie unserer Art mögliche Identität annehmen können."

Zunächst räumt Lewontin mit den Vorstellungen auf, daß es überhaupt noch so etwas wie stabile Rassen gebe, die erst durch die moderne industrielle Kultur und Migration gefährdet seien. Vielmehr beschreibt er als eines der auffälligsten Kennzeichen der menschlichen Geschichte die weiträumigen unablässigen Wanderungen, die zum Beispiel aus den Briten, "die sich ihrer Rasse so bewußt sind", "ein Amalgam aus den Schnurkeramikern der Bronzezeit, den indoeuropäischen Kelten des ersten vorchristlichen Jahrtausends sowie schließlich den Wikingern und ihren erfolgreichen Nachfolgern, den Normannen", gemacht haben. Er belegt, daß sich die menschlichen Populationen in ihren Genfrequenzen nur mäßig unterscheiden und alle Menschen in drei Vierteln ihrer bekannten genetischen Abstammung übereinstimmen. Reine Rassengene gibt es

nicht. Etwa 85 Prozent der gesamten genetischen Variation der menschlichen Art findet man zwischen den Individuen innerhalb einer Nation oder eines Stammes. "Um es einmal kraß auszudrücken: Sollten nach einer möglichen Weltkatastrophe nur die Afrikaner überleben, blieben immerhin 93 Prozent der genetischen Vielfalt der menschlichen Art erhalten, auch wenn die Art als Ganzes dann von dunkler Hauptfarbe wäre. Wenn es noch schlimmer käme und lediglich das Volk der Xhosa an der Südwestspitze Afrikas überlebte, blieben immerhin noch 80 Prozent der menschlichen genetischen Variation bewahrt."

Weitere Untersuchungen Lewontins gelten der Widerlegung der Behauptung, Intelligenz sei angeboren. "In dem, was Intelligenztests messen, gibt es keinerlei biologische Unterschiede zwischen Schwarzen und Weißen." Sein Fazit: "Intelligenzgene gibt es nicht und werden auch nie gefunden werden." – (doz)

Ausländerpolitik

Asylrecht und imperialistische Expansion

Gegen die reaktionäre Hetzkampagne gegen Flüchtlinge haben sich an etlichen Orten Organisationen und Aktions-einheiten gebildet zur Verteidigung der Flüchtlinge. Oft werden die Forderungen nach Abschaffung der Sammellager, Aufhebung des Arbeitsverbots usw. unter Lösungen wie "Verteidigt das Grundrecht auf Asyl", "Wiederherstellung des Asylrechts" oder "Für uneingeschränktes Asylrecht" zusammengefaßt. Die Reaktion verbindet mit Art. 16 Grundgesetz allerdings alles andere als die Verbesserung der materiellen und rechtlichen Lage der Flüchtlinge. Welche Ziele verfolgt sie, wenn sie behauptet: "Wir sichern das Grundrecht auf politisches Asyl" (1)?

Freund und Feind

Der ehemalige Innensenator von Westberlin, Lummer, z.B. befürchtet: "Ein Staat, der ... sich faktisch des Bestimmungsrechts darüber begibt, wer unter welchen Voraussetzungen und für wie lange sich auf seinem Territorium aufzuhalten darf, gibt ein elementares Stück seiner Souveränität und Würde preis" (2). Präziser formuliert der Leiter der Verwaltungshochschule Speyer, Helmut Quaritsch, das Problem. Quaritsch ist Mitglieder der Späthschen Kommission "Zukunftsperspektiven"; sein Aufsatz erschien in dem von Armin Mohler herausgegebenen Band 11 der Schriften der Carl Friedrich von Siemens Stiftung "Wirklichkeit als Tabu".

"Das Asyl für jeden politisch Verfolgten, das sogenannte absolute Asylrecht, verwehrt der Bundesrepublik die Kompetenz, bei Flüchtlingen zwischen Freund und Feind unterscheiden zu können, macht sie also politisch handlungsunfähig." Folge: "Der 'Verfassungsschutzbericht 1984' zählt 80450 extremistisch organisierte Deutsche, aber 116000 extremistische Ausländer..." Es sei unzweifelhaft so, "daß diejenigen, die in der Bundesrepublik keinen Arbeitsplatz, sondern Zuflucht vor Verfolgung suchen, auch den Löwenanteil der ausländischen Extremisten stellen" (3). Um diesem Problem zu begegnen, hat die Inneministerkonferenz in Saulgau am 03.10.86 beschlossen, daß eine Abschiebung von Flüchtlingen dann geboten sei, wenn ihnen durch die Abschiebung keine Gefahren drohten, "die wesentlich über das Maß dessen, was in dem Staat allgemein oder von einer bestimmten Volks- und Religionsgrup-

pe allgemein zu erdulden ist, hinausgehen". In diesem Sinn wurde auch der § 11 des Asylverfahrensgesetzes geändert, nachdem Asylanträge offensichtlich unbegründet sind, wenn "offensichtlich ist, daß sich der Ausländer nur um einer allgemeinen Notsituation oder einer kriegerischen Auseinandersetzung zu entgehen", in der BRD aufhält. Zusätzlich fordert die CDU, "die Wanderungsbewegungen zu regionalisieren" (4).

Diese Beschlüsse sind z.B. direkt gegen den Kampf des palästinensischen Volkes gerichtet, weil eine Abschiebung von Libanens oder Palästinensern in Gebiete, die von Israel oder faschistischen Milizen besetzt oder beherrscht sind, dadurch gerechtfertigt wird.

Humanitäre Interventionen

Doch die Reaktion will noch mehr. Denn das Asylgrundrecht solle "nicht vor Lebensbedingungen (schützen), die mit Entbehrungen und Not verbunden sind. Hunger, Seuchen und Rand des Existenzminimums sind mit dem Leben in der Sahelzone so verbunden wie mit den Slums von São Paulo, von Manila oder Kalkutta. Wer in diesen Steinwüsten lebt, erhält deshalb auch keine Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis in der Bundesrepublik ..." (5). Man beachte: Der Hunger ist mit den Slums verbunden, gesetzmäßig. Warum? Weil "die ethnischen und religiösen Feindschaften, vor allem aber die verbreitete Unfähigkeit zur Selbsterhaltung mit eigenen Mitteln in der Dritten Welt Staatsformen und Ereignisse provozieren", etwa die Flüchtlingsströme hervorriefen. Die "Nigger" sind unfähig, sich selbst zu unterhalten, erzeugen daher "Krisengebiete". Ja, der Flüchtlingsstrom ist Ausdruck des Rufes nach Rückkehr der Kolonialverwaltung; verursacht ist er durch "den Wechsel von Battista zu Castro, von der Kolonialverwaltung zu Idi Amin". Die Gerichte, die bei ihrer Entscheidung derartige Verhältnisse zugunsten des Asylbewerbers berücksichtigen, bekommen ihr Fett gleich mit weg. "Dahinter stehen die Empörung über die barbarischen Umstände der Verfolgung und das sozialstaatliche Mitgefühl mit jenen, die in den Flüchtlingslagern Afrikas und Asiens leben müssen. Wohltätigkeit aber ist nicht Sache des Bundesamtes oder der Verwaltungsgerichte."

"Niggerbarbarei" dort, "Wohltätigkeit" hier, das paßt nicht zusammen. "Die zivilisieren Staaten müssen untätig den Barbaren in nicht wenigen Ländern zusehen, sollen aber den Flüchtlingen jederzeit offenstehen ...". Das Übel müßte daher an der Wurzel gepackt werden. Aber der BRD fehle "jede Möglichkeit, durch politische oder militärische Mittel die menschenrechtswidrigen Zustände an der Quelle und damit die Ursachen der Asylsuche zu beseitigen". Warum? "Die 'humanitäre Intervention' würde rechtlich scheitern an dem Grundsatz der staatlichen Souveränität, den Art. 2 der UN-Charta mehrfach absichert ..." Rechtlich scheitern! Was die BRD nicht gehindert hat, den imperialistischen Angriff gegen Libyen mitzutragen.

Man trenne mit dem Sezermesser eines abgebrühten Reaktionärs den Zusammenhang zwischen imperialistischer Politik, Folgen dieser Politik in den drei Kontinenten und antiimperialistischem Kampf, und flugs sind die 20 Millionen Flüchtlinge in der Welt Opfer hausgemachter "Barbarei". Und da die BRD noch nicht in gewünschtem Maße eingreifen kann, muß zumindest hier alles getan werden um klarzustellen, daß der von der UNO mehrmals proklamierte Anspruch der Menschen auf Freiheit von materieller Not und Furcht eine unverschämte Zumutung ist. "Es ist eine Herausforderung an die Gemeinschaft der Kulturstaaten, die Verantwortlichkeit der Verfolgerstaaten zu verdeutlichen, auf einen Wegfall der Fluchtgründe hinzuarbeiten, ... das Asylrecht international zu harmonisieren" (6).



Besetzung der Ausländerbehörde in Freiburg am 01.12. zur Unterstützung der sich im Hungerstreik befindenden iranischen Asylbewerber in Tübingen.

Die BRD bricht Völkerrecht

Für die Reaktion ist der Art. 16 GG in Verbindung mit dem Asylverfahrensgesetz also Instrument der inneren und äußeren Feindbekämpfung. Bei den Beratungen des jetzt vom Bundestag verabschiedeten Gesetzes zur Änderung asylverfahrenrechtlicher Vorschriften ließ die Bundesregierung daran keinen Zweifel. Der neue § 1a Asylverfahrerugesetz lautet: "Umstände, mit denen ein Ausländer seine Furcht vor politischer Verfolgung begründet, bleiben bei der Entscheidung unberücksichtigt, wenn sich aus bestimmten Tatsachen ergibt, daß der Ausländer sie im Geltungsbereich dieses Gesetzes zu dem Zweck herbeigeführt hat, die Voraussetzungen seiner Anerkennung zu schaffen" (7). Begründet wurde dies von der Bundesregierung mit dem Schutz des Staates vor einer "mißbräuchlichen Inanspruchnahme" des Grundrechts auf Asyl: "So habe im Bereich des Kriegsdienstverweigerungsrechts das Bundesverfassungsgericht ... ausdrücklich den Schutz des Staates vor einer mißbräuchlichen Berufung auf das Grundrecht des Artikel 4 Abs. 3 Satz 1 des Grundgesetzes erwähnt." Das Bundesverfassungsgericht hatte entschieden, daß der Verfassungswert der "wirksamen militärischen Landesverteidigung" regelmäßig dem Recht auf Kriegsdienstverweigerung vorgehe (8).

Lummer, Quaritsch und andere behaupten, die Souveränität der BRD sei angesichts der "Asylantenflut" gefährdet. Gibt das der Reaktion nicht das Recht zu verstärkter imperialistischer Einmischung in den drei Kontinenten? Rechtfertigt das nicht, das völkerrechtlich verbindliche Verbot der Zurückweisung, Abschiebung und Ausweisung von Ausländern bei Gefahr der Folter zu unterlaufen? Die BRD hat die UNO-Konvention gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe (9) jetzt gezeichnet – allerdings will sie gegen Art. 3 der Konvention einen Vorbehalt formulieren. Art. 3 besagt: "Ein Vertragsstaat darf eine Person nicht in einen anderen Staat ausweisen, in diesen zurückzuschicken ('refouler') oder an diesen ausliefern, wenn schwerwiegende Gründe für die Annahme bestehen, daß sie dort Gefahr liefe, gefoltert zu werden."

Schon sind Spezialisten zur Stelle, die der BRD folgenden Vorbehalt gegen Art. 3 empfehlen: "Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland geht davon aus, daß das in Art. 3 Abs. 1 enthaltene Verbot ... keinen Asyltatbestand schafft ... ferner ..., daß Art. 3 Abs. 1 Einreisebeschrän-

kungen oder aufenthaltsbeendenden Maßnahmen nicht entgegensteht, die zum Schutz der Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland oder ihrer Bevölkerung vor schwerwiegenden Gefahren insbesondere im Falle von Massenflüchtlingsbewegungen erforderlich sind" (10).

Selbst die Europäische Menschenrechtskommission geht davon aus, daß das Verbot von Folter und unmenschlicher Behandlung das Recht der Staaten zur Ausweisung, Auslieferung und Zurückweisung begrenzt. Kommentar eines weiteren Spezialisten: Diese Auslegung ginge zu weit, "da sie zur Folge hat, daß konsequenterweise bei allen drohenden Menschenrechtsverletzungen eine Zurückweisung und Auslieferung unterbunden werden müßte" (11).

Der Reaktion sind alle Flüchtlinge ein Dorn im Auge, die hier darüber berichten, wer etwa die "Hungerkatastrophen" in Afrika zu verantworten hat: Völkermord ist "die vorsätzliche Auferlegung von Lebensbedingungen für die (nationale, ethnische, rassische oder religiöse) Gruppe, die geeignet sind, ihre körperliche Zerstörung ganz oder teilweise herbeizuführen" (12). Ausländer, die die BRD des Völkermords bezichtigen, müssen daher raus.

Der antiimperialistischen Front in der BRD kommt die Aufgabe zu, die Verantwortung der BRD für die wirtschaftliche Not und Unterdrückung und damit für die Flüchtlingsbewegungen sowie die Absicht der weiteren Einmischung in den drei Kontinenten zu erhellen. Wenig hilfreich dabei ist es, sich auf Art. 16 GG zu stützen, der, wie gezeigt, Teil der Sondergesetze gegen die Einwanderer hier ist.

Quellenhinweis: (1) CDU-Extra 26/86, S. 1; (2) Deutschland-Union-Dienst Nr. 167, S. 4; (3) H. Quaritsch, Das Grundrecht auf Asyl und die neuen Wirklichkeiten, in: Mohler (Hrsg.), Wirklichkeit als Tabu, 1986, S. 37f.; (4) Lummer, a.a.O., S. 4; (5) folgende Zitate aus Quaritsch, a.a.O., S. 51-54; (6) Lummer, a.a.O.; (7) vgl. Bundesdrucksache 572/86 und BTDr. 10/6416; (8) zit.n. Europäische Grundrechte Zeitschrift 1985, S. 193; (9) abgedruckt in: EuGRZ 1985, S. 131ff.; (10) Hailbronner/Randlhofer, Zur Zeichnung der UN-Folterkonvention durch die Bundesrepublik Deutschland, in: EuGRZ 1986, S. 131; (11) Goring, Das "non-refoulement"-Prinzip, ein Menschenrecht "in statu nascendi", in: EuGRZ 1986, S. 521ff.; vgl. dagegen Marx, Die Konvention der Vereinten Nationen gegen Folter, in: Zeitschrift für Rechtspolitik, 1986, S. 81ff.; (12) Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermords, BGBl. II, S. 729) – (ulb)

Revolutionäre Theoriebildung

Die Rolle der BRD im internationalen Klassenkampf

Eine Auseinandersetzung mit Positionen der KG (NHT)

Die Delegiertenkonferenz des BWK hatte im Frühjahr dieses Jahres festgestellt, daß die revolutionären Sozialisten in der BRD nicht gut verstehen, den Zusammenhang der Kämpfe des internationalen Proletariats und der unterdrückten Völker zu erklären, und daß ihre Unterstützung für diese Kämpfe häufig neben den Aufgaben im Kampf gegen die westdeutsche Bourgeoisie steht und nicht mit ihnen vermittelt ist. Der Kongreß der revolutionären Sozialisten zu den Bundestagswahlen hat dieser eklatanten Schwäche zugrundeliegende Probleme deutlicher gemacht.

In der Arbeitsgruppe "BRD und Dritte Welt" bestand eine Minderheit aus Kreisen der Kommunistischen Gruppen (Neue Hauptseite Theorie) darauf, daß die Bestimmung dringender antiimperialistischer Aufgaben wie etwa der Kampf gegen die politische, ökonomische und militärische Unterstützung des Apartheidsystems durch die BRD ins Fahrwasser bürgerlicher Parteien führe. Die Arbeitsgruppe "Außenpolitik der BRD" konnte sich auch mehrheitlich nicht auf Positionen einigen, die eine Politik gegen den BRD-Imperialismus ermöglicht hätten. Die Hälfte der Teilnehmer dieser Arbeitsgruppe – wiederum v.a. aus Kreisen der KG (NHT) – charakterisierte die Lösungen

- * Kein Frieden mit der NATO – BRD raus aus der NATO
- * Für die uneingeschränkte völkerrechtliche Anerkennung der DDR und aller Nachkriegsgrenzen in Europa; Streichung der Wiedervereinigungspräambel im Grundgesetz
- * Keine Stationierung der Cruise Missiles; Abbau aller Pershing II
- * Nein zu SDI und Eureka; Verbot der Beteiligung westdeutscher Firmen an SDI und Eureka
- * Nein zur Wiederbelebung der WEU
- * Kündigung des WHNS-Abkommens als Sammelsurium von antiimperialistischen Parolen kleinsten Nenners. Dies war der Auseinandersetzung wenig förderlich, weil verlogen, da die Positionen der KG (NHT) nur den Schluß zulassen, daß ihre Verfechter die Lösungen weniger für ein Sammelsurium als schlichtweg für falsch halten.

Der Kongreß forderte also tiefgreifende Differenzen in der Beurteilung der Rolle der BRD im internationalen Klassenkampf zutage. Worin bestehen sie?

Da die Kommunistischen Gruppen (Neue Hauptseite Theorie) auf dem Kongreß die exponiertesten Vertreter der Position waren, die eine gemeinsame Politik gegen den Imperialismus

der BRD sowohl für unmöglich wie auch für nicht dringlich hält, wollen wir die Auseinandersetzung mit ihren Argumenten beginnen. Wir stellen sie deshalb zunächst in möglichst gefaßter Form dar. Wer ausführlich nachlesen will, auf welche Aufsätze wir uns beziehen, kann das tun. (1)

Positionen aus Kreisen der KG (NHT)

Die Beurteilung der internationalen Lage durch die KG (NHT) knüpft an die Mitte der 70er Jahre entwickelte Drei-Welten-Theorie der KP Chinas an. Sie nimmt, wenn auch u.W. nicht ausdrücklich, deren Interpretation durch Semmler (KPD/AO) und Schmieder (KBW/Kommune) weitgehend auf und schreibt sie im Lichte der Entwicklung fort.

Die KG (NHT) weist dem Widerspruch zwischen den imperialistischen Ländern, konkret zwischen den USA auf der einen und den westeuropäischen Ländern auf der anderen Seite, alles überragende Bedeutung zu. Von einem imperialistischen Lager könne nicht gesprochen werden. Weder verfolgten die imperialistischen Mächte gemeinsame Interessen und Strategien gegen die Sowjetunion und die anderen Staaten des Warschauer Paktes, noch handelten sie gemeinsam gegenüber der Dritten Welt.

Die westeuropäischen Länder, nach dem zweiten Weltkrieg unter die Vorherrschaft der USA geraten, strebten einen Kurs größerer Unabhängigkeit an. Diese Entwicklung habe dazu geführt, daß das frühere Bündnis zwischen den USA und den meisten westeuropäischen Ländern, das sich in der Zusammenarbeit in der NATO manifestiert, erheblich erschüttert sei und womöglich sogar vor dem Auseinanderplatzen stehe, jedenfalls in der bisherigen Form nicht weiterexistieren könne. Treibende Kräfte seien – auf unterschiedliche Weise – Frankreich und die BRD, wobei die BRD zu lavieren gezwungen sei, weil sie selbst über keine Atomwaffen verfüge, sondern auf die Atommachtfaktur USA angewiesen sei.

Die Erschütterung des früheren Bündnisses komme nicht nur in wachsenden ökonomischen und politischen Widersprüchen zwischen der EG und den USA zum Ausdruck, sondern vor allem darin, daß die EG-Mächte den Konfrontationskurs der USA gegen die Sowjetunion nicht mittragen, sondern vielmehr selbst davon bedroht seien, insofern der US-Imperialismus mit Kaltem Krieg gegen die Sowjetunion auch seine Hegemonie über Westeuropa wieder festigen wolle. Es zeichne

sich sogar ab, daß die osteuropäischen Länder zur Reserve der EG-Länder in ihrem Kampf gegen die USA heranwuchsen.

Gegenüber diesen Ländern verfolgten EG und vor allem BRD eine relativ friedliche, nicht-aggressive Politik, nämlich Entspannungspolitik. Die Stationierung der Mittelstreckenraketen habe den relativ friedlichen Charakter dieser Politik nicht berührt. Die Entspannungspolitik habe prinzipiell neue Beziehungen zu den Warschauer-Pakt-Staaten begründet und sei Ausdruck der Tatsache, daß die westdeutsche Bourgeoisie wie andere westeuropäische Bourgeoisien zumindest derzeit für friedliche Koexistenz sei. Sie bevorzuge Handel und Wandel und sei zugunsten dessen auch bereit, ihre Territorialansprüche gegenüber dem Osten aufzugeben, die sie sowieso lieber ruhen lasse, derzeit wenigstens.

Dabei treffe sie sich zumindest gegenwärtig mit den Interessen der Sowjetunion. Die Entspannungspolitik ermögliche dieser, ihr aggressives Ziel der Zementierung ihrer praktisch uneingeschränkten Hegemonie über den Ostblock zu verfolgen. Dies müsse übrigens ein wichtiger Grund für die Friedensbewegung sein, die westdeutsche Entspannungspolitik zu kritisieren.

Auch in der Dritten Welt kämen sich EG und USA fast nur noch in die Quere. Während die USA ihre Vorherrschaft in der Dritten Welt unter allen Umständen und zu jedem Preis aufrechterhalten wollten, unterstützte die EG in der Absicht, ihren eigenen Einfluß auszuweiten und die USA auszustechen, die Unabhängigkeitsbestrebungen der von den USA unterdrückten Länder. Insbesondere förderte sie deren unabhängige wirtschaftliche Entwicklung; dabei achtete sie, anders als die USA, die Souveränität der Länder der Dritten Welt und verzichtete auf Mittel des direkten Zwangs, auf Kanonenbootdiplomatie und militärische Interventionen. Sie habe solche Mittel auch nicht nötig, da ihre Politik der Dritten Welt so viele Vorteile verschaffe, daß es keines Zwangs bedürfe.

Die EG brauchten die westeuropäischen Mächte, weil keine allein in der Lage sei, den USA Parole zu bieten. Von den militärischen Möglichkeiten z.B. des EUREKA-Projekts solle man sich nicht täuschen lassen; sie ließen auf eine kriegerische Absicht jedenfalls nicht schließen. Die EG sei kein Kriegspakt, sondern ein Instrument – jedenfalls zur Zeit, später könne sich das ändern – um friedlich Großmachtinteressen der westeuropäi-

schen Imperialisten zur Geltung zu verhelfen.
Quellenhinweis: (1) Kongreßmaterialien I, Vortrag der KG (NHT) zur Arbeitsgruppe V; Kongreßmaterialien II, Thesen zum Verhältnis: BRD und "Dritte Welt" (KG (NHT)); Beilage v. 20.4.84, Kriegspakt EG?; Beilage v. 30.11.84, Deutsche Frage und kommunistische Politik; Beilage v. 6.6.86, Die EG in der Dritten Welt, Imperialismus auf Samtpfoten; Aus den "Aufsätzen zur Diskussion" sind in diesem Zusammenhang folgende Artikel von Interesse: Nr. 37: Zur Kritik des Artikels "Wie entwickelt sich die Sowjetunion"; Nr. 36: Vom SDI-Abkommen bis Libyen – die Bonner Politik mogaelt sich durch, und: Kritik des Arti-

kels von rül (BWK); Nr. 35: Die Achse BRD-Frankreich als Kern einer politischen Union Westeuropas; Nr. 34: Durch eine zweite Phase der Entspannungspolitik zur Sicherheitspartnerschaft in Europa, und: Bericht über den KPD-Sonderparteitag; Nr. 33: Von SDI zu Eureka – die NATO driftet auseinander; Nr. 31: Außenpolitik im Wartestand; Nr. 29/30, Im deutschen Interesse, SPD-Sicherheitspolitik gestern und heute; Nr. 24: Die Außen- und Militärpolitik der Sozialdemokratie und die Illusionen der Friedensbewegung; Nr. 23: Friedensbewegung und deutsche Frage. Die "Aufsätze zur Diskussion" können bestellt werden bei: VTK-Verlag, Postfach 160725, 6000 Frankfurt a.M. 16

schreiben die AzD, Nr. 37: "... die Einschätzung des Programms (der KPdSU, Red.) von 1961, daß Möglichkeiten für neue Beziehungen zwischen den Staaten entstehen, war gar nicht falsch. Es hat sich als ganz richtig erwiesen, daß Teile der imperialistischen Bourgeoisie für die friedliche Koexistenz sind (Herv. AzD) und den Kurs des kalten Krieges gegen die UdSSR aufgegeben haben".

Die KG (NHT) behauptet also, die eigentliche, besondere, objektiv-gesetzmäßige Politik des BRD-Imperialismus sei die friedliche Koexistenz. Dagegen ist festzuhalten:

1.) Die Charakterisierung der Politik, ja der "objektiven Bewegungsgesetze" imperialistischer Staaten als Politik der "friedlichen Koexistenz" ist dem wissenschaftlichen Sozialismus vollständig fremd, ist wissenschaftlich unzulässig. In der "Polemik über die Generallinie" werden die fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz wie folgt bestimmt: "Gegenseitige Achtung der territorialen Integrität und Souveränität, gegenseitiger Nichtangriff, gegenseitige Nichteinmischung in innere Angelegenheiten, Gleichberechtigung und gegenseitiger Vorteil, friedliche Koexistenz." (S. 300)

Die "Polemik über die Generallinie" wurde von der Kommunistischen Partei Chinas mit Chruschtschow um die Frage geführt, ob die imperialistischen Länder von sich aus eine Politik der friedlichen Koexistenz machen könnten, und verneint. Bei dem, was die KG (NHT) heute vertritt, handelt es sich also um die Fortsetzung der damaligen Auseinandersetzung der kommunistischen Weltbewegung. Die KG (NHT) vertritt, die Politik Chruschtschows war richtig, die heutige Korrektur dieser Politik durch die KPdSU also falsch. Sie geht aber noch weiter. Sie behauptet, diese friedliche

BRD-Imperialismus bringt friedliche Entspannung?

Die "Aufsätze zur Diskussion" Nr. 29/30 widmet die KG (NHT) dem Thema: "IM DEUTSCHEN INTERESSE, SPD-Sicherheitspolitik gestern und heute." (Schreibweise nach AzD). Das Heft verfolgt große Pläne. In einem Vorwort schreibt die Redaktion:

"Der Artikel versucht, die Konstanten der bürgerlich-westdeutschen Außenpolitik herauszuarbeiten – Konstanten, die sich als Resultat der deutschen Geschichte wie der weltpolitischen Stellung und europäischen Lage der BRD ergeben. Sie erlauben es, so etwas wie die objektiven Bewegungsgesetze zu formulieren, die diese Außenpolitik von der anderer kapitalistischer Staaten unterscheiden und relativ unabhängig davon wirken, welche Partei jeweils die Regierungsgeschäfte führt. Diese Gegebenheiten sind sowohl der Boden, auf dem die unterschiedlichen Parteien und Politiker wirken, als auch bilden sie den Maßstab, um die Klugheit oder Verfehltheit einer jeweiligen Politik zu beurteilen."

"Die westdeutsche Außenpolitik" wird also von – dem BRD-Imperialismus eigenen – besonderen "objektiven Bewegungsgesetzen" angetrieben, die sich selbst wiederum aus der "Stellung der BRD" in der Welt ergeben und nicht nur Motor, sondern zugleich Beurteilungskriterium sind, nämlich dafür, wie gut die jeweilige "Politik" diese "objektiven Bewegungsgesetze" zur Geltung bringt. Des öfteren empfiehlt die AzD-Redaktion ihren Lesern Bücher, die sie schon mal gelesen hat. Wir empfehlen an dieser Stelle Hans Morgenthau, Macht und Frieden, Gütersloh 1963, ein sog. "Klassiker" der us-amerikanischen "realistischen" Schule der Politologie. Hier werden die Grundzüge der von der KG (NHT) nachskizzierten Theorie des "Nationalinteresses" als angeblich "objektive" Basis für die Politik imperialistischer Staaten wirklich verständlich dargestellt.

Nach dem Vorwort wird sodann auf

rd. 140 Din-A4-Seiten eine Sichtweise des BRD-Imperialismus abgeschildert, deren Grundidee darin besteht:

– Die sog. "Gesetzmäßigkeit" westdeutscher Außenpolitik, der "Boden" etc., auf dem die KG (NHT) alles verstehen und beurteilen kann, ist seit Anfang der 60er Jahre das "deutsche Interesse" an "Entspannungspolitik".

– Der eigentliche Vertreter dieser deutschen Interessen ist die Sozialdemokratie.

– "Auch der Regierungswechsel von 1982 hat, zumindest in der Außenpolitik, keine 'Wende' bedeutet – weder in der Regierungspolitik noch bei der Sozialdemokratie." (AzD, Nr. 29/30)

– Die Regierung Kohl setzt also diese Politik fort, wird aber dabei ständig von "Hinterbänkeln" und "Redenschreibern" (KG (NHT)) aus den Reihen der CDU/CSU gestört, diese ihre Politik wird dadurch – und durch die USA – "untergraben".

In der Kritik eines Artikels der Politischen Berichte über die KPdSU



Wozu unterhält die Bourgeoisie die Bundeswehr? Wozu rüstet sie sie aus? Z.B. mit winterfesten Unterhosen oder Tropenanzügen? Unwichtige Fragen?

Politik des westdeutschen Imperialismus sei auch noch Resultat objektiver imperialistischer Gesetzmäßigkeiten – zumindest im Falle der BRD.

Die Politik der friedlichen Koexistenz, die eine Politik der internationalen Einheitsfront gegen imperialistische Expansion und Kriegsvorbereitung ist, die davon ausgeht, daß die imperialistischen Staaten durch den Kampf der arbeitenden und unterdrückten Klassen zur Anerkennung der Forderungen der friedlichen Koexistenz gezwungen werden müssen, wird zum eigentlichen "Wesen" des Imperialismus – zumindest des westdeutschen – erklärt.

2.) Die sog. "Entspannungs-" und "Neue Ostpolitik" war und ist eine Variante imperialistischer Expansionspolitik und nicht ihre Beendigung.

In den ständigen Wiederholungen der KG (NHT)-Entspannungstheorie fehlt stets auch nur der Versuch eines Tatsachenhinweises. Also: gibt es irgendwelche Tatsachen, die die Behauptung belegen könnten, die Entspannungs- und neue Ostpolitik seien so etwas wie die Politik der friedlichen Koexistenz?

Was haben Ostverträge, Nicht-Anerkennung der DDR und der Grenzen der osteuropäischen Länder, ständige Einmischung in deren Angelegenheiten, Osthandel, Kreditpolitik mit friedlicher Koexistenz zu tun? – Sie sind das genaue Gegenteil. Und: entgegen der Überlieferung in den Heften der AzD liegen die Anfänge dieser Politik nicht bei der SPD, sondern bei Adenauer, Außenminister Schröder und Kanzler Erhard.

Sicher, auch imperialistische Politiker lassen mal das Wort von der "Koexistenz" fallen, z.B. der ehemalige US-Außenminister Kissinger. Entspannungspolitik sei: "... die Realität der Konkurrenz (zwischen den Systemen, Red.) mit dem Imperativ der Koexistenz zu vereinbaren". Daß die Feststellung, a) es gibt sozialistische Staaten, b) ihre Gesellschaftsordnung muß untergraben und umgestürzt werden, friedliche Koexistenzpolitik sein soll, ist also nur eine Anwendung der besonderen Logik der KG (NHT): "Entspannungspolitik" ("Wandel durch Annäherung" (Bahr, SPD)) sei zwar eine Politik zur "Überwindung der Blöcke", aber gleichzeitig eine Politik des "Status-Quo", also der Sicherung des Zustands, wie er ist.

Als Vorschlag zur Verwissenschaftlichung der KG (NHT)-Meinungsbildung möchte wir der AzD-Redaktion doch vorschlagen, allgemeine Begriffe wirklich in ihrer allgemeinen, wissenschaftlichen, sprachlichen und sachlichen Bedeutung zu verwenden. "Status-Quo" bedeutet im hier interessierenden Zusammenhang der BRD-Außenpolitik: Die osteuropäischen Grenzen, die Grundlagen der Gesellschaftsordnung der sozialistischen Staaten werden nicht geändert.

Fördert die Einbeziehung in den imperialistischen Weltmarkt die Länder der Dritten Welt? Die KG (NHT) vertreibt diese Auffassung, und zwar unter der konkreten Bedingung eines (behaupteten) schroffen Konflikts zwischen der EG und den USA, in dem die EG, da sie ihre Einflußsphären auf Kosten der USA ausbauen wolle, genötigt sei, die Länder der Dritten Welt in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung zu unterstützen.

Die KG (NHT) kann sich dabei auf zwei Erscheinungen beziehen: erstens darauf, daß die Vertreter der EG oder bürgerliche Kommentatoren nicht müde werden, diesbezügliche Absichten zu behaupten; zweitens versuchen starke Kräfte in der Dritten Welt ja in der Tat, die wirtschaftliche Entwicklung ihrer Länder durch Anschluß an den Weltmarkt voranzutreiben.

Vor allem die erste Erscheinung reicht der KG (NHT) aus, um weitreichende theoretische Schlußfolgerungen zu ziehen. Träfe zu, was sie behauptet, so würde die Zusammenarbeit mit der EG die Bedingungen für die proletarische Revolution in den Ländern der Dritten Welt deutlich verbessern. Denn die durch die Zusammenarbeit nach Ansicht der KG (NHT) geförderte industrielle Entwicklung dieser Länder führt nach derselben Ansicht nicht nur zur "allmählichen Lösung aus der Abhängigkeit" (1), sondern auch zu "sozialem Wandel" (1) im Innern, unter anderem zur Herausbildung und Stärkung des Industrieproletariats.

Bevor wir uns mit diesen Ansichten auseinandersetzen, muß ein Vorurteil ausgeräumt werden, das die KG (NHT) beharrlich verbreitet: Ihre Behauptung, die EG greife nicht offen in die Souveränität der Länder der Dritten Welt ein (1) und bediene sich nicht Mittel direkten Zwangs (2), beruht entweder auf völliger Blindheit oder auf völliger Mißachtung der Rechte und Interessen der unterdrückten Nationen. Sie negiert nämlich neben vielem anderen, das aufzuzählen den Rahmen sprengen würde:

– daß EG-Mitgliedsländer und damit rechtlich die EG nach wie vor Kolonien besitzen, was eine ständige Verletzung der Souveränität unterdrückter Nationen ist;

– daß Großbritannien mit ausdrücklicher Unterstützung der EG den Versuch Argentiniens, seine Souveränität über die Malvinen auszuüben, mit militärischen Mitteln niederschlug;

– daß Frankreich auch in jüngerer Zeit mit Billigung der WEU mehrfach in Afrika intervenierte, zwar auf Grundlage von Abkommen, aber unzweifelhaft gegen das souveräne Recht der Völker auf Revolution;

EG und Dritte Welt im Bündnis?

– daß die EG mit dem Lomé-Vertrag, den KG (NHT)ler immerhin als Musterbeispiel partnerschaftlicher Beziehungen anbieten, zahlreiche Länder Afrikas und aus dem karibischen und pazifischen Raum (AKP-Staaten) erpresserisch gezwungen hat, den imperialistischen Konzernen Eigentumsgarantien zu geben, was in ihre Souveränität eingreift und im Falle von Enteignung und Revolution Interventionsgründe schafft.

Aber kommen wir zu den anderen Argumenten.

Fördern Weltmarkt und EG die Landwirtschaft?

Das zentrale Problem der unabhängigen Entwicklung der Länder der Dritten Welt ist die Entwicklung ihrer Landwirtschaft, die die Ernährungsbasis sichern und Bedingungen für eine eigene industrielle Entwicklung schaffen muß. Die Ansicht, daß die Einbeziehung in den Weltmarkt und speziell die von der EG entwickelten Wirtschaftsbeziehungen die wirtschaftliche Entwicklung und Unabhängigkeit der Dritten Welt fördern, muß sich vor allem hier beweisen.

Die KG (NHT), die sich auf den EG-Kommissar Pisani beruft und seine Ausführungen für bare Münze nimmt, vertritt, die EG entwickle den ländlichen Bereich in der Dritten Welt. (2) An anderer Stelle sagt sie, die EG betreibe die Kapitalisierung der Landwirtschaft dort. Offensichtlich glaubt man in KG (NHT)-Kreisen, daß die Kapitalisierung der Landwirtschaft der Dritten Welt deren Entwicklung bedeutet.

Wir sehen hier einmal davon ab, daß die EG durch ihre sog. Nahrungsmittelhilfe und wachsende Agrarexporte maßgeblich für die Vernichtung der Landwirtschaft z.B. in Schwarzafrika verantwortlich ist. Die EG ist nicht nur seit einigen Jahren der zweitgrößte Agrarexporteur, sie ist vor allem auch der größte Importeur von landwirtschaftlichen Rohstoffen aus der Dritten Welt. Was das für die Landwirtschaft der Dritten Welt heißt, kann man z.B. in Brasilien studieren:

Brasilien beliefert die EG u.a. mit Sojaschrot, das hier für die Schweinemast verwendet wird. Die Weltmarktnachfrage der EG nach Futtermitteln, selbst Ergebnis ihrer Agrarpolitik, hat seit den 70er Jahren zu einer sprunghaften Ausweitung des Sojabohnenanbaus in Brasilien geführt (heute 18% der Ackerfläche) und Brasilien in den zweitgrößten Exporteur für Viehfutter verwandelt.

Dies hat die Kapitalisierung der landwirtschaftlichen Produktion in Brasilien enorm vorangetrieben. Millionen Kleinbauern fielen ihr zum Opfer. Die für die Ernährung nötige land-

wirtschaftliche Produktion wurde zurückgedrängt, Brasilien muß immer mehr Nahrungsmittel importieren. Die Sojabohnenverarbeitung liegt fast vollständig in den Händen imperialistischer Konzerne. Beherrschten zunächst drei US-Konzerne das profitable Geschäft, hat heute westeuropäisches Kapital, das sich in brasiliatische Firmen einkaufte, die US-Konzerne ein gutes Stück aus dem Feld geschlagen. Nur auf den ersten Blick verschafft der Sojabohnen-Export Brasilien Devisen: In Wirklichkeit gehen sie vollständig drauf für den Import von Traktoren und Mähdreschern, von Pestiziden und Dünger (v.a. aus der BRD) und von Nahrungsmitteln. Versuche, eine lokale Industrie z.B. für Dünger aufzubauen, wurden von der imperialistischen Konkurrenz rücksichtslos niedergemacht. (3)

Es stimmt, die nationale brasilianische Bourgeoisie hatte die Entwicklung der Sojabohnen-Produktion für den Weltmarkt gewollt und betrieben. Aber ihre Erwartungen wurden nicht erfüllt. Gestärkt wurden die mit dem Imperialismus eng verbundenen Großgrundbesitzer. Für die industrielle Entwicklung Brasiliens setzten die Kapitalisierung der Landwirtschaft und der Export keine Mittel frei – diese fließen vielmehr ab in die imperialistischen Metropolen, und zwar zunehmend in die EG. Die Produktion für den Weltmarkt, konkret für die EG, führt weder zu einer Stärkung der nationalen Bourgeoisie noch zur Lösung aus der Abhängigkeit, sondern verstärkt die imperialistische Kontrolle. Sie schwächt, indem sie die millionenfache Enteignung und Vertreibung der Kleinbauern und Landarbeiter bewirkte und für die Lohnabhängigen zu enormer Verteuerung der Nahrungsmittel führte, das Bündnis der antiimperialistischen Klassen. Die Entwicklung der Produktivkräfte wird gehemmt; so hat die Ausweitung des Sojabohnen-Anbaus schon nach kurzer Zeit zu nicht wiedergutzumachenden Erosionsschäden geführt.

Mit ihren bisher gebrachten Argumenten kann die KG (NHT) die Behauptung, daß die Weltmarktbeziehungen mit der EG die Landwirtschaft der Dritten Welt entwickeln helfen – oder daß die EG dies anstrebe – nicht aufrechterhalten.

Fördern Weltmarkt und EG die Industrialisierung?

Die EG-Strategie gegenüber der Dritten Welt, wie sie sich vor allem im Lomé-Abkommen der EG mit den AKP-Staaten niedergeschlägt, soll nach Auffassung der KG (NHT) das Ziel der Industrialisierung der Dritten Welt verfolgen, konkret den Aufbau einer Importe ersetzenenden Industrie. Ein angeblich neugestalteter Rohstoffhandel soll ein Mittel dazu sein, traditionelle Direktinvestitionen ein zweites, die angebliche Förderung regio-



Monokulturen in Afrika – von der EG gefördert

naler Zusammenarbeit zwischen Dritt-Welt-Ländern das dritte.

Das erste Lomé-Abkommen wurde 1975 abgeschlossen, eine Überprüfung der Ansichten der KG (NHT) anhand von Ergebnissen der Lomé-Politik ist also möglich.

Zunächst ist festzustellen, daß sich an den kolonial geprägten Handelsbeziehungen zwischen der EG und den AKP-Staaten nichts wesentlich geändert hat. Immer noch exportieren die AKP-Staaten zu 95% landwirtschaftliche und mineralische Rohstoffe in die EG, die ihrerseits zu über 85% Maschinen und andere Industrieprodukte in die AKP-Staaten ausführt. Zweitens ist festzustellen, daß die industrielle Produktion in vielen afrikanischen AKP-Staaten – auf diese beschränkt wir uns hier – seit Jahren auf niedrigem Niveau stagniert. Drittens stellt sich bei genauer Betrachtung heraus, daß, sofern überhaupt von einer industriellen Entwicklung gesprochen werden kann, viele afrikanische Länder, die zunächst den Weg des Aufbaus einer importsubstituierenden Industrie eingeschlagen hatten, seit einigen Jahren stattdessen den Aufbau einer auf den Export gerichteten Industrie betreiben – oder richtiger: zulassen. Denn die treibende Kraft dieser Sorte Industrieentwicklung sind in Schwarzafrika die westeuropäischen Konzerne. Sie haben in vielen Ländern die Errichtung von sog. Industriezonen durchgesetzt, in denen sie, von Steuern, Ein- und Ausfuhrzöllen weitgehend befreit, für den Export produzieren lassen.

Auch eine weitere Behauptung von EG-Politikern, die die KG (NHT) ausschabberte, hält einer unvoreingenommenen Überprüfung nicht stand: die Behauptung nämlich, die EG würde oder wollte den AKP-Staaten stabile Einnahmen aus ihren Rohstoffexporten sichern und auf diese Weise zum

Aufbau der Industrie dortselbst beitragen.

Der Preis der sieben wichtigsten Rohstoffe Schwarzafrikas lag 1985 um 35% unter dem von 1980 (während die industriellen Importe in dem gleichen Zeitraum deutlich teurer geworden sind). Das Lomé-Abkommen hat die AKP-Staaten vor den Folgen des Preisverfalls nicht geschützt. Abgesehen davon, daß das vielgepriesene Stabex-System nur für Rohstoffe und nicht für verarbeitete Rohstoffe gilt, also direkt gegen den Aufbau einer weiterverarbeitenden Industrie gerichtet ist; abgesehen auch davon, daß die Bergwerksproduktion in Afrika noch zu erheblichen Teilen von westeuropäischen Konzernen kontrolliert wird, die letztlich die Ausgleichsgelder kassieren, ist nach 1980 nur ein kleiner Teil der Erlösausfälle der AKP-Staaten gezahlt worden.

Zaire, eng mit der EG verbunden, ist ein Musterbeispiel für den Versuch, die Industrialisierung durch Ausweitung der Weltmarktbeziehungen voranzutreiben: durch Steigerung der Rohstoffexporte, durch Aufnahme von Auslandskrediten für den Import von Produktionsmitteln aus den imperialistischen Ländern. Zaire macht deshalb auch besonders deutlich, daß dieser Versuch restlos gescheitert ist. Im letzten Jahr mußte es ca. 50% seiner Exporterlöse als Schuldendienst ins imperialistische Ausland abführen, die Zinsen für kurzfristige Kredite, Zahlungsrückstände und private Kredite nicht mitgerechnet. (4) Die ehrgeizigen Industrieprojekte, die Zaire 1975 auf dem Höhepunkt der Kupferpreise in Angriff genommen und für die es sich in den darauffolgenden Jahren verschuldet hatte, liegen unter den Trümmern der abgestürzten Kupferpreise begraben. Andere Länder sind in keiner besseren Lage. Es gehört schon eine gehörige Portion Zynismus dazu, das Scheitern ihrer so begründeten Industrialisierungsversuche einfach zu ignorieren und über Industrialisierung durch andersartigen Rohstoffhandel zu schwadronieren.

Darüber, ob eine von der EG betriebene Industrialisierung der Dritten Welt, durch Kapitalexport, aber auch durch den Export von Maschinerie, die von vornherein auf einige wenige industrielle Großprojekte angelegt ist, überhaupt den Interessen der unterdrückten Nationen entsprechen kann oder ob eine solche Entwicklungsrichtung nicht vielmehr der wirtschaftlichen Entwicklung der Dritten Welt weitere gewaltige Hindernisse entgegengesetzt, macht sich die KG (NHT) erst gar keine Gedanken. Damit zusammenhängende Fragen bleiben der weiteren Auseinandersetzung vorbehalten.

Quellenhinweis: (1) Kongreßmaterialien Teil 2; (2) Beilage Nr. 2/86; (3) H. Schumann, Futtermittel und Welthunger; (4) Weltbank Jahresbericht 1986.

Die NATO – ein transatlantischer Mehrzweck-Interessenverbund

In einem "Kommentar: Von SDI zu Eureka – die Nato driftet auseinander" (AzD, Nr. 33) gelangt die KG (NHT) zum Schluß zu folgender Beurteilung: "Die Auseinandersetzungen in der NATO befinden sich erst im Vorbereitungsstadium. Wie sie im einzelnen ausgehen werden, ist nicht vorherzusagen, aber die Richtung, in der sich die Dinge entwickeln, ist objektiv determiniert; das NATO-Bündnis steuert auf eine Zone der Turbulenzen zu, die es in der alten Form kaum hinter sich lassen wird."

Diese Schlußfolgerung beruht auf einem bestimmten prinzipiellen Verständnis vom Charakter bzw. von der Zwecksetzung der NATO. U.a. ist im "Kommentar: Vom SDI-Abkommen bis Libyen – die Bonner Politik mogelt sich durch" (AzD, Nr. 36) davon die Rede, daß die NATO "ursprünglich als Gegenstand und Instrument US-amerikanischer Hegemonialpolitik gegründet" worden sei. Ähnliches wird in dem oben zitierten Kommentar bekräftigt: "Im Gefolge des 2. Weltkriegs errang das US-Kapital die Vorherrschaft über Westeuropa. Die einstigen kapitalistischen Weltmächte Großbritannien, Frankreich und Deutschland, in ihrem Kampf gegeneinander geschwächter, Deutschland durch den Krieg gegen die UdSSR ausgeblutet, mußten die Errichtung der US-Hegemonie über sich hinnehmen. Gegenüber der nach 1945 drohenden Gefahr des Sozialismus erschien – und war – die Unterordnung unter die USA das kleinere Übel. Die NATO institutionalisierte die Hegemonialposition der US-Bourgeoisie über die Konkurrenzländer." Das ist die eine Seite jenes prinzipiellen Verständnisses der KG (NHT) von der NATO.

Die andere Seite kann anhand eines Artikels über "Die Achse BRD-Frankreich als Kern einer politischen Union Westeuropas" (AzD, Nr. 35) verdeutlicht werden: "Nach dem Kriegsende 1945 ... (hatte sich der) Abstieg der europäischen Imperialisten ... weiter forciert, diesmal unter Einschluß Deutschlands ... Die unbestrittenen Großmächte waren ... im Westen die USA ... sowie im Osten die UdSSR, deren Armeen in Europa bis nach Mitteldeutschland ... voranmarschiert waren. Unter der Hegemonie dieser beiden Großmächte entstanden die Blöcke in Europa und der Kalte Krieg, der notwendigerweise den engen militärischen und politischen Zusammenschluß der schwächeren europäischen Staaten hinter ihrer jeweiligen Führungsmacht bewirkte. Dieser enge, erzwungene Zusammenhalt bedeutete keineswegs, daß die grundsätzlichen Widersprüche – die gerade im westlichen Bündnis historisch sehr deutlich waren – aufgehoben

ben wurden; sie wurden lediglich verdeckt, um später ... wieder hervorzutreten."

In den "Schlußfolgerungen" des Artikels sind diese Feststellungen noch einmal zugespitzt worden: Es gibt einerseits eine Übereinstimmung der NATO-Mitgliedsstaaten mit den Grundsätzen dieser Allianz. "Diese Grundsätze bestehen aber nur darin, daß alle beteiligten Mächte kapitalistischen Charakter tragen, daher in Abgrenzung zum 'realsozialistischen Block' stehen ... Ihre Übereinstimmung ist also nur relativ, bezieht sich nur auf den Systemgegensatz; gleichzeitig läßt sich der innerimperialistische Gegensatz erkennen, der zwischen USA und europäischen NATO-Staaten verläuft" – das sei die andere Seite der Medaille.

Man kann diese Ausführungen nur dahingehend verstehen, daß die KG (NHT) jenen "innerimperialistischen Gegensatz" innerhalb der NATO für absolut hält und von daher z.B. den Gegensatz aller NATO-Mitgliedsstaaten zum Warschauer Pakt als "relativ", im Sinne einer bloßen "Abgrenzung", begreift. Es ist tatsächlich diese spezifische Auffassung vom Charakter der NATO, der allen weitergehenden Schlußfolgerungen der KG (NHT) zugrundeliegt. So behauptet sie z.B., daß die "Konfrontationspolitik" der US-Regierung ("Nichtanerkenntung der Nachkriegsgrenzen") gegen die "Entspannungspolitik" der westeuropäischen NATO-Mitgliedsstaaten ("Anerkennung der Nachkriegsgrenzen") gerichtet sei – und zwar mit dem Ziel der Wiederherstellung der "engen Bindung der Verbündeten an die ... (US-)Hegemonialmacht". (AzD, Nr. 29/30) Damit zusammenhängend behauptet sie, daß der Einsatz der US-Bomber gegen Libyen (von "Europa" aus) "eine politische Funktion hatte ... (Er war) ein Mittel, um die EG-Staaten unter Druck zu setzen und zu spalten". (AzD, Nr. 36) Denn, so die KG-logische Begründung des Vorsatzes: "Militärisch hätten die auf den beiden Flugzeugträgern der 6. Flotte stationierten Flugzeuge vollständig ausgereicht"!

Die hier zur Rede stehenden Positionen der KG (NHT) sind mit Absicht ausführlich wiedergegeben worden. Der interessierte Leser kann auf diese Weise selbstständig feststellen, daß jene Positionen aus durchaus bekannten sachlichen und politischen Anleihen zusammengeklaubt sind und nirgendwo auf eigenständigen wissenschaftlichen Vergewisserungen beruhen.

1. Die KG (NHT) spricht von "grundsätzlichen Widersprüchen (der NATO-Mitgliedsstaaten – Red.), die gerade im westlichen Bündnis historisch sehr deutlich waren". Eine geschichtskriti-

sche Untersuchung der Zwischenkriegsära liefert keine Begründung für so eine Behauptung. Tatsache ist, daß die Aggressionen des faschistischen Italien gegen Abessinien/Äthiopien (Okt. 1935–Mai 1936) und des nationalsozialistischen Deutschen Reichs gegen Österreich (März 1938) sowie die direkte Intervention beider faschistischen Mächte in den spanischen Bürgerkrieg 1936–1938/39 mit der indirekten Unterstützung bzw. Duldung der westeuropäischen Völkerbundmitglieder durchgeführt werden konnten. Tatsache ist weiter, daß die Zerstörung und schließliche Annexion der Tschechoslowakei durch das faschistische Deutsche Reich mit direkter Unterstützung bzw. Duldung der französischen Garantimacht (für die Unversehrtheit der Tschechoslowakei) sowie Großbritanniens zustande kam. Tatsache ist außerdem, daß in Verbindung mit dem "Münchener Abkommen" (30.9.1938) zwischen der britischen und reichsdeutschen Regierung ein Nichtangriffs-Vertrag (in Gestalt einer gemeinsamen Erklärung, "niemals wieder gegeneinander Krieg zu führen") abgeschlossen wurde. Der unverhüllte Zweck dieser Abkommen war die Absegnung der reichsdeutschen Aggressionsabsichten gegen die UdSSR durch die brit. und franz. Regierung. Diese Tatsachen belegen, daß jene imperialistischen Mächte über alle Widersprüche hinweg gemeinsame Interessen hatten und zu einer demgemäß gemeinsamen praktischen Politik fähig waren: und zwar gegen die soziale Revolution in Europa, gegen die UdSSR und gegen die unterdrückten Nationen.

2. Die KG (NHT) behauptet, das Zustandekommen der NATO verdanke sich der Unterordnung der westeuropäischen Mächte unter die USA, und zwar als dem "kleinere(n) Übel gegenüber der nach 1945 drohenden Gefahr des Sozialismus". Eine Geschichtskritik der unmittelbaren Nachkriegs-Ara liefert keinen Beweis dafür, daß die westeuropäischen Mächte vor einer solchen Alternative standen. Tatsache ist, daß sowohl der britisch-französische Pakt von Dünkirchen (1947) wie auch der Brüsseler Pakt dieser beiden Regierungen mit den Regierungen der Benelux-Länder (1948) hauptsächlich zur Versicherung wechselseitigen Beistands gegen die soziale Revolution in den eigenen Ländern sowie gegen die Befreiungskämpfe in den Kolonien abgeschlossen worden sind. Diese beiden Zwecksetzungen sind in die Erweiterung des Brüsseler Pakts zur WEU bzw. NATO eingegangen und um den Zweck der gemeinschaftlichen permanenten Bedrohung der osteuropäischen Volksdemokratien und der UdSSR ergänzt worden. Diese Erweiterung ist hauptsächlich auf Betreiben der westeuropäischen (Brüsseler-Pakt-)Mächte zustandegekommen und keineswegs von seiten

der USA erzwungen worden. Ähnlich wie die westeuropäischen Verbündeten hatten auch die US-Monopole bzw. deren Bundesregierung ein ganz existentielles Interesse an dieser Allianz: Sie bot und bietet die Möglichkeit der auswärtigen Stationierung von Reserven der Konterrevolution für den Fall des US-Bürgerkriegs. Und umgekehrt konnten bzw. können diese US-Truppen auch als Verstärkung der Konterrevolution in Westeuropa zur Verfügung gestellt werden.

Die KG (NHT) behauptet außerdem, daß die US-Regierung im Gegensatz zu den westeuropäischen NATO-Mitgliedern eine Politik der Nichtanerkennung der Nachkriegsgrenzen betreibe und daß es aus diesem Grunde seit Beginn der 80er Jahre "keine verbindende außenpolitische Grundlinie der NATO-Länder mehr (gibt)". (AzD, Nr. 33) Und in diesem Zusammenhang behauptet sie insbesondere, daß der 1967er Harmel-Bericht über die zukünftigen Aufgaben der Allianz ein NATO-Dokument für die Entfaltung einer Grenz-Anerkennungspolitik sei. Tatsache ist, daß gerade dieser Harmel-Bericht zur Überwindung der Nachkriegsgrenzen in Europa auffordert und dies als Herstellung eines "dauerhaften Friedens" umschreibt. Tatsache ist außerdem, daß von einem Bündnis wie der NATO überhaupt niemals eine Politik der Anerkennung der Nachkriegsgrenzen ausgehen kann und wird: Neben den drei bereits benannten Zwecksetzungen dieser Allianz war es Ziel der NATO-Gründung, ihre Mitglieder dem Zwang zur Anerkennung des Prinzips der friedlichen Koexistenz von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung (wie es in der Antihitlerkoalition entstanden und in der UNO verkörpert war) zu entziehen. Dieser Zwang ist in der Einstimmigkeits-Regel bzw. im Veto-Recht (gegen Majorisierungen) im Sicherheitsrat der UNO institutionalisiert. Genau dagegen zielt die NATO-Gründung 1949.

3. Die KG (NHT) behauptet, daß der Einsatz der US-Bomber gegen Libyen den politischen Zweck verfolgte, die westeuropäischen NATO-Staaten unter Druck zu setzen und zu spalten. Eine Vergewisserung der vertraglichen und politischen Grundlagen dieser Aggression gegen ein Land der Dritten Welt liefert keinerlei Beweise für diese Behauptung. Tatsache ist, daß diese Aggression eine gemeinschaftliche Operation westeuropäischer NATO-Mitglieder – insbesondere der BRD! – mit dem NATO-Mitglied USA war. Seit Ende der 70er, Anfang der 80er Jahre sind, v.a. auf Anregung der damaligen sozialliberalen Bundesregierung, arbeitsteilige Verfahren und diesbezügliche Zusatzverträge innerhalb dieser Allianz beraten und schließlich realisiert worden, die allesamt auf die Aufrechterhaltung der permanenten Aggressi-

onsdrohung gegenüber dem Warschauer Pakt bei gleichzeitiger Herstellung andauernder Interventionsfähigkeit in den Nahen und Mittleren Osten hinausliefen. (1) Arbeitsteilung im Rahmen einer Operation bedeutet Teilhabe an dieser Operation; die Wartung bzw. Aufrechterhaltung der Logistik innerhalb der BRD für Aggressionen außerhalb der BRD macht die BRD zur "Heimatfront" solcher Operationen und bildet somit eine wesentliche Voraussetzung für die Durchführung derselben. Genau dies ist bezeichnende Absicht auf Seiten des WHNS-Partners BRD und war treibendes Motiv der entsprechenden Vertragsverhandlungen – im Rahmen dieser vertraglich festgelegten Arbeitsteilung wird die BRD selbst zur kriegsführenden Macht. Hinzu kommt, unabhängig vom WHNS-Abkommen, daß die Aggression gegen Libyen von einem US-Hauptquartier auf BRD-Territorium aus geplant und geleitet wurde: einem Hauptquartier, das aufgrund freiwilliger ausdrücklicher Billigung auf die-

sem Territorium aufrechterhalten, d.h. ermöglicht und versorgt wird. Beides, die Absichten der BRD in bezug auf das WHNS-Abkommen wie auch die Gewährung bzw. Versorgung der Operationszentrale für die Aggression gegen Libyen, ist beispielhafter Ausdruck der gemeinschaftlichen Interessen der westeuropäischen NATO-Mächte und der USA. Bundeskanzler H. Schmidt hat dies in seiner Rede vor der Foreign Policy Association in New York am 6. März 1980 so auf den Punkt gebracht: "Partnerschaft heißt Teamarbeit. Teamarbeit heißt, die individuellen Talente und besonderes Interessen so vieler so kombinieren, daß ein gemeinsames Ziel oder gemeinsame Ziele erreicht werden." (2)

Quellenhinweis: D. Deiseroth, Die Bundesrepublik – Transitstelle für US-Militäreinsätze außerhalb des NATO-Gebiets?, Kritische Justiz, 4/85; Robert W. Komer, Die NATO und Krisen außerhalb des Vertragsgebiets, Europa-Archiv 22/85; (2) Europa-Archiv 10/80, D. 241.

Einseitige Theoriebildung oder dialektischer Materialismus?

Den Ausführungen der KG (NHT) über die Rolle der BRD in der Welt ist eigentlich, daß sie sich um Tatsachen wenig scheren. Sie pressen sie in ihre fertige Theorie – oder ignorieren sie. Das erschwert die Auseinandersetzung und ist der Klärung wichtiger Fragen – und wir wollen nicht bestreiten, daß über die Rolle der BRD in der Welt wichtige Fragen bestehen, die der wissenschaftlichen Klärung noch bedürfen – wenig dienlich.

Der methodische Fehler der KG (NHT) besteht darin, daß sie nicht erkennt, daß die Geschichte aller Gesellschaft die Geschichte von Klassenkämpfen ist.

So begreift sie nicht, daß die Politik der BRD auch und ganz wesentlich bedingt ist durch den Kampf der Klassen in der BRD und ihr Kräfteverhältnis. Das gilt für die Innenpolitik wie für die Außenpolitik. Sie erkennt, daß in der BRD die Bourgeoisie herrscht. Sie sieht, daß sich die BRD nicht im Krieg mit den Warschauer-Pakt-Staaten befindet. Daraus schlußfolgert sie, daß die westdeutsche Bourgeoisie einen Krieg gegen die Warschauer-Pakt-Staaten nicht gewollt hat und auch nicht will. Weil das so ist, kann sie die Stationierung von atomaren Mittelstreckenraketen, die Anschaffung olivgrüner Unterhosen für die Bundeswehr oder die militärischen Möglichkeiten von Eureka nicht als kriegsvorbereitende Maßnahmen verstehen, sondern nur als Marotte von Leuten, die das behaupten. In dieser Betrachtungsweise kann die Friedensbewegung nur ein Anhängsel an die bürgerlichen Parteien sein – was auch sonst, da es einen Grund für ihre Existenz ja nicht geben soll.

Ob aber die BRD einen Krieg gegen den Warschauer Pakt führen bzw. mitführen kann oder nicht, hängt nicht einfach vom Wollen oder Nicht-Wollen der Bourgeoisie ab. Die eine wichtige Bedingung dafür, ob sie kann, wenn sie will, ist die internationale Lage – die Politik der Warschauer-Pakt-Staaten, die Haltung der Dritten Welt, die Widersprüche zwischen den imperialistischen Ländern –, die andere die Lage im Innern: Kann sie eine ausreichende Basis für den Krieg mobilisieren, oder ist ihr eigenes Risiko aufgrund des Widerstandes der werktätigen Klassen zu hoch? Wer die Widersprüche, in denen die Bourgeoisie zu handeln und die zu beachten sie gezwungen ist, nicht untersucht, kann auch kriegsvorbereitende Maßnahmen als solche erst erkennen und kritisieren, wenn der Krieg ausgebrochen ist. Will die KG (NHT) wirklich erst dann einsehen, daß die Anschaffung z.B. winterfester Unterhosen für die Bundeswehr keine belanglose, ja lächerliche Frage ist?

In der Betrachtung der EG-Politik gegenüber der Dritten Welt macht die KG (NHT) einen ähnlichen Fehler. Sie kann die Dritte Welt nur als "Feld" der Auseinandersetzung zwischen der EG und den USA begreifen, nicht als eigene (in sich widersprüchliche) Kraft, nicht als Seite eines sich bewegenden Widerspruchs – nämlich dem zwischen den unterdrückten und den unterdrückenden Nationen.

Diese dem dialektischen Materialismus fremde, einseitige Art und Weise der Theoriebildung hindert die KG (NHT), politisches Handeln wissenschaftlich zu erklären und zu begründen. – (chc, huh, scc)



Tarifbewegung

In der Metallindustrie bereiten Kapitalisten und Gewerkschaften eine erneute Auseinandersetzung um die Wochenarbeitszeit vor. Die IG Metall fordert eine erneute Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit. Die Kapitalisten lehnen das ab. Sie wollen eine weitere Flexibilisierung der Arbeitszeit, durch mehr Arbeit am Wochen-

ende und in der Nacht und haben die öffentliche Auseinandersetzung um diese Ziele frühzeitig begonnen. In Blättern wie dem "Handelsblatt" propagieren sie die Unvermeidbarkeit von Sonntagsarbeit für das westdeutsche Wirtschaftsglück. Gibt es bei der IG Metall Anhaltspunkte für eine erfolgreiche Gegenwehr gegen diesen Plan der Kapitalisten, oder geht bald auch der freie Sonntag verloren?

Kanada: Vorstellungen zur indianischen Selbstverwaltung

Mit der "Heimholung" der kanadischen Verfassung 1980 hatte die Regierung Trudeau den Plan verfolgt, die alten indianischen Rechte zu tilgen und die Indianer als eine Minderheit wie andere auch zu behandeln. Das konnten die "Ersten Nationen" verhindern. Mittlerweile hat sich herausgestellt, daß die Auseinandersetzung um die kanadische Verfassung zu einer erheblichen Belebung der Diskussion um indianische Selbstverwaltung geführt hat. In vielen Teilen des Landes werden Schritte in dieser Richtung unternommen, was die zersplitterten und vielfach kleinen "Ersten Nationen" vor schwierige politische Aufgaben stellt.



Gesamtschule Freiburg

1971 auf Druck einer Bürgerinitiative gegründet, ist die integrierte und differenzierte Staudinger Gesamtschule die letzte ihrer Art in Baden-Württemberg. Ständig war sie Angriffen seitens der Reaktion ausgesetzt, wurden Errungenschaften, wie das Einheitsdeputat aller Lehrer beseitigt und bestand Unsicherheit über ihre



Weiterexistenz nach der "Versuchsphase". Jetzt will das Kultusministerium endgültig ihre Struktur zerschlagen. Doch der Widerstand von Eltern, Schülern und Lehrern ist breit und heftig. Welche Triebkräfte hat ihr Kampf, welche Formen nimmt er an, welche Ziele werden formuliert? Wie sieht die Unterstützung von Parteien und Gewerkschaften aus und wie reagiert die Reaktion?

Bewaffneter Befreiungskampf in Türkisch-Kurdistan

Der bewaffnete Befreiungskampf des kurdischen Volkes im Gebiet von Türkisch-Kurdistan bringt die türkische Regierung in Bedrägnis. Mit Bombardements, Zwangsumsiedlungen, Verhaftungen und Folterungen versucht das Regime, den Widerstand zu zerschlagen und den Südosten der Türkei als Aufmarschbasis der NATO gegen die Staaten des Nahen Ostens zu sichern. Inzwischen mehren sich die Anzeichen, daß die NATO mit türkischen Truppen in den Krieg zwischen Irak und Iran intervenieren will. Das Kölner Kurdistan-Komitee berichtet über die Anzeichen für solche Pläne der NATO und über die Entwicklung des bewaffneten Befreiungskampfes.



Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten – erscheint vierzehntäglich, Preis 2,50 DM

Nachrichtenhefte erscheinen vierzehntäglich, Preis pro Heft:

- Chemie und übrige Industrien 0,50 DM
- Handel, Banken, Versicherungen 0,80 DM
- Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr 1,20 DM
- Schul- u. wehrpflichtige Jugend, Gefängnisse 1,20 DM

Herausgeber

Zentrales Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)
5000 Köln 1, Zülpicher Straße 7

Tel.: 02 21/21 64 42

Sie erscheinen im Verlag GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H.
5000 Köln 1, Zülpicher Straße 7

Tel.: 02 21/21 16 58

Im Verlag GNN erscheint vierzehntäglich:

Arbeitsgemeinschaft für Revolutionäre Hochschulpolitik – **Nachrichten, Analysen, Protokolle**. Preis je Heft 1,20 DM

Arbeitsgemeinschaft Stahl- und Metallindustrie – **Nachrichten Stahl- und Metallindustrie**. Preis je Heft 1,20 DM

Arbeitsgemeinschaft für Kommunalpolitik

– **Nachrichten, Analysen, Mitteilungen**. Preis je Heft 1,20 DM

– **Mitteilungen der Arbeitsgemeinschaft Medien in der Volksfront** Preis je Heft 0,50 DM

Bezugsbedingungen für alle Hefte wie Nachrichtenhefte.

Bezugsbedingungen: Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet 45,50 DM, ein Jahresabonnement Politische Berichte 91,- DM. Preise für Nachrichtenhefte bzw. Politische Berichte und Nachrichtenhefte entsprechend, also Einzelpreise plus 1,- DM Portopauschale mal Anzahl der Lieferungen.

Bestellungen sind zu richten an:

GNN Verlagsgesellschaft

Politische Berichte m.b.H.

5000 Köln 1, Zülpicher Straße 7

GNN Verlagsgesellschaft Schleswig-Holstein/Hamburg

Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76

GNN Verlagsgesellschaft Westberlin

Helmstr. 8, 1000 Westberlin 62

GNN Verlagsgesellschaft Niedersachsen/Bremen

Großen Döwelstr. 55, 3000 Hannover 1

BWK Nordrhein-Westfalen

Zülpicher Straße 7, 5000 Köln 1

GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg

M 2, 17, 6800 Mannheim

GNN Verlagsgesellschaft Bayern

Lerchenauer Str. 18 a, 8000 München 40

Herausgeber für das Zentrale Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten: Christoph Cornides, Jörg Detjen, Brigitte Düring, Martin Fochler, Christiane Schneider; 5000 Köln 1, Zülpicher Straße 7, Telefon 02 21/21 64 42
GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln, Zülpicher Straße 7, Telefon 02 21/21 16 58. Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; für Auslandsberichterstattung: Siegmar Elsighausen, Wolfgang Müller; für Aus Verbänden und Parteien: Ulrike Detjen; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Kultur und Wissenschaft – Diskussionsbeiträge: Angela Lux; für Sozialstatistik, Spezialberichte: Alfred Küstler. Druck: Graphischer Betrieb Henke, Rollenoffset, Köln. – Beilagenhinweis: Einem Teil der Auflage liegen Nachrichtenhefte bei. Vierteljährlich: Gemeinsame Beilage zu den Publikationen von AAU, BWK, FAU-HD(A), FAU-R, KG(NHT), PA, VSP.